

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

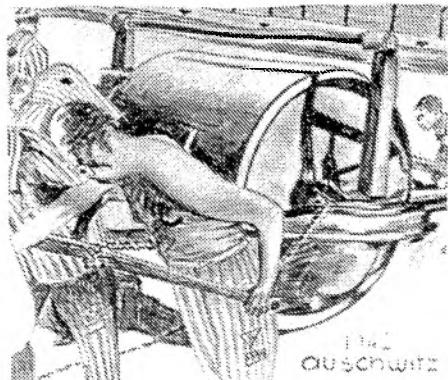
Politische Berichte



8. März 1986
Jg. 7 Nr. 5

G 7756 D

Preis:
2,50



AUSCHWITZ

Zwangarbeit: Die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Rechtsansprüche Seite 10



Philippinen: Marcos-Abgang mit US- und Kirchensegen – Jetzt ein Regime der Besitzenden? Seite 12



PAC-Rundreise: "Wir kämpfen für eine Ordnung, deren Inhalt sozialistisch, deren Form demokratisch und die nicht rassistisch ist" Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Asylpolitik: Westberlins Innen-senator Lummer: Fünf reaktionäre Thesen zum Asylrecht.....	4
Personalausweis-/Paßge-setz: Massenfahndung darf zum Normalfall werden.....	7
Revanchismus: Großdeutsche Provokationen in Polen.....	7
AZO: Bündnis DGB-Katholische Kirche für Verteidigung des arbeitsfreien Sonntags?..... Katholische Kirche zum Sonntagsarbeitschutz.....	8
Zwangsarbeit: Freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Rechtsansprüche..... Zwangsarbeit: Kriegsziel und -mit-tel.....	10
	11

Auslandsberichterstattung

Philippinen: Marcos-Abgang mit US- und Kirchensegen – Jetzt ein Regime der Besitzenden?.....	12
Dänemark: Knappe Mehrheit für "EG-Paket"	13
Jugoslawien: Regionalismus oder Zentralismus?.....	14
KPdSU: 27. Parteitag verabschie-det neues Programm.....	14
Spanien: Vor dem Referendum – Sieg der Regierung nicht sicher... .	15
Kanada: Prozeß gegen gewerk-schaftliche Kollektivrechte.....	15
Internationale Meldungen.	16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen:	
SPD: "Die Zukunft sozial sichern".	18
Kriege in der Dritten Welt: Nur in-nere Ursachen?.....	18
Der BDI auf Lehrerfang: "Vernetztes Denken lernen"	18
Predigten für den Kreuzzug.....	18
"Wieder Krieg von deutschem Bo-den?".....	19

Metall- und Elektroberufe:	
Qualifizierte Ausbildung für alle?.	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.	21
------------------------------------	----

Krankenhäuser: Bundespflege-	
-------------------------------------	--

DGB-Gewerkschaften: mehr Mitglieder

Ca. 7,727 Millionen Mitglieder hatten die DGB-Gewerkschaften zusammen Ende 1985, das sind etwa 67000 Mit-glieder mehr als Ende 1984. Zum ersten Mal seit vier Jahren hat der DGB damit keine Mitgliederverluste mehr. Der DGB führt die neuen Eintritte vor allem auf die Ausweitung der Be-schäftigung zurück: "Es wollten uns manche nicht glauben, daß die Abnah-me der Beschäftigtenzahlen der Grund für unser Schrumpfen war. Da können wir auch jetzt nicht sagen, der Mitgliederzuwachs sei auf unsere Leis-tungen zurückzuführen", zitiert die "Frankfurter Allgemeine" den DGB-Sprecher. Nicht alle DGB-Gewerk-schaften haben Mitgliedergewinne. Die IG Metall wuchs um 55000 Mit-glieder, Gesamtmitgliederzahl 2,55 Millionen, die ÖTV und die IG Chemie haben jeweils ca. 11000 mehr Mit-glieder als im Vorjahr, die HBV ist mit jetzt 371000 Mitglieder die sechst-größte DGB-Gewerkschaft geworden. Ebenfalls mehr Mitglieder als im Vor-jahr haben die Gewerkschaft Nah-ruhung, Genuß, Gaststätten, die Ge-werkschaft Leder und die Deutsche Postgewerkschaft. Mitgliederverluste gaben die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden, die Gewerkschaft Textil und Bekleidung, die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, die Ge-werkschaft Erziehung und Wissen-schaft, die Gewerkschaft der Polizei und die Gewerkschaft Holz und Kun-ststoff bekannt. – (uld)

Staatsempfang für Buthelezi

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung besuchte Mangosuthu Buthe-lezi die BRD. Er ist Chef-Minister des südafrikanischen Homelands KwaZulu und Vorsitzender der Inkatha-Bewe-gung. Buthelezi wurde von Bundes-kanzler Kohl, Bundesaußenminister Genscher, Bundestagspräsident Jenninger und Bundespräsident von Weiz-säcker empfangen – das sind Emp-fänge, wie sie die Bundesregierung sonst nur Staatsgästen zukommen läßt. Die Bundesregierung hat Buthelezi damit den Rang eines zukünftigen Staatschefs von Südafrika zu-gewiesen, denn in seiner Eigenschaft als Anhänger der südafrikanischen Regierung – als "Homeland"-Chef – hat sie ihn nicht empfangen. Das Bundeskanzleramt hebt in einer Presseerklärung hervor, daß Buthelezi "traditioneller Führer der bedeutenden schwarzen Bevölkerungsgruppe der Zulu und Vorsitzender der politisch einflußreichen Inkatha-Bewegung, die für eine gewaltlose Überwindung der Apartheidspolitik eintritt," sei.

Die Bundesregierung unterstützt Buthelezi, weil er als sogenannter "Oppositionspolitiker" Wirtschafts-

sanktionen gegen die Republik Süd-afrika ablehnt, denn Boykott würde vor allem den "Nichtweißen" schaden. Und Buthelezi verteidigt im großen und ganzen die bestehenden Eigen-tumsverhältnisse – er tritt ein für eine "für alle Bevölkerungskreise ak-zeptable Gesellschaftsordnung", d.h. für eine Gesellschaftsordnung, die auch die weiße Minderheit akzeptieren kann und in der der von der Bun-desregierung geforderte Minderhei-tenschutz für Weiße gewährleistet ist. In der Presseerklärung lehnt die



Bundeskanzler Kohl empfängt Chief Mangosuthu Buthelezi.

Bundesregierung indirekt jedes offizielle Gespräch mit den von den Ver-einten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) aner-kannten Befreiungsbewegungen ANC und PAC ab: "Das Gespräch, das in freundlicher und vertrauensvoller At-mosphäre stattfand, ist Teil des um-fassenden Dialogs der Bundesregie-ration mit allen politischen Kräften Südafrikas, die an einem friedlichen Wandel interessiert sind."

Die GRÜNEN haben gegen den Son-derempfang Buthelezis durch die Bun-desregierung protestiert. – (uld)

SPD bekräftigt Berufs-verbote à la Schmidt

Die Fraktion der SPD hat einen Ent-schließungsantrag vorgelegt, indem sie die "Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue", wie sie vom Bundeskabinett der Schmidt/Genscher-Regierung am 19.5.1976 verabschiedet und 1979 neu gefaßt wurden, bekräftigt. Der SPD-Antrag bezieht sich auf die Antwort der Bundesregie-ration im letzten Jahr auf eine Große Anfrage der Fraktion der Grünen. Scheinheilig heißt es einleitend: "Im Ministerpräsidentenbeschuß von 1972 und der anschließenden Praxis der Überprüfung der Bewerber für den öf-fentlichen Dienst wurden die Anfor-derungen an die Treuepflicht über-dehnt. Der Staat stellte sich als Instanz grundsätzlichen Zweifels an der Verfassungsloyalität seiner Bürger dar. Diese Entwicklung war falsch." Die SPD in der Opposition gibt sich als Beschützer demokrat-iischer Rechte gegenüber "Überdeh-

nungen". In Hinblick auf eventuell nötige "rot-grüne" Bündnisse stellt sie aber klar, daß die Berufsverbote bleiben! "Wer durch aktive Betätigung den Kernbestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ... nachweislich bekämpft, kann nicht im Dienste des freiheitlichen Staates stehen." Die Entschließung richtet sich nicht ernstlich gegen "Überdehnungen". Daß so ziemlich alles als Grund für die Entlassung aus dem Staatsdienst herhalten kann, ist als Grundsatz formuliert. "Die Entscheidung der Einstellungsbehörde ... gründet sich jeweils auf eine von Fall zu Fall wechselnde Vielzahl von Elementen und deren Bewertung." Dazu gehört für die SPD auch die Mitgliedschaft in bestimmten, fdGO-feindlichen Parteien. Die Aufforderung, einheitliche Regelungen für staatliche Monopolausbildungsverhältnisse außerhalb des Beamtenverhältnisses zu schaffen, dürfte die Reaktion dazu anreizen, Berufsverbote gegen Arbeiter und Angestellte auszuweiten. (Drucksache 10/4758) — (düb)

Kommunalwahlen S.-H.: CDU bleibt stärkste Partei

Die Beteiligung an den Gemeinde- und Kreistagswahlen am 2. März war mit 68,8% die niedrigste seit 1961. Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

(in Tsd.) K86 K82 L83 B83

CDU	598 (44,2%)	704	815	812
SPD	546 (40,3%)	486	727	729
FDP	59 (4,4%)	96	36	110
GRÜNE	100 (7,4%)	43	59	91
SSW	23 (1,7%)	26	22	—
DKP	3,2 (0,2%)	3,8	2,2	2,1

Zwischen fünf und sechs Prozent der CDU-Wähler gingen nicht zur Wahl. Nicht wenige Bauern haben die Gelegenheit für einen Denkzettel wegen der Agrarpolitik der CDU genutzt.

Der Landesvorsitzende der CDU, Stoltenberg, dämpfte noch in der Wahlnacht Hoffnungen der SPD, die CDU Schleswig-Holstein bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr schlagen und in den darauf folgenden Landtagswahlen die CDU-Landesregierung stürzen zu können. Er wies darauf hin, daß CDU und FDP zusammengekommen mehr Stimmen erhalten hätten als SPD und GRÜNE und daß dies für die CDU eine ausgezeichnete Ausgangsposition darstelle. Die FDP ist jetzt zwar nur noch in vier Kreistagen. Sie hat aber seit den Europawahlen 1984 weitere Stimmen hinzugewinnen können, so daß die Erwartung, daß sie bei Landtags- und Bundestagswahlen 5% überschreiten wird, realistisch ist.

Die SPD konnte einen Teil ihrer Wähler, die sie 1982 verloren hatte, zurückgewinnen, aber bei weitem nicht alle. In zwei der vier kreisfreien Städte, in Kiel und Neumünster, erlangte sie die absolute Mehrheit. In einer Reihe von anderen Städten hat sie zusammen mit den GRÜNEN rechnerisch die Mehrheit. Leider hat sie aber programmatisch alle Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit der CDU offengelassen. Das Rahmenprogramm der in der Gesamt-SPD als links geltenden Landes-SPD enthielt dieses Mal noch weniger Anhaltspunkte für soziale Forderungen als vor vier Jahren.

Die GRÜNEN sind nun in 14 von 15 Kreistagen vertreten und im größten Teil der Stadtparlamente. Andere grüne Gruppierungen, die vorher in vier Kreistagen saßen, spielen keine Rolle mehr. Die DKP hat landesweit einige Stimmen an die GRÜNEN verloren. In Barmstedt erhielt sie 1571 Stimmen (von 12 auf 17,3%) und damit drei (zwei) Sitze im Stadtparlament. — (clm, kaq)



Blüm und die CDU hatten den türkischen Arbeits- und Sozialminister Kalemli und Staatsminister Yilmaz eingeladen. Blüm verhandelte über ein Sozialversicherungsabkommen und die Beseitigung der Lohnsteuerfreibeträge für im Ausland lebende Kinder und beharrte auf dieser Regelung. Yilmaz sprach auf CDU-Veranstaltungen für die Aufnahme der Türkei in die EG. — (uld)

satzverordnung setzt Computer-einsatz voraus 22

NRW: Sozialhilfebezug bleibt Ausweisungsgrund 22

Metallindustrie: Trotz Widerstand Zunahme befristeter Arbeitsverträge 23

Wohnungsamtskandal: Stuttgarter Wohnungspolitik ist ausländerfeindlich 23

Kommunalwahlen Lüneburg: Ein Bündnis für Arbeiterinteressen gegen die Reaktion ist möglich ... 24

Gefängnisse: Gefangenorganisation "Solidarität" gegründet .. 25

Orientierungsstufe Nds.: Störend beim Ausbau der Eliteförderung 25

Schüler in Bayern: Grundschule "christlich", Hauptschule "national" 26
Neue Schulfinanzierung soll Privatschulen fördern 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Polizeigesetze: Hamburger Senat im Einklang mit der Bundesregierung 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Berliner Filmfestspiele: Nicht im Programm: "Die Befreiung von Auschwitz" 30

"Ganz unten": Mit dem Film das Buch dokumentarisch belegt 30

"Männer": Zwei Rivalen arrangieren sich 31

Institut für Demokratieforschung: Neokonservatismus auf der Suche nach "geistiger Führung" 31

Bund demokratischer Wissenschaftler: Aufarbeitung der Ideologie des Konservatismus 32

Spezialberichte

PAC: "Wir kämpfen für eine Ordnung, deren Inhalt sozialistisch, deren Form demokratisch und die nicht rassistisch ist" 34
G. Ebrahim: "Unser Volk ist organisierter, politisierter und entschlossener als je" 36

Titelbild: Ausländischer Arbeiter, Foto, Köln

Asylpolitik

Westberlins Innensenator Heinrich Lummer: Fünf reaktionäre Thesen zum Asylrecht

73832 neue Asylbewerber wurden 1985 registriert, meldet das Bundesinnenministerium. 1984 war es den Staatsorganisationen gelungen, mit Lagerhaft, Zwangsarbeit und anderen Quälereien die Zahl neuer Asylbewerber auf 35278 zu begrenzen. Kaum steigt deren Zahl wieder, da treten auch wieder die Kräfte aus dem konservativen bis faschistischen Lager an die Öffentlichkeit, die schon in den letzten Jahren das Asylrecht eingeschränkt hatten. Mitte Februar hat der Westberliner Innensenator Lummer fünf Thesen

Lummers erste These lautet:

"Mit der Zahl von 605000 hier lebenden Flüchtlingen ... hat die Bundesrepublik Deutschland die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit erreicht ... Ein weiterer ... Zustrom brächte unübersehbare soziale, wirtschaftliche und finanzielle Probleme sowie erhebliche Risiken für die innere Sicherheit ..."

Daran ist schon die Zahl falsch. Kirchen und Wohlfahrtsverbände gehen von halb so vielen Asylbewerbern in der BRD aus. Vor allem aber: seit wann ist eine hohe Zahl von Asylbewerbern ein Argument gegen das Asylrecht? Zur Zeit des Faschismus haben andere Länder weit über 600000 Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich aufgenommen. Hätten sie mit dem gleichen Argument wie jetzt Lummer die Aufnahme von Flüchtlingen verweigert, so wären hunderttausende von deutschen Antifaschisten mehr in den Konzentrationslagern der Faschisten umgekommen.

Das hindert Heinrich Lummer und andere Unionspolitiker nicht daran, landauf landab mit der Schreckensmeldung von Hunderttausenden von

zum Asylrecht vorgelegt. Lummer ist ein führender Sprecher reaktionärster Kreise. Unter seine Verantwortung fiel 1983 ein Brand in einem Westberliner Abschiebegefängnis, bei dem mehrere Asylbewerber verbrannten. Seine Thesen sind ein Versuch, die Hetze gegen Asylbewerber erneut anzustacheln und neue gesetzliche Angriffe vorzubereiten, an deren Ende Asyl nur noch für Flüchtlinge aus "Feindstaaten" der BRD wie den RGW-Ländern gelten soll. Alle Antifaschisten müssen dem entgegentreten.

Asylbewerbern eine Pogromstimmung gegen Asylbewerber zu schüren. Zusätzlich verbreitet Lummer noch die Parole vom "Volk ohne Raum":

"Unter ökologischen, naturschützerischen, wirtschaftswissenschaftlichen und verhaltensforscherischen Aspekten ist die Besiedlungskapazität der Bundesrepublik längst erschöpft, und es besteht bereits jetzt eine erhebliche Übervölkerung ..."

Lummers Angriff auf das Asylrecht wie die Begründung, die er dafür vorträgt, sind offen faschistisch!

Lummers These 2: Nur mit Gewalt sei das "humanitäre" Asylrecht gegen "Mißbrauch" zu retten:

"Zwischen den humanitären Wert- und Vorstellungen, die sich im Asylrecht unseres Landes manifestiert haben, und der teilweise von schwerwiegendem Mißbrauch geprägten Asylwirklichkeit hat sich eine beträchtliche Diskrepanz aufgetan, die von der Bevölkerung als besorgniserregend und empörend empfunden wird ..."

Mit der Unterscheidung von "humanitarem" Asylrecht und seinem "Mißbrauch" kommt Lummer zu seinen Än-

derungswünschen. Zur Erläuterung verweist er auf die Entstehung des Asylrechts 1949: "Die Formulierung 'politisch Verfolgte' stand am Ende einer Diskussion (im Parlamentarischen Rat, d. Verf.), in deren Verlauf auch die Beschränkung einer Verfolgung wegen des 'Eintretens für Freiheit, Demokratie soziale Gerechtigkeit und Weltfrieden' erörtert wurde. Von ihr wurde ... deswegen abgesehen, weil ... von kommunistischer Seite ein auf 'antimilitaristische und antifaschistische Tätigkeit' abgestellter Gegenvorschlag vorlag ... Der Verzicht auf diese verbale Einschränkung war jedoch nicht als Abkehr von dem engen Begriffsinhalt des 'politisch Verfolgten' gedacht."

Das "Humanitäre" am westdeutschen Asylrecht war also die Absicht der Reaktion, allen Konterrevolutionären in Osteuropa Asyl zuzusagen und sie so bei ihrer Wühltätigkeit gegen die gerade geschaffenen volksdemokratischen Ordnungen in Osteuropas zu ermutigen, um das gewaltsame "Roll back" gen Osten und die Wiederherstellung des Deutschen Reiches zu erleichtern. "Mißbrauch" des Asyl-

DGB-Aufruf gegen Blüms Arbeitszeitgesetz

Am 19. Februar hat der DGB einen "Aufruf für ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz" veröffentlicht. Der Aufruf folgt dem schon vor einigen Wochen auf Initiative des DGB-Instituts WSI vorgelegten Entwurf (PB 26/85, S. 7). 48 Professoren und Hochschullehrer haben ihn nun unterzeichnet. Sie wenden sich darin gegen den Blümschen Arbeitszeitgesetzentwurf. Blüm wolle die 48-Stunden-Woche festsetzen, die Voraussetzungen für die extensive Anordnung von Mehrarbeit noch ausweiten, das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen aushöhlen, die Pausenregelungen für Frauen verschlechtern und Ausnahmebestimmungen für Samstags- und Sonntagsarbeit erweitern, stellen die Unterzeichner des Aufrufs fest. Ein neues Arbeitszeitgesetz müsse den 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-

Woche gesetzlich festschreiben, Mehrarbeit und Nacharbeit begrenzen, die sog. "kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit" verbieten. Der Aufruf bietet gute Anhaltspunkte für gewerkschaftliche Beschlußfassung gegen Blüms Arbeitszeitgesetzentwurf. (Quelle: DGB-Informationsdienst 8, 19.2.86 - rül)

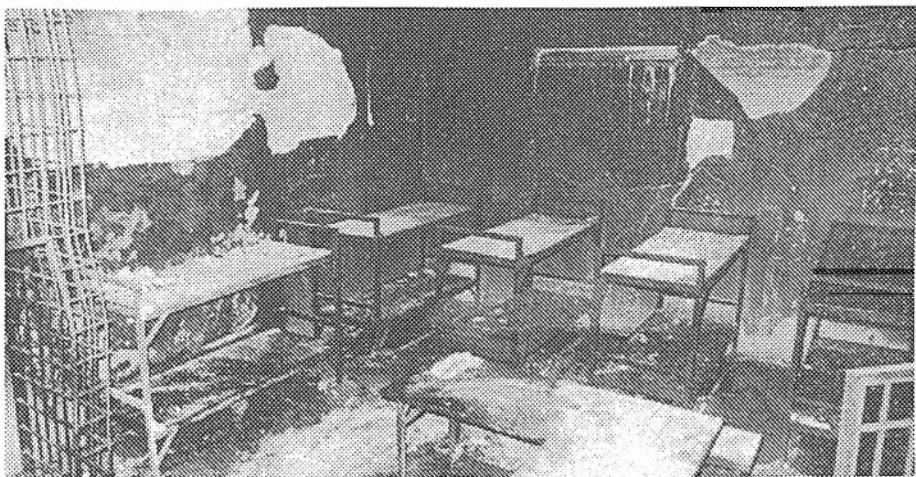
Tarifabschluß soll auch für Beamte gelten

Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst soll auf Beamte übertragen werden. Diese Entscheidung ist dem Kabinett leicht gefallen, weil sich die Dienstherren im Tarifkampf bezüglich der Strukturveränderungen vollständig durchgesetzt hatten. Bereits das zum 1.1.86 in Kraft getretene 4. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften sah vor, was im Nachhinein tariflich vereinbart wurde, so die Erhöhung der allgemeinen Zulage und die Vereinheitlichung

des Kinderanteils im Ortszuschlag. Die zusätzlichen Verbesserungen gegenüber diesem Gesetz beschränken sich auf die 3,5%ige Besoldungserhöhung und die Erhöhung des Urlaubsgeldes um 150 DM für den einfachen und mittleren Dienst. Die Tatsache, daß so für etliche Beamte mehr durch die Gesetzesänderung als durch den Tarifkampf herausgekommen ist, soll den Gedanken der Notwendigkeit gewerkschaftlichen Kampfes unterminieren. - (kar)

Neue Agrarpreissenkung für die Bauern

Am 24.2. begannen die Verhandlungen über die Agrarpreise der EG 1986/87. Die EG-Kommission will die EG-Agrarpreise konstant halten, bei Getreide aber eine "Mitverantwortungsabgabe" von 3% von den Bauern verlangen, sowie die Interventionsmengen, die sie maximal aufkauft, drastisch verringern. Für die Bauern wür-



Dezember 1983: Bei einem Brand in einem Westberliner Abschiebegefängnis (Bild) kommen sechs Ausländer, darunter mehrere Asylbewerber ums Leben. Verantwortlicher Innensenator: Heinrich Lummer. Verantwortlicher Regierender Bürgermeister: Richard von Weizsäcker. Kurz zuvor hatte sich der türkische Asylbewerber Kemal Altun durch einen Sprung aus dem Fenster zu Tode gestürzt. Die 1983 geltenden Asylgesetze sind vor kurzem verlängert worden.

rechts liegt danach vor, wenn andere Flüchtlinge, aus Staaten wie der Türkei, aus Chile usw. in der BRD Asyl beantragen. Im 1. Quartal 1985 stammte von 15000 Asylbewerbern nur jeder Zehnte aus Osteuropa, 4269 Asylbewerber dagegen kamen aus Sri Lanka, 1659 aus der Türkei, 1215 aus Ghana und 1057 aus dem Iran. Das solche Flüchtlinge in die BRD kommen, hier Asyl beantragen und auch noch die Politik der Imperialisten in ihren Ländern anklagen — das ist einer der wahren Gründe für die Empörung von Heinrich Lummer.

In These 3 führt er seine Änderungswünsche genauer aus:

"Ohne eine grundlegende Neuordnung des Asylrechts drohen beträchtliche Gefahren auch für die allgemeine Ausländerpolitik. Die verbreitete Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Asylpolitik droht, sich zu einer

pauschalen Feindseligkeit gegenüber Ausländern auszuweiten."

Vor allem soll die Staatsgewalt gestärkt werden — gegenüber Asylbewerbern, gegenüber Ausländern, aber auch gegenüber Westdeutschen. Feindliche Gegensätze zwischen "Volksgruppen" könnten nur so kontrolliert werden, behauptet Lummer.

Wie soll nun die geplante Neufassung des Asylrechts aussehen?

"Vorrangig zu erwägen wäre, auch die Asylrechtsnorm des Art. 16 GG mit einem Gesetzesvorbehalt zu belegen..."

"Als Alternative zur Einführung des Gesetzesvorbehalts kommt eine Verlagerung des Asylrechts aus dem Grundrechtskatalog des Grundgesetzes in das Ausländergesetz und seine Umwandlung von einem Individualanspruch in eine staatliche Ermessensentscheidung in Betracht." (Herr-

vorhebung im Original)

"Zugleich sollte eine Bestimmung des Inhalts getroffen werden, daß nicht jede politische Verfolgung schlechthin, sondern nur eine solche, die entsprechend unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu mißbilligen ist, einen Asylanspruch auslöst."

Schließlich wünscht Lummer noch, das Asylrecht "international zu harmonisieren" und dem bisherigen Asylverfahren ein "Vorverfahren" voranzustellen, bei dem Anträge bereits zurückgewiesen werden können — z.B. wegen "verspäteter Abgabe".

Was wäre die Folge?

1. Die Aufnahme eines Gesetzesvorbehalts in den Asylrechtsartikel 16 wäre nach der Einführung der Wehrpflicht und den Notstandsgesetzen die dritte große reaktionäre Verfassungsänderung seit 1949. Auch wenn Lummer mit diesem Vorstoß zunächst vermutlich keinen Erfolg haben wird — für die Durchsetzung anderer reaktionärer Angriffe auf das Asylrecht wie dem im Bundestag liegenden Antrag Bayerns und Baden-Württembergs zur Verschärfung des Asylrechts bereitet er mit solcher Propaganda den Boden.

2. Sicherlich Zustimmung wird Lummer bis hinein in die FDP und die Kirchen mit seiner Forderung finden, das Asylrecht wieder zu einer Waffe der imperialistischen Staaten gegen ihre Feinde zu machen — also gegen die Staaten des RGW, aber auch gegen einzelne Staaten der Dritten Welt — und den Zustand zu beenden, wo die in die BRD und in andere imperialistischen Länder kommenden Flüchtlinge vor allem eine Anklage gegen die Imperialisten selbst sind.

3. Mit der Aufnahme des Asylrechts in das Ausländerrecht hätten die Reaktionäre gleich mehrere Änderungen für alle ausländischen Lohnabhängi-

de das erneut schwere Einkommensenkungen bedeuten. Die Verhandlungen könnten drei Monate dauern, meint die "FAZ". Offenbar will Kiechle mit weiteren Einkommensenkungen für die Bauern bis nach den Niedersachsenwahlen warten. — (rül)

Deutsche Bücher in den Osten

Auf die Anfrage der FDP-Fraktion, in welchen europäischen Staaten "wir", soll heißen die Bundesrepublik Deutschland, an der Förderung der deutschen Sprache beteiligt seien, antwortete der Bundesminister des Auswärtigen am 5.2. 1986. Die Förderung geschehe durch Lehrerfortbildung und durch Literatur- und Lehrbuchspenden an Einzelpersonen und kleinere Gruppen durch Mitterorganisationen, z.B. "in Ungarn mit einer größeren Sachspende an den Verband der Ungarndeutschen". In einige Länder, auch in die UDSSR, sollen bald Lekto-

ren entsendet werden. Mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels hat das Auswärtige Amt im November vergangenen Jahres einen Vertrag abgeschlossen. Er sieht eine Förderung deutscher Bücher und Zeitschriften in RGW-Staaten vor, dergestalt daß die Verlage einen Rabatt einräumen und das Auswärtige Amt ihn finanziert. Das Programm soll in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien durchgeführt werden. Schriften sollen "in kulturpolitisch wichtigen Fällen", ähnlich wie schon in den Jahren 1967 bis 1983, verbreitet werden. — (anl)

"Deutsche Aussiedler": kaum einer spricht deutsch

Herbert Hupka hat einen Schreckensruf ausgestoßen. Im "Deutschland-Union-Dienst" der CDU vom 13.2. schrieb er: "Die Sprachkenntnisse der deutschen Aussiedler jenseits von Oder und Neiße werden immer

schlechter. Es erregte schon Aufsehen, als für 1984 aus Friedland berichtet wurde, daß 'bei 70 Prozent aller registrierten Personen aus dem polnischen Bereich eine Verständigung in deutscher Sprache nicht möglich war.' Die jüngsten Erfahrungen für das Jahr 1985 kommen zu dem Ergebnis, daß es inzwischen 80 Prozent der in Friedland eintreffenden Deutschen sind, die über keine ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse verfügen." Am "Deutschum" dieser Aussiedler hat Hupka keine Zweifel: "Sind es nicht die besten Deutschen, die über Jahrzehnte hinweg ihrem Deutschum die Treue gehalten haben, aber heute am schlechtesten Deutsch sprechen!" Also müssen Deutschkurse her: die bisher schon achtmonatigen Deutschkurse, die die Regierung jedem "Aussiedler" kostenlos anbot, sollen auf zwölf Monate verlängert werden. Diesen "Deutschen" muß doch "deutsch" beizubringen sein! — (rül)



Asylpolitik, wie sie Lummer haben will: Der "Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler", von Hassel, 1966 im Grenzlager Friedland bei "Ostflüchtlingen". Lummer: "Eine Asyl-Diskussion, in deren Mittelpunkt nicht auch die Sowjetunion, Polen, die DDR, die Tschechoslowakei, Ungarn, Afghanistan, Vietnam u.a.m. stehen, ist unseriös und unerträglich." Links: Abschreckende Lager für unerwünschte Asylbewerber: Waschraum im Ausländerwohnheim Stuttgart.

gen erreicht. So haben Asylbewerber keinen Anspruch auf volle Sozialhilfe, soweit sie diese bekommen, liegen die Beträge bis zu 20% unter den für Westdeutsche vorgeschriebenen Sätzen. Der Anspruch von Asylbewerbern auf medizinische Leistungen ist äußerst schlecht. Asylbewerber können lt. § 20 Asylverfahrensgesetz verpflichtet werden, "in einer bestimmten Gemeinde oder in einer bestimmten Unterkunft zu wohnen". Auf Grund dieser Rechtsbestimmung waren bereits 1983 von 93 349 Asylbewerbern 23 486 in "Sammellagern" eingesperrt. Solche Rechtsgrundsätze würden mit der Zusammenfassung von Asyl- und Ausländerrecht auf alle ausländischen Lohnabhängigen ausgeweitet – für die Kapitalisten ein Erfolg, den sie schon lange anstreben.

4. Die "internationale Harmonisierung" des Asylrechts ist eine Dro-

hung gegen die politische Opposition in der BRD. Praktisch läuft sie auf ein engeres Zusammenwirken der Imperialisten gegenüber Flüchtlingen weltweit hinaus – und damit auch auf eine raschere gegenseitige Auslieferung von jeweiligen Staatsfeinden.

Über das alles soll – so der Vorschlag Lummers – alsbald eine "parteiübergreifende Kommission" ihre Beratungen aufnehmen, um eine Änderung des Asylrechts vorzubereiten, die zumindest von Teilen der Kirchen, von der FDP und der SPD mitgetragen wird. Auf diese Weise soll auch die Kritik an der reaktionären Asylpolitik zum Verstummen gebracht werden. Hier trifft sich Lummer mit dem Vorstellungen der Bundesregierung. Diese hatte schon im Oktober bei der Beratung des Asylrechtsantrags aus Bayern und Baden-Württemberg angekündigt, ihr sei die Einsetzung einer

"parteiübergreifenden Kommission" zur Neufassung des Asylrechts lieber. Der Bildung einer solchen Kommission hat seitdem weder die FDP, noch die Kirchen und auch die SPD nicht widersprochen.

Die politische Opposition hat die Einschränkung des Asylrechts und die Behandlung der Asylbewerber oft kritisiert. Sie hat aber bis heute weder die Abschaffung der Sammellager für Asylbewerber erreicht, noch hat sie die Verschärfungen im Asylrecht rückgängig machen können. Alle antifaschistischen Kräfte sollten die Vorstöße Lummers zum Anlaß nehmen, um ihre Zusammenarbeit zu verbessern und eine energische Gegenpropaganda gegen die Asylrechtspläne der Reaktion zu entwickeln.
Quellenhinweis: H. Lummer, Vortrag vor dem Verband Berliner Verwaltungsjuristen, 19.2.1986 – (rül)

Weitere Aktienverkäufe von Bundesunternehmen

Die Regierungsparteien haben sich auf weitere Verkäufe von Anteilen an Bundesunternehmen geeinigt. Im Sommer sollen Anteile an der im Energie- und Aluminiumgeschäft tätigen Viag AG und an der Prakla-Seismos AG verkauft werden. Die Prakla-Seismos AG hat jahrelang mit Regierungszuschüssen weltweit nach Rohstoffvorräten geforscht und dürfte die Beute eines westdeutschen Rohstoffkonzerns werden. 1987 sollen dann drei Banken sowie ein Speditionsunternehmen verkauft werden. Noch offen ist, ob Anteile der Lufthansa verkauft werden. Angeblich soll Strauß dagegen sein, wegen "nationaler" Interessen. Damit ist gemeint: Die Lufthansa soll weiter Airbus kaufen, damit die westdeutsche Produktion großer Flugzeuge gesichert bleibt – eine unerlässliche Voraussetzung, da-

mit die BRD wieder Fernbomber bauen kann. Die FDP schlägt nun vor, zur Lösung des Koalitionsstreits Lufthansa-Anteile zu verkaufen und den Erlös in die Airbus-Förderung zu stecken. So bliebe die Airbus-Produktion gesichert, und die Lufthansa-Aktionäre könnten sich freuen, daß die Lufthansa auch künftig den Airbus verbilligt kriegt. – (rül)

OAU: Boykottdrohung gegen BRD

Der Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), Ide Oumarou, hat einen Boykott westdeutscher und britischer Waren durch alle afrikanischen Staaten und die Staaten der Blockfreienbewegung vorgeschlagen. Da sowohl die Bundesregierung wie auch die britische Regierung hartnäckig jegliche Sanktionen gegen das rassistische Südafrika ablehnen, sollten sie so zu einer Änderung ihrer Südafrikapolitik gezwungen

werden. Außerdem sollten alle Transportarbeitergewerkschaften aufgerufen werden. Waren der BRD und Großbritanniens nicht mehr zu befördern. Sichtlich erleichtert meldete die "FAZ" am 3. März, die OAU-Ministerkonferenz habe den Plan des Generalsekretärs abgelehnt. Die Erleichterung dürfte von kurzer Dauer sein: Auf einer für Juni nach Paris einberufenen internationalen Konferenz will die OAU ihre Kritik an beiden Regierungen vorbringen. – (rül)

Dauergarantie für Wiedervereinigungsgebot

Als unverfrorenen Anschlag auf fundamentalste Prinzipien unserer Verfassung hat Bundesjustizminister Engelhard (FDP) die von einigen SPD-Mitgliedern erwogene Streichung des Wiedervereinigungsgebotes aus der Präambel des Grundgesetzes bezeichnet. Wer es aufgeben wolle, rüttle an den Grundlagen unseres auf Wieder-

Personalausweis-/Paßgesetz

Massenfahndung darf zum Normalfall werden

Am 27. Februar beschloß der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition ein neues Personalausweis- und ein neues Paßgesetz. Ab 1. April 1987 ist jeder westdeutsche Staatsbürger über 16 Jahre verpflichtet, sich einen Personalausweis zu beschaffen, der Ausweis soll eine maschinenlesbare Karte sein. Der neue Paß, der ab 1. Januar 1988 ausgegeben werden soll, enthält ebenfalls einen maschinenlesbaren Code-Streifen. Beide Gesetze müssen am 14. März noch im Bundesrat beraten werden, bevor sie in Kraft treten können.

Begründet wurde die Einführung der neuen Ausweise mit ihrer "Fälschungssicherheit". In der Hauptsache aber wollen Bundesregierung und Koalitionsfraktionen maschinell lesbare Ausweise, die schnelle und genaue Kontrollen ermöglichen.

Die Regierungsfaktionen haben mit der Verabschiedung der Ausweisgesetze gleichzeitig eine Änderung der Strafprozeßordnung beschlossen, die "Schleppnetzfahndung". Danach kann die Polizei auf Grund richterlicher Anordnung oder bei "Gefahr im Verzuge" auch auf Anordnung der Staatsanwaltschaften auf öffentlichen Plätzen Kontrollstellen einrichten, jeden Vorbeikommenden kontrollieren und die Daten seines Personalauswises bis zu neun Monaten speichern. Die Grenzpolizei kann gegenüber allen die Grenze passierenden Personen ebenso verfahren. Die Kontrollen können angeordnet werden, wenn die Polizei oder die Justiz wissen oder einen begründeten Verdacht haben, daß eine "terroristische Ver-

einigung" gebildet wird oder tätig wird; daß Mord, Totschlag, Völkermord oder erpresserischer Menschenraub geplant oder durchgeführt wurde; daß Brandstiftung, Atom- und Sprengstoffexplosionen, lebensgefährliche Überschwemmungen, Angriffe auf den Luftverkehr, die Vergiftung von Trinkwasser oder einer großen Menge Lebensmittel, die Störung von Fernmeldeanlagen oder die Beschädigung von Verkehrswegen vorbereitet oder begangen wurde; daß Raub unter Benutzung von Schußwaffen, Verstöße gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz angedroht oder vollzogen wurden; daß gegen das Betäubungsmittelgesetz verstochen wurde oder werden soll.

Mit den neuen Ausweisgesetzen ist ein wichtiger Teil des Gesetzespaket zur inneren Sicherheit in Kraft. Mit dem Hinweis auf die Bekämpfung schwerer Kriminalität, die "jeden" bedroht, hat sich die Reaktion die Berechtigung verschafft, Notstandsmaßnahmen im Normalfall durchzuführen. Die Polizei kann ganze Stadtviertel legal kontrollieren.

Hat die Polizei einmal mit der Fahndung begonnen, ist ihr zudem erlaubt, jeden weiteren Verstoß gegen die Strafgesetze, auf den sie im Verlauf der Fahndung stößt, zu verfolgen. Zum Beispiel kann sie, gegen Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung oder Arbeitserlaubnis vorgehen, auch wenn sie diese Erkenntnisse im Verlauf einer Fahndung nach Rauschgiftdeltern gewonnen hat.

Die Grünen riefen in einer Pressekonferenz dazu auf, die Anschaffung neuer Personalausweise so lange als möglich zu verzögern, indem man sich kurz vor Einführung der maschinenlesbaren Ausweise einen neuen Ausweis beschafft. Der Vorschlag der Grünen läßt kaum kollektives Vorge-

hen zu, so daß die Möglichkeit besteht, die Gegner des maschinenlesbaren Ausweises exakt an ihrem alten Ausweis zu erkennen. Der DGB hat sich gegen den maschinenlesbaren Personalausweis ausgesprochen. Wenn die politische Opposition, Grüne und Gewerkschaften in der Kritik der Ausweise zusammenfinden könnten, wäre ein wirkungsvolles, nicht-individuelles Vorgehen möglich.

Die SPD hat angekündigt, sie wolle in den Bundesländern mit SPD-Regierung dafür sorgen, daß die Lesegeräte für die Ausweise nicht angeschafft werden. Da jedoch die SPD-Innenminister der Länder den neuen Musterentwurf für ein Polizeigesetz unterstützen haben und auch die Landesregierungen z.B. von Hamburg, NRW und Hessen darangehen, die Landespolizeigesetze entsprechend zu ändern, ist von dieser Ankündigung nicht viel zu erwarten. Die Polizeigesetze haben den maschinenlesbaren Ausweis zur Voraussetzung.

Quellenhinweis: FAZ v. 20.2. und 1.3. 86; Bundestagsdrucksachen Nr. 10/5059 und 10/5060 – (uld)

Revanchismus

Großdeutsche Provokationen in Polen

"Warschau bestreitet Existenz einer deutschen Minderheit. Weiter Unklarheit über Herausgabe einer Zeitschrift in Polen". Unter dieser Überschrift berichtete die "FAZ" am 19.2., ein "Edward Fogelgezang" habe in der Volksrepublik Polen die Genehmigung zur Herausgabe einer deutschsprachigen Kulturzeitschrift beantragt. Er spreche "für etwa 1,1 Millionen Deutsche in Polen", habe Fogelgezang auf

vereinigung ausgerichteten staatlichen Selbstverständnisses. Für "ihn persönlich" genieße das Wiedervereinigungsgebot als Staatsziel ersten Ranges "Dauergarantie". Es könne deshalb, selbst wenn man es wolle, auch mit der sogenannten qualifizierten Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments nicht abgeschafft werden, es sei ein unantastbares verfassungsrechtliches Gebot. Die Politik des Revanchismus will die Koalition fortsetzen und der Kritik daran vorbeugen. Der Justizminister stellt sich in die Tradition der Bundesverfassungsgerichtsurteile, nach denen dem Parlament durch "gesetzte" Normen die Entscheidungsbefugnis entzogen sein soll oder Parlamentsentscheidungen durch eine handvoll Verfassungsrichter beseitigt werden. Wer auch nur an der Diskussion über die völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen teilnimmt, ist als Staatsfeind ausgemacht. – (düb)



Königlicher Besuch in Wolfsburg: Vorletzte Woche weilte der spanische König Juan Carlos bei VW zu Besuch. Nach dem erfolgreichen Erwerb der SEAT-Werke durch VW nun der königliche Werbeauftritt als Draufgabe. Nachdem Kohl königlichen Dank für die "Hilfe" beim EG-Beitritt entgegengenommen hatte, mußte der König in Westberlin treue Waffenbrüderschaft bei der "Überwindung der deutschen Spaltung" bekunden. So wurde demonstriert, wer bei der "deutsch-spanische Freundschaft" das Kommando führt. – (rül)

einer Pressekonferenz in Warschau mitgeteilt, und: "Sie seien ein Freundeskreis von etwa 700 Menschen, vor allem aus Schlesien. Sie wollten eine Zeitschrift gemeinsam herausgeben ... Ihnen gehe es um die Pflege von Sprache und Liedgut ... Es müsse das Recht auf eine Minderheit anerkannt werden."

Die geplante Zeitschrift, deren Erscheinen hoffentlich von der polnischen Regierung von Anfang an unterbunden wird, ist von langer Hand durch den "Bund der Vertriebenen" und die "Schlesierjugend" vorbereitet. Der Wochenzeitschrift des "Bund der Vertriebenen", "Deutscher Ostdienst", Ausgabe 13.2.86, kann man entnehmen: "Bereits seit längerer Zeit wird von der Arbeitsgemeinschaft 'Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland' in der Schlesischen Jugend (AGMO) der Fall der deutschen Familie Edward Vogelgesang betreut, die in Greifenhagen bei Stettin in Pommern lebt." Westdeutsche Regierungsstellen sind über den Antrag Vogelgesangs ebenfalls unterrichtet: Sowohl die westdeutsche Botschaft in Warschau als auch der Petitionsausschuß des Bundestages wurden von dem im Juli 1985 eingereichten offiziellen Gesuch auf Genehmigung einer solchen Zeitschrift unterrichtet. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Hans Klein aus München, enger Mitarbeiter des rechtsradikalen "Deutschland-Magazin" des Kurt Ziesel, sowie der niedersächsische CDU-Abgeordnete Helmut Sauer, Vorstandsmitglied der Landsmannschaft der Schlesier, wandten sich in Schreiben an Außenminister Genscher und verlangten, ein hochrangiger Vertreter der westdeutschen Botschaft solle "wegen der prinzipiellen Bedeutung des Vorgangs" (Klein) der Gerichtsverhandlung beiwohnen, in der nun über den Antrag von Vogelgesang & Co. entschieden wird. Sauer verlangte zudem, das Auswärtige Amt solle bei der polnischen Regierung eine Genehmigung des Zeitungsprojekts verlangen. Schließlich darf man annehmen, daß auch die finanziellen Mittel für dieses Zeitschriftenprojekt direkt beim Bund der Vertriebenen bzw. bei westdeutschen Regierungsstellen zu suchen sind.

Das Zeitschriftenprojekt der Familie Vogelgesang ist also in Wirklichkeit ein Versuch von Vertriebenenverband, Schlesischer Jugend und Unionsparteien, eine von ihnen gesteuerte und mit Bundesmitteln bezuschußte "deutsche Minderheitenzeitung" in Polen zu installieren. Diese hätte künftig Greuelmärchen über Bedrückung "Deutscher" in Polen zu liefern, die in der BRD den Stoff für revanchistische Propaganda gegen die Volksrepublik Polen abgeben sollen.

Quellenhinweis: FAZ, 19.2. "Deutscher Ostdienst" (Hrsg. vom Bund der Vertriebenen), Nr. 7 und 8/86 - (rül)

Arbeitszeitordnung

Bündnis DGB-katholische Kirche für Verteidigung des arbeitsfreien Sonntags?

Schon am 25.1.85 fand im Bundestag die erste Lesung von Blüm's Entwurf für eine neue Arbeitszeitordnung (AZO) statt. Der Bundesrat hatte darunter eine weitere Ausnahmegenehmigung für Sonntagsarbeit gefordert "für den Betrieb von hochmechanisierten und automatisierten Produktionsanlagen." Die Bundesregierung hatte das nach heftigen Protesten der Gewerkschaften, und weil selbst die katholischen Bischöfe die Sonntagsruhe in Gefahr sahen, abgelehnt. Im Juli 1985 setzten die Textilkapitalisten und Bangemann mit der Forderung nach der gesetzlichen Erlaubnis für die Einführung der Sieben-Tage-Woche rund um die Uhr für die Textilindustrie nach. Unter diesen Begleitumständen liegt der AZO-Entwurf jetzt schon über ein Jahr im "Ausschuß für Arbeit und Soziales" des Bundestags. Offensichtlich besteht für eine abschließende Stellungnahme des Ausschusses das Problem, wie weit im Angriff auf den arbeitsfreien Sonntag –

piell gegen Sonntagsarbeit ist die katholische Kirche, was bringt sie konkret-nützliches gegen aktuelle Angriffe?

Vorneweg: Führende Kirchentheoretiker verneinen absolut, daß aus der apostolischen Lehre der Kirche ein Arbeitsverbot am Sonntag abzuleiten ist, so Kardinal Ratzinger, Leiter der katholischen Kongregation für Glaubensfragen, Karl Rahner, der Chefttheoretiker der deutschen Katholiken, Hans Ludwig, Leiter des katholischen Sozialinstituts in Freising von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB). (Siehe Dokumentation) An die Stelle der alttestamentlichen jüdischen Sabbatruhe ist die christliche Sonntagsmeßpflicht getreten. Alle Überlegungen in der katholischen Kirche um Arbeitsruhe am Sonntag kreisen um diesen Zweck – Teilnahme an der Sonntagsmesse.

Schlichte Reproduktion der Arbeitskraft als Zweck der Sonntagsruhe wird nicht anerkannt. Eine vorherr-



DGB-Vorsitzender Breit (links) in gern gesehener Begleitung: KAB- Vorsitzender Alfons Müller (Mitte), Jesuitenpater und Oberexperte der Katholischen Soziallehre Nell-Breunig (rechts).

über den vorliegenden Entwurf hinaus – entsprechend den Forderungen der Kapitalisten gegangen werden kann.

Gerd Muhr vom DGB-Bundesvorstand schätzte Mitte Februar die Lage jedoch so ein: "Mittlerweile drängt sich der Eindruck auf, als wolle sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung vollständig entziehen und in dieser Legislaturperiode auf eine gesetzliche Neuregelung ganz verzichten."

Verschiedentlich wurde von den DGB-Gewerkschaften auf die Unterstützung durch kirchliche Kräfte in der Frage Sonntagsarbeit hingewiesen. Darauf scheint der DGB auch jetzt stark zu vertrauen. Wie prinzi-

pielle Begründung für Sonntagsruhe lautet: "Sie (eine totale Arbeitswelt) kennt nur die Arbeitspause (um der Arbeit willen) oder Feiertage der Arbeit, welche die Arbeitsprinzipien feiern. Abgetrennt aber vom Bezirk der kultischen Feier und von ihrer Ausstrahlungskraft kann Muße so wenig gedeihen wie das Fest. Abgetrennt vom Kult wird Muße müßig und Arbeit unmenschlich." (Josef Pieper, "Muße und Kult"). Konsequent fortgedacht landet diese Position bei der Anwendung der Mönchsregeln des Hl. Benedikt auf die "gottlosen Müßiggänger", z.B. die vielen türkischen Arbeiter: "22. Auch am Herrentag sollen sich al-

Katholische Kirche zum Sonntagsarbeitsschutz

Kardinal Ratzinger: "An solchen Überlegungen ist richtig, daß der christliche Sonntag nicht an die staatliche Freistellung von der Berufssarbeit gebunden ist. Er ist keinesfalls deckungsgleich mit einem sozialpolitischen Phänomen, das nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen erreichbar ist. Insofern ist es berechtigt, um das Wahrnehmen dieses tieferen Kerns zu ringen, der vom Wechsel äußerer Situationen unabhängig besteht." (Klerusblatt, 15.09.85)

Karl Rahner: "Es gibt nach der allgemeinen Lehre der Kirche ... kein alttestamentliches Gebot, das als solches für die Christen noch verbindlich ist. Und zu diesen abgeschafften Geboten gehört auch das Gebot der Sabbatfeier." (Rahner, Sonntagsgebot 26.)

Hans Ludwig: "Vergleichen wir diese Entwicklung mit der bisherigen Tradition und den neuesten Aussagen der Kirche in Konzil, Synode und neuem Kirchenrecht, dann fällt folgendes auf:

1. Die Texte des Konzils, der Synode und auch das neue Kirchenrecht geben für die Verteidigung des Schutzes vor Sonntagsarbeit nicht viel her, so lange die nötige Freizeit zur Verfügung gestellt wird, am Sonntagsgottesdienst teilnehmen zu können. Die Vorschrift des Kirchenrechts, sich solcher Tätigkeiten und Geschäfte zu enthalten, die der Feier des Gottesdienstes, der am Herrentag eigenen Freude und angemessenen Erholung von Seele und Leib hinderlich sind, gilt für den einzel-

nen Christen, noch nicht einmal als Verpflichtung des Staates, solches rechtlich zu ermöglichen." (Flexible Arbeitszeit und Sonntag, in "Die lebendige Zelle", 3/1985)

Rat der evangelischen Kirche und Katholische Bischofskonferenz: "Der Sonntag ist aber auch ein Tag zum Schutz der uns überkommenen Kultur, insbesondere des Menschen und der Familie ... Eine Gesellschaft, die den Sinn des Sonntags nicht mehr verstünde und das Verbot der Arbeit mehr und mehr aufweichte, würde ein Kernstück ihrer Kultur preisgeben ... Dort, wo der Sonntag zu einem normalen Arbeitstag gemacht wird, fehlt ein wichtiges Element des Schutzes des arbeitenden Menschen ... Wenn das Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit durch Erweiterung der Ausnahmeregelungen weiter durchlöchert würde, dann wären ganz besonders die Familien betroffen ... Der Sonntag wird uns freilich nur dann auf lange Sicht erhalten bleiben, wenn die Menschen in unserer Gesellschaft bereit sind, ihn zu heiligen. Der Sonntag macht deutlich, wie sehr Religion, also die Rückbindung des Menschen an Gott und Kultur miteinander verbunden sind." (16. September 1985)

Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) Süddeutschland: "Sonn- und Feiertagsschutz verbessern! ... Erhebliche Bedenken meldet die Arbeitsgruppe gegen den § 7 Abs. 1 des Gesetzentwurfes an. Er könnte so ausgelegt werden, daß die bisher vorgeschriebene Betriebsruhezeit von 24 Stunden auf 12 Stunden halbiert wird. Die Folge wäre, daß erheblich mehr Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden könnten ...



Die katholische Lehre gebietet die Sonntagsmeßpflicht, nicht die Sonntagsruhe.

Ein Schichtbeginn ab 18 Uhr, wie nach dem Gesetzentwurf möglich, würde die Ruhe und Gestaltung des Sonntags bei den betroffenen Schichtarbeiterfamilien bis weit in den Nachmittag hinein stören. Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, für die Betriebsruhezeiten und die zusammenhängenden Ruhezeiten des einzelnen Arbeitnehmers die bisherigen Regelungen des § 105 b Gewerbeordnung zu belassen. Für sehr bedenklich wird auch beurteilt, was in § 8 des Entwurfes vorgesehen ist. Danach soll die Mindestzahl und die Folge von arbeitsfreien Sonntagen durch Tarifvertrag oder sogar durch Betriebsvereinbarung geregelt werden können. Die Folge wäre eine nicht mehr überschaubare und überprüfbare Praxis des Sonntagsschutzes."

le der Lektüre widmen ... 23. Wäre aber einer so nachlässig und träge, daß er meditieren oder lesen nicht kann oder nicht mag, so trage man ihm eine Arbeit auf, die er zu erledigen hat, damit er nicht müßig ist."

Trotz der zentralen Bedeutung der Sonntagsmesse garantiert die Katholische Kirche bis heute nicht mal die nötige Freizeit dafür. Die "Gemeinsame Synode der Bistümer in der BRD" hat 1975 in Würzburg folgenden wichtigen und bis heute gültigen Beschuß zum Thema "Gottesdienst" gefaßt: "2. Der Sonntag des Christen ... Um sich jedoch immer wieder seiner Würde als Mensch und Christ bewußt zu werden, setzt er in der Feier des Sonntags die werktägliche Arbeit aus und begegnet so wirksam der Gefahr, daß ihn die Arbeitswelt ihren Zwecken unterwirft, ihn versklavt und isoliert. Deshalb treten die Christen für den Sonntag als Tag der Feier und Ruhe ein." Eini-

ge Abschnitte weiter unten heißt es dann, ganz trocken und auf der Höhe der Flexibilität: "Wer wegen Berufssarbeit nicht zum sonntäglichen Gottesdienst kommen kann, möge an einem anderen Tag die Eucharistie feiern. Ist dies in einer Gemeinde eine größere Gruppe (z.B. ... eine größere Zahl von Schichtarbeitern), so sollte zu geeigneter Stunde ein sonntäglich gestalteter Gottesdienst an einem Wochentag angeboten werden."

Die katholische Sonntagsruhe wirkt so wenig "beruhigend" für den betroffenen Schichtarbeiter, und im Licht dieser Kenntnisse empfiehlt es sich, entsprechende Erklärungen der katholischen Kirche, ihrer Bischöfe usw. sehr genau anzuschauen, nach wirklicher, konkreter Unterstützung. Die KAB z.B. hat in ihrer Zeitung 2/86 den Leitartikel "Der siebte Tag der Woche muß Ruhetag bleiben" mit der Forderung geendet: "Alle Argumente im

Hinblick auf eine bessere Auslastung teurer Maschinen und Anlagen dürfen nicht zu einer generellen Erlaubnis der Sonntagsarbeit führen." Es geht auch nicht um das "generelle" Problem, sondern z.B. um 19 Sondergenehmigungen in Blüm's Entwurf und weitere von den Kapitalisten geforderte Ausnahmen. Die weitestgehende Kritik am AZO-Entwurf aus katholischen Kreisen von der KAB-Süddeutschland haben wir oben dokumentiert. Diese nützliche Kritik bleibt bisher Ausnahme, generell versucht der KAB eher den Eindruck zu erwecken, Blüm wolle den Sonntagschutz gegen die Kapitalisten weiter verteidigen. Sicher ist auf alle Fälle, daß brauchbare Beiträge von katholischen Gruppen gegen Sonntagsarbeit nicht aus der katholischen Lehre heraus entwickelt, sondern nur von Gewerkschaftspositionen her übernommen werden können. - (kls)

Zwangsarbeit

Freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Rechtsansprüche

Mit Entschlossenheit haben sich die Parlamentarier der CDU/CSU in der Bundestagsdebatte am 16.1. 1986 über den Antrag der Grünen "Entschädigung für Zwangsarbeit während der Nazi-Zeit" gegen jedes Recht der ehemaligen Zwangsarbeiter ausgesprochen, vorenthaltenen Lohn nachträglich zu fordern. Ebenso entschieden wehren sie die von den Grünen auf Anregung von Kempner, Ankläger bei den Nürnberger Prozessen, aufgenommene zusätzliche Forderung ab, die früheren Sklavenarbeiter, die von deutschen Kapitalisten ausgebeutet wurden, nachzuversichern, was für die Rentenzahlung wirksam wäre.

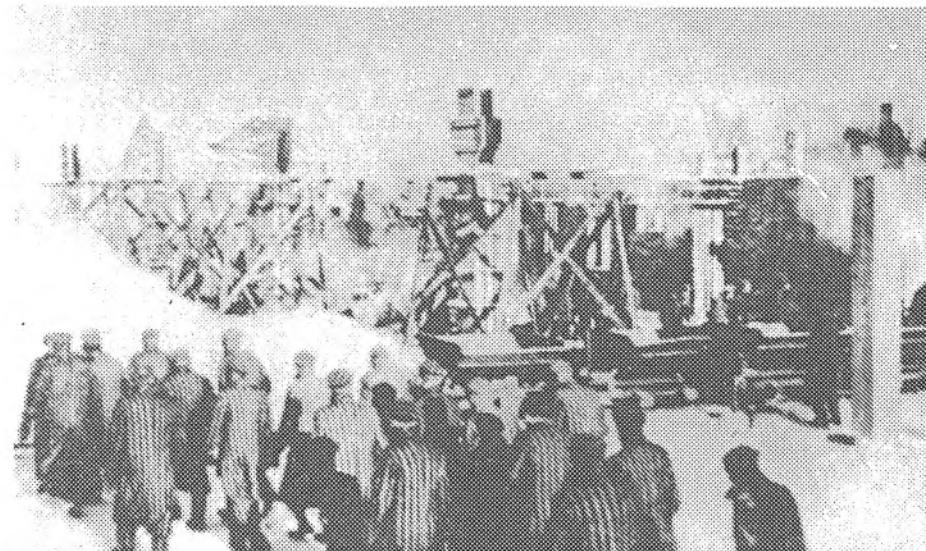
Dr. Bötsch verschanzte sich hinter der Haftentschädigung, die Zwangsarbeiter nach dem Bundesentschädigungsgesetz bekommen konnten, sowie einigen Entschädigungen für Schäden an Gesundheit und beruflicher Existenz, aber für den Tatbestand der extremen Ausbeutung lehnte er Zuständigkeit und Verantwortung ab: "Dariüber hinausgehende Forderungen aus Zwangsarbeit, also wegen des entgangenen Arbeitsentgelts, sind unseres Erachtens der Zuständigkeit des deutschen Gesetzgebers entzogen." Als eine der "Erscheinungen des Zweiten Weltkriegs", wenn auch eine der "schrecklichen", bezeichnete Dr. Laufs "das besondere Problem der von Nationalsozialisten ausgebeuteten Zwangsarbeiter". Er brachte die Erwähnung einer Lohnzahlung in Gegensatz zu Taten der "Freiheit" und der "Moral", unter die er die Wiedergutmachung der Bundesregierung und einiger Konzerne subsumierte, und behauptete: "Hier wie auch bei der übrigen Wiedergutmachung ist der Versuch eines vollen Schadensersatzes unmöglich ... Auch für die Wiedergutmachung gegenüber jüdischen Zwangsarbeitern oder Zwangsarbeitern aus anderen europäischen Staaten wird allerdings weiter die Erkenntnis gelten: Die geschichtliche Welt ist nicht so eingerichtet, daß durch Wiedererstattung und Bezahlung einer Schuldigkeit das Gleichgewicht wiederhergestellt werden könnte." Die Nachzahlung von Lohn an Zwangsarbeiter würde also an den Kern der "geschichtlichen Welt", wie sie kapitalistisch existiert, röhren. Sie wäre barbarisch gegen die herrschende Geschichts- und Rechtsauffassung der Bourgeoisie gerichtet, daß sie das Recht hat, ihre Profite zu steigern durch die Entblößung der Besitzer der Ware Arbeitskraft selbst noch von dem Recht, überhaupt Lohn zu verlangen. Die Bourgeoisie bedenkt die Folgen. Soll es den westdeutschen Kapi-

talisten verboten sein, durch den nächsten imperialistischen Krieg erneut den Durchschnittslohn durch Zwangsmittel zu senken und insbesondere im Krieg erbeutete Arbeitskraft als Eigentum zu betrachten, das sie möglichst kostenlos verwenden kann?

Eine Bedingung, die sie dafür aufrechterhalten will, ist das KPD-Verbot. In dem auch von den Vertretern der SPD gepriesenen Bundesentschädigungsgesetz – eine Leistung aus demselben Jahr wie das Verbotsurteil 1956 – ist nicht nur keine Lohnzahlung für Zwangsarbeiter vorgesehen, sondern ausdrücklich festgelegt, daß diejenigen, die die kapitalistische Gesellschaft bekämpfen, keine Ansprüche haben. Nach §6 ist von der Entschädigung ausgenommen, "... wer nach dem 23. Mai 1949 die freiheitliche de-

ren Extremismen in fanatischer Verbohrtheit anhängen ... Wir sind aber auch eine wehrhafte Demokratie. Wir werden uns weiterhin gegenüber all denen energisch wehren, die die freiheitliche Grundordnung bekämpfen."

Die Vertreter der SPD wagten keine direkte Ablehnung des Antrags der Grünen. Westphal empfahl die "geistige Auseinandersetzung" und verwies im übrigen auf eine Entschließung des Europaparlaments, die auf Initiative der Grünen und der SPD-Abgeordneten Wieczorek-Zeul gefaßt wurde. Das Parlament sieht "eine klare moralische und rechtliche Verpflichtung der Firmen, die Sklavenarbeiter beschäftigt haben, Entschädigungsleistungen zu zahlen". Es fordert die Firmen, die nichts gezahlt haben, auf, dies umgehend zu tun, und unterstützt die Forderung des Zentralrats deutscher Sinti und Roma. Es "fordert alle deutschen Unternehmen, die Sklavenarbeiter beschäftigt hatten, auf, einen Fonds für Entschädigungszahlungen an die Opfer der Zwangsarbeit einzurichten". So vergleichsweise ehrenwert diese Entschließung ist, so



Häftlinge auf dem Weg zum Bau einer Fabrikhalle für Krupp in Auschwitz. Dort wurden Zünder montiert.

mokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat; 3. wem nach dem 8. Mai 1945 rechtskräftig die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden sind; 4. wer nach dem 8. Mai 1945 rechtskräftig zu Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt worden ist". Auf die Forderung der Grünen, auch die Kommunisten zu entschädigen, reagierten die vier Parteien des Kapitals nicht direkt. Nur der ehemalige Innenminister Baum ließ erkennen, daß sie verstanden haben: "Der Rechtsextremismus ebenso wie der Linksextremismus sind gegenwärtig keine ernsthafte Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Dennoch sollten wir uns nicht damit beruhigen, daß es nur wenige in unserem Lande sind, die der Nazi-Ideologie und ande-

genau vermeiden die Beschußfassen-den, Lohn zu verlangen.

Die Grünen weisen in der Begründung ihres Antrags nach, daß die Ausnutzung von Zwangsarbeit zu einer Lohnsenkung von 20 bis 25% führte, wenn man die Gesamtlohnsumme in Beziehung zur Steigerung der Gesamtbeschäftigung setzt. Die Lohnspreizung betrug 1943 in der Harpener Bergbau AG zwischen 6,60 RM für westliche Zivilarbeiter und 0,40 RM für sowjetische Kriegsgefangene. Die jüdischen Zwangsarbeiter erhielten überhaupt nichts. Für sie kassierte die SS pro Arbeitstag 4 RM für Ungelehrte und 6 RM für Facharbeiter. Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen 10/4640, 10/4996; Bundestagsprotokoll 10/187, 187. Sitzung vom 16.1. 1986 – (anl, gba)

Massenzwangsarbeite: Kriegsziel und -mittel

Die Planung der Zwangarbeit

Brief des Nazi-Ministers Funk, Generalbevollmächtigter der Wirtschaft (GBW), an das Oberkommando der Wehrmacht (OKW), 28.1.1939:

"Der Fehlbedarf an Arbeitskräften zwingt zu einer möglichst weitgehenden und zweckmäßigen Einsetzung etwaiger Kriegsgefangener. Die dazu nötigen Vorbereitungen müssen in enger Zusammenarbeit von OKW und GBW getroffen werden." (Dokument EC-488 des Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, IMT)

Die Konzerne: mehr Zwangarbeiter!

Bis zum Sommer 1940 waren 90 bis 95 Prozent der Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft eingesetzt worden. Nach der Ausweitung des Krieges und dem Angriff auf die Beneluxländer und Frankreich setzten die Industriekapitalisten ihre Forderungen nach erhöhter Zuteilung von Zwangarbeitern durch. So schrieb ein Direktor Klingspor vom Salzdetfurk-Konzern an eine der Konzerngesellschaften, die Kupfergesellschaft, 21.6.1940:

"Die ersten Kriegsgefangenen aus Frankreich sollen zu einem großen Teil qualitativ hochwertige Arbeitskräfte enthalten. Es ist zu erwägen, ob man nicht mit Genehmigung oder auch mit Unterstützung des Arbeitsamtes bei dem nächstgelegenen Gefangen-Sammellager vorspricht und hier eine Auswahl der Leute vornimmt." (Nach: D. Eichholz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Band I, S. 95)

Der Kapitalistenverband Reichsgruppe Industrie bemühte sich, 15.7.1940:

"Die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes haben zu mehrfachen Verhandlungen mit dem RAM," (Reichsarbeitsministerium) "insbesondere zu den Fragen von Fraueneinsatz und Einsatz von Kriegsgefangenen geführt. Mit einer verstärkten Zuweisung von Kriegsgefangenen kann gerechnet werden." (Tätigkeitsbericht der Reichsgruppe)

Ende Mai 1941 mußten drei Millionen ausländische Arbeiter in Deutschland arbeiten. Die Hälfte davon in der gewerblichen Wirtschaft.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion gedachten die deutschen Imperialisten, ihre mit kürzerfristigen militärischen Angriffen erzielten Siege fortzusetzen. Sie hatten sich verrechnet. Die deutschen Konzernherren schrieen daraufhin nach Ausweitung der Zwangarbeit. Die Nazi-Regierung kam dem alsbald nach. Aufzeichnung aus Hitlers Hauptquartier, 31.10.1941:

"Der Mangel an Arbeitskräften wird zu einem immer gefahrdrohenderen Hemmnis für die künftige deutsche Kriegs- und Rüstungswirtschaft. Die erhoffte Entlastung durch Freistellungen aus der Wehrmacht ist nach Ausmaß und Zeitpunkt unsicher... Der Führer hat nunmehr angeordnet, daß auch die Arbeitskraft der russischen Kriegsgefangenen durch ihren Großeinsatz für die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft weitgehend auszunutzen ist. Voraussetzung für die Arbeitsleistung ist angemessene Ernährung." (Dokument EC-194, IMT)

Die Wehrmachtsführung ließ mehrere Millionen sowjetischer Kriegsgefangener in den Lagern verhungern. Die deutschen Kapitalisten beuteten dann die Nichtverhungerten in ihren Fabriken bei "angemessener Ernährung" grausam aus, bis die Gefangenen ebenfalls an Unterernährung, Entkräftung und Krankheiten starben oder als "arbeitsuntauglich" ermordet wurden.

In einem Aktenvermerk des Ministerialdirektors des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Mansfeld, vom 20.2.1942 heißt es:

"Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz

wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem großzügigeren Einsatz russischer Kriegsgefangener entschlossen hätte. Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung. Davon sind nur noch 1,1 Millionen übrig." (Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, 1965, S. 21)

KZ-Häftlinge in den Fabriken

Ab 1942 weiteten die Imperialisten die Zwangarbeit umfassend aus. Sie verschleppten Millionen zivile Arbeitskräfte, insbesondere aus dem besetzten Teil der Sowjetunion, bauten in den KZs Fabriken und errichteten mindestens 1634 Zwangsarbeitslager.

Aus dem Programm von F. Sauckel, NS-Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, 20.4.1942:

"Es ist daher unumgänglich notwendig, die in den eroberten sowjetischen Gebieten vorhandenen Menschenreserven voll auszuschöpfen. Gelingt es nicht, die benötigten Arbeitskräfte auf freiwilliger Grundlage zu gewinnen, so muß unverzüglich zur Aushebung derselben bzw. zur Zwangsverpflichtung geschritten werden... Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbare sparsamsten Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen." (Nach: R. Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, S. 363)

Häftlinge aus den KZs wurden nur auf Antrag der Firmen zugewiesen. Eidesstattliche Erklärung des Hauptabteilungsleiters Sommer im SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA), 4.10.1946:

"Die Zuteilung von KZ-Insassen als Arbeitskräfte wurde regelmäßig durch die Firma beim WVHA Amtsgruppe D... direkt beantragt... Wenn die Voraussetzungen für die Beschäftigung, bes. in Bezug auf Sicherheit erfüllt waren, erfolgte die Anweisung an das betreffende KZ-Lager, eine entsprechende Zahl von Insassen zur Verfügung zu stellen. Die betreffenden Firmen wurden aufgefordert, von dem vorhandenen Material in dem betreffenden KZ-Lager, oder wenn nötig aus mehreren KZ-Lagern, die für sie am besten geeigneten Arbeitskräfte herauszusuchen. Im ganzen waren ungefähr 5–600000 Insassen von KZ-Lagern durch das WVHA für den Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt (Stand Ende 1944)." (B. Ferencz, Lohn des Grauens, S. 273)

Ende 1943 betrug die Gesamtzahl der Sklavenarbeiter 6,8 Mio., davon 1,462 Mio. Kriegsgefangene (Dokument D-542 IMT). In den Jahren 1944 und 1945 kamen weitere mindestens drei Millionen Zwangsarbeiter hinzu.

Recht auf Entschädigung verhindert

Entgegen den Tatsachen behaupten die Kapitalisten und der Bundesgerichtshof wie mit einer Stimme, daß die Kapitalisten rechtlich nicht verpflichtet seien, Entschädigungen an Zwangsarbeiter zu zahlen, da die Zwangsarbeiter gegen den Willen der Firmenleitungen diesen aufgezwungen worden wären. Bei der Klage einer jüdischen Zwangsarbeiterin aus New York gegen Rheinmetall urteilte der Bundesgerichtshof:

"... Darauf, ob sich die Rüstungsbetriebe im Einzelfall um die Zuweisung von Konzentrationshäftlingen bemüht haben, kommt es nicht an; denn jedenfalls erfolgte die Zuweisung im Rahmen der von der Staatsführung gesteuerten Rüstungs- und Kriegsplanung, die sich dabei bewußt über völkerrechtliche Grenzen hinwegsetzte. Ohne daß auf das angeschnittene Verjährungsproblem eingegangen zu werden braucht, kann daher zur Zeit eine sachliche Prüfung der Klageforderungen nicht erfolgen..." (17.3.1964, Aktenzeichen VI ZR 186,61)

Warum kann die "sachliche Prüfung" nicht erfolgen? Der Bundesgerichtshof: Die Ansprüche von Angehörigen fremder Nationen, die als Zwangsarbeiter beschäftigt wurden, können nur in einem abschließenden Friedensvertrag behandelt werden. (B. Ferencz, a.a.O., S. 169)

Philippinen

Marcos-Abgang mit US- und Kirchensegen Jetzt ein Regime aller Besitzenden?

Die Fernsehkorrespondenten von ARD und ZDF geraten in Verzückung, wenn sie über die Ereignisse um den Abtritt des philippinischen Diktators Marcos berichten: "Revolution im Zeichen des Kreuzes", "sanfte Revolution" usw. Und zur Bestätigung ihrer Aussagen zeigen sie Bilder einer Kundgebung mit einer Million Menschen, die am Sonntag in Manila den Sturz der Marcos-Diktatur und angeblich auch Jesus Christus gefeiert haben. US-Außenminister Shultz spricht von einem gelungenen Übergang zur Demokratie. Was ist tatsächlich geschehen? Als erkennbar wurde, daß das Marcos-Regime bei den Präsidentschaftswahlen am 7.2. trotz Wahlbetrug, Einschüchterung und Terror keinen oder nur einen dünnen Wahlsieg über die Opposition unter Frau Aquino registrieren konnte, und vor allem als in den städtischen Zentren Abertausende die Wahlen zu Protestaktionen gegen das Marcos-Regime nutzten, ließ die US-Regierung ihren Statthalter fallen und setzten sich gleichzeitig führende Vertreter des reaktionären Gewaltapparates, Verteidigungsminister Enrile und der stellvertretende Armeechef Ramos, von Marcos ab. Damit waren die wesentlichen Stützen des Marcos-Regimes, nämlich die Unterstützung durch die USA und der Rückhalt im Offizierskorps von Armee, paramilitärischen Einheiten und Polizei, zerbrochen bzw. angeschlagen. Damit war auch die vielleicht zunächst von der US-Regierung bevorzugte Lösung, durch die Wahlen das Regime wieder zu stabilisieren und gleichzeitig die Marcos-Nachfolge vorzubereiten, nicht mehr gangbar. Den Rückhalt unter den besitzenden Klassen der Philippinen und in der katholischen Kirche hatte das Marcos-Regime längst verloren. Seit Anfang 1985 zeichnete sich ab, daß Frau Aquino, die Witwe des von der Marcos-Clique 1984 ermordeten Oppositionspolitikers Benigno Aquino, eine Führungsrolle in der Opposition gegen Marcos einnehmen würde. Der Mord an Benigno Aquino hatte das Marcos-Regime in eine politische Krise gestürzt, deren Hauptkennzeichen die zunehmende Opposition der städtischen Mittelschichten wie der besitzenden Klassen des Landes gegen die Diktatur war. Die Basis der US-Marcos-Diktatur wurde also immer schmäler. Die tiefgreifende Wirtschaftskrise auf den Philippinen, die auch den Lebensstandard der städtischen Mittelschichten drückte und die Profite der besitzenden Klassen verdarb, tat ein Übriges zur Isolation des Regimes. Die Protestaktionen dieser

Klassen gegen das Regime rissen nicht mehr ab. Kennzeichnend dafür waren die großen Demonstrationen im Bankenviertel von Manila. Die neue Regierung der Philippinen unter Frau Aquino hat bislang kein Programm vorgelegt. Aus ihrer Zusammensetzung ist aber erkennbar, daß diese Regierung in erster Linie die besitzenden Klassen der Philippinen repräsentiert und, daß diese Klassen kein Interesse daran haben, den Gewaltapparat der Marcos-Diktatur zu zerschlagen, sondern ihn vielmehr benutzen wollen. Frau Aquino und der Vizepräsident Laurel gehören beide zu den reichsten Familien der Philippinen; zur Regierung gehören außerdem Vertreter philippinischer Großbanken, die in den letzten Jahren die Massenaktionen gegen Marcos im Bankenviertel von Manila organisiert hatten. Der stellvertretende Armeechef Ramos ist an der US-Kriegssakademie West Point ausgebildet, hat gegen Vietnam an der Seite von US-Truppen gekämpft und gilt in den USA als verläßlicher Verbündeter, der – weil nicht korrupt – besonders geeignet für die Zerschla-

neste für politische Gefangene Guerillakämpfer und Kader der KP der Philippinen ausgenommen. Offen bleibt, wieweit das neue Regime der besitzenden Klassen der Philippinen sich tatsächlich stabilisieren kann. Die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der neuen Mittelschichten in den Städten, die den Sturz der Marcos-Diktatur wollten und in den Wahlen dazu ein Instrument sahen, erwarten eine Besserung ihrer Lage; der Lebensstandard in den Städten hatte sich in den letzten Jahren fast halbiert. Die Bauernmassen, die nach allen Berichten für die Wahlen kein Interesse zeigten, erwarten eine durchgreifende Landreform und die Enteignung des in- und ausländischen Großgrundbesitzes. Diese Interessen sind schwerlich in Übereinstimmung zu bringen mit den Wünschen der besitzenden Klassen nach einem verbesserten Investitionsklima. Und die beabsichtigte Isolation und Spaltung der Linken kann nicht gelingen, weil Frau Aquino zentrale Forderungen der Massenbewegung – wie im Folgenden dokumentiert – aufgegeben hat. Die Nationale Demokratische Front NDF und die KP der Philippinen hatten deswegen zum Wahlboykott aufgerufen – eine Taktik, die nicht überall von den Kräften der Linken verfolgt wurde.

Quellenhinweis: SZ, div. Ausgaben; Far Eastern Ec. Review, div. Aus-



Demonstrierende Reisbauern stürzen in Manila ein Polizeifahrzeug um. Eine Landreform im Interesse der Millionen Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter – das wird ein wichtiger Prüfstein für die Zukunft der Aquino-Regierung.

gung der kommunistischen und Moro-Guerilla ist. Ramos und der weiterhin amtierende Verteidigungsminister Enrile haben die Massaker an tausenden philippinischen Arbeiter und Bauern auf dem Gewissen. Offensichtlich ist die Bekämpfung der Guerilla, die etwa 1/4 der Landgebiete kontrollieren, ein Schwerpunkt der neuen Regierung. Für die US-Regierung hatte das Marcos-Regime hauptsächlich dabei versagt. Folgerichtig hat Frau Aquino von der jetzt verkündeten Am-

gaben – (wom)

Nationale Demokratische Front zu den Wahlen:

"Deswegen (aufgrund der Wahlbetrügerei) ist es unwahrscheinlich, daß die Opposition gewinnt. Und für diesen Fall hat Marcos schon Pläne, die deren Machtübernahme oder zumindest deren wirksame Regierungsausübung verhindern sollen.

Der traurige Fakt über den konservativen Teil der traditionellen Opposi-

tion, die Aquino und Laurel unterstützt, ist, daß er immer mehr der US-Marcos-Diktatur in die Falle geht. Marcos zwang ihn zuerst, sich einer einseitigen Wahl zu stellen, und jetzt benutzt er ihn für seine Angriffe auf die Linke. Die Oppositionskandidatin Cory Aquino hat den Respekt und die Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung wegen ihres wichtigen Beitrags zum Kampf des Volkes gegen die Marcos-Diktatur. Aber indem sie Marcos in die Falle geht, unterminiert sie ihre eigene Wirksamkeit als Kraft gegen die Diktatur. Sie ist gezwungen worden – wie ihre jüngsten Erklärungen zeigen –, ihre bisherige fortschrittliche Position in einer Reihe zentraler Fragen aufzugeben... Eindeutig ist der Zweck der Wahlen am 7. Februar nicht die Beseitigung der Marcos-Clique von der Macht, sondern die Sicherung ihrer Herrschaft bis 1992. Durch die plötzlich ange setzten Präsidentschaftswahlen hofft das Marcos-Regime, sich aus seiner sehr isolierten Position zu befreien, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den zentralen Fragen der Gesellschaft in einer tiefen Krise abzulenken... Ihrerseits unterstützen die USA diesen Marcos-Plan, um den Zusammenbruch der Diktatur zu verhindern, die die neokoloniale US-Herrschaft auf den Philippinen verteidigt und sichert. Sie wollen die politische Basis der Diktatur sichern, indem sie die Marcos-Clique und deren Gegner aus den Reihen der Kompradoren und Großgrundbesitzer auf das Mittel der Wahlen im Kampf um die Macht einschwören. Ihre Bemühungen, die philippinische Elite durch Mäßigung ihrer Rivalitäten zu einen, ebenso wie die Vorkehrungen für eine Vizepräsidentschaft sichern einen reibungslosen Machtwechsel, sollte Marcos sterben, vollends senil werden oder sollte er doch abgelöst werden müssen... Aufgrund der antidemokratischen, antinationalen und gegen das Volk gerichteten Ziele der US-Marcos-Wahl ist ihre Entlarvung und ihr Boykott die korrekte und prinzipielle Option." (Aus: Liberation, Zeitschrift der NDF, 31.1.86)

KP der Philippinen: "Wo stehen Aquino und Laurel in Grundsatzfragen?"

... Ihre (Frau Aquinos, d.Red) Position zu den US-Militärbasen im Land ist ein Beispiel. Marcos beharrt eindeutig auf der Aufrechterhaltung der Basen im Land, die die Kontrolle des US-Imperialismus über das Land verstärken. Im Fall von Frau Aquino dagegen gibt es Schwankungen und gegensätzliche Aussagen. Als sie mit anderen Oppositionellen Anfang des Jahres die Convenor Group schuf zur Vorbereitung auf mögliche 'Über raschungswahlen', hatte sie die Führung bei der Unterzeichnung einer 'Deklaration von Prinzipien', die unmißverständlich die Auflösung der

Basen forderte... Später machte sie vage Andeutungen über neue Verhandlungen mit den USA vor dem Auslaufen des Abkommens über die US-Basen im Jahr 1991. Kürzlich, in einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin Time (v. 16.12.85) erklärte sie: 'Ich betone, daß wir sicherstellen müssen, daß keine ausländische Macht hier Militärbasen etablieren kann, bevor wir an die Auflösung der amerikanischen Basen hier gehen...' Frau Aquino dreht und wendet sich auch in der Frage ihrer Haltung zu der 'Bedrohung', worunter sie den bewaffneten revolutionären Kampf der Neuen Volksarmee und der Moro-Guerillas versteht. In der Vergangenheit hatte sie mehrfach die extrem repressive und ausbeuterische Politik des Marcos-Regimes als Ursache der enormen Ausbreitung des bewaffneten Kampfes angeklagt. In dem zitierten Interview mit dem Magazin 'Time' sagte sie: 'Ich bin gegen Gewalt, und die Leute, die jetzt in den Bergen sind und Gewalt anwenden, müssen kommen und um Amnestie bitten. Sie müssen ihre Waffen niederlegen. Dann können wir miteinander sprechen.' Aquino und Laurel geben damit der Neuen Volksarmee und den Moro-Guerillas die Schuld für den Bürgerkrieg, der von der US-Marcos-Diktatur begonnen wurde... Offensichtlich außerhalb ihrer Überlegungen sind Brutalitäten des reaktionären Staates unter der US-Marcos-Führung wie die Massaker an hungernden Bauernmassen, die Reformen wollten, damit sie und ihre Familien nicht an Hunger sterben... In Fragen der Volkswirtschaft hat Frau Aquino erklärt, sie wolle sich den 'drängendsten Problemen von Hunger und Armut' widmen und Arbeitsplätze für die Millionen Arbeitslosen und Unterbeschäftigte schaffen. Sie verspricht Demokratie, Gerechtigkeit und Prosperität, aber ihre Aussagen über den Weg dahin sind vage. Z.B. nichts weniger als eine wirkliche Landreform kann den Landhunger von Millionen armen Bauern beseitigen. Und die Arbeiter brauchen Arbeitsplätze, die ihnen ein erträgliches Leben sichern, sie brauchen gesicherte Arbeitsplätze, und sie wollen ein System, das ihre Rechte auf gewerkschaftliche Organisierung und auf Streikfreiheit sichert.. Und während Frau Aquino die 'gewalttätige' Neue Volksarmee bekämpfen will, ist sie weniger sicher und vorsichtig über ihre Absichten mit den Streitkräften der Philippinen, die als Hauptinstrument der Staatsgewalt von der Marcos-Clique zur Erhaltung ihrer Herrschaft gebraucht wurden.. Frau Aquinos unsicherer Kommentar: 'Ich werde Freunde bitten, mir bei der Behandlung des Militärs zu helfen. Einige meiner Berater erinnern mich immer daran, in Fragen der Armee mich offen zu halten...' In dem Bemühen, die Marcos-Clique zu besiegen, haben



Kämpfer der moslemischen Moro-Befreiungsfront. Das Marcos-Regime versuchte vergeblich, den Unabhängigkeitskampf der Moros zu unterdrücken.

Aquino und Laurel die Bevölkerung aufgefordert, gegenüber Wahlbetrug und Wahlterror wachsam zu sein und die Wahlurnen mit ihrem Leben zu verteidigen. Bislang haben aber weder Aquino noch Laurel einen einzigen guten Grund genannt, warum ein Philippino für ein Wahlmanöver sterben soll, das ihm nicht einmal ein klares Versprechen der nationalen Unabhängigkeit, von Fortschritt und Prosperität gibt."

(Aus: Ang Bayan, Zeitschrift der KP der Philippinen, Dez. 1985)

Dänemark

Knappe Mehrheit für "EG-Paket"

Bei der Abstimmung um das "EG-Paket" stimmten am 27.2. 56,2% dafür, 43,8% dagegen. Die Wahlbeteiligung lag bei 75%. 1972, als es um die EG-Mitgliedschaft ging, stimmten 63,4% dafür, 36,6% dagegen. Wie bei der damaligen Wahl gab es Unterschiede zwischen Stadt und Land. In Kopenhagen überwogen die Gegner, in vielen Bezirken stimmten dort über 60% mit "Nein". Auf dem Land überwogen die Befürworter des "EG-Pakets". Die sozialdemokratischen Wähler haben zu 2/3 den Aufruf der Parteispitze, mit "Nein" zu stimmen, befolgt. Die Wahl hatte mehr ablehnende Stimmen ergeben, als vorherige Meinungs umfragen veröffentlicht hatten.

Eine Vertreterin der "Volkbewegung gegen die EG" schätzt das Ergebnis so ein: Der Widerstand gegen die EG sei verstärkt aus der Diskussion hervorgegangen. "Ich bin sicher, hätten wir 14 Tage mehr gehabt, hätte sich die Lage zu einem 'Nein' gedreht."

In der Tat war es so, daß die Kritik am "EG-Paket" in den Tagen vor der Wahl an Deutlichkeit zunahm. In Anzeigekaktionen sprachen sich u.a.

mehrere Gewerkschaften, Studenten und Beschäftigte der Kopenhagener Uni, Vertreter der Friedensbewegung für die Ablehnung aus. Auch inhaltlich wurden die Positionen klarer. Der SiD in einer Anzeige: "Die wärmsten und eifrigsten Anhänger des EG-Pakets sind der Industrierat, der Landwirtschaftsrat, der Dänische Arbeitgeberverband und der Großhandelsverband mit der bürgerlichen Regierung an der Spitze. Wo haben diese Repräsentanten der Aktionärsinteressen und der Geldmacht von sich aus etwas Gutes für den einfachen Dänen getan?"

Zur Klärung, warum immerhin mehr als die Hälfte da für gestimmt haben, müßten folgende Fragen untersucht werden: Welche sozialen Interessen der Landbevölkerung führen zu einer Befürwortung des "EG-Pakets"? In welchen Bereichen hat die dänische Industrie Vorteile von der Ausdehnung des "inneren Marktes"? Gerade diese letzte Frage würde die Grundlage klären, warum z.B. die Konservativen überhaupt mit solchen Werbesprüchen auftreten können, es würden mehr Arbeitsplätze geschaffen, denn: "Wenn wir ja zum Paket sagen, können wir Handelschranken überwinden, die den dänischen Export hemmen." Die gleichen Argumente werden auch von einigen Gewerkschaften vertreten. Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft NNF (Nahrungsmittelbranche) äußerte sich nach der Wahl so: "Ein ja gibt mehr Beschäftigung ... Es ist ein großer Vorteil für unseren Export, wovon wir so abhängig sind."

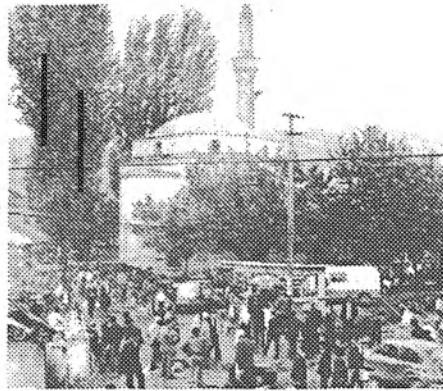
Quellenhinweis: Politiken, lfd. Ausgaben – (wiw)

Jugoslawien

Regionalismus oder Zentralismus?

Im Frühjahr '86 wird in Jugoslawien nicht nur der neue Ministerpräsident gewählt, es finden auch Wahlen in die verschiedenen Gremien der Massenorganisation Sozialistischer Bund der Werktätigen statt, außerdem ist eine Reorganisation der Parteistrukturen geplant. Im Vorfeld dieser Wahlen findet eine breite Diskussion in Jugoslawien über Lösungsvorschläge für die schwere Wirtschaftskrise statt, aber auch insgesamt über den weiteren Aufbau des Landes. In der westdeutschen Presse mehren sich schon seit ca. einem Jahr Spekulationen über das Auseinanderfallen des Vielvölkerstaates. So war in der FAZ zu lesen, die reichste und wirtschaftlich am weitesten entwickelte Republik Jugoslawiens, Slowenien, werde sich bald abtrennen u.a. Auch wenn dies Spekulationen sind, wird schon länger gerade auch von der Regierung Regionalis-

mus und Nationalismus beklagt. Die Ursachen dafür werden aber nur unzureichend genannt. Man kann davon ausgehen, daß sich bei der krisenhafte Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft das Nord-Süd-Gefälle verstärkt hat. Die Zahl der Arbeitslosen steigt im Süden stärker als im Norden an. Zwar wurden in den letzten 20 Jahren große Mittel im Rahmen des "Ausgleichsfonds" in den Süden investiert, z.T. aber ähnliche Fehler gemacht wie z.B. in Südtalien. Im Kosovo wurde eine große Universität errichtet, die albanischen Intellektuel-



len, die dort ausgebildet wurden, sind heute in großer Zahl arbeitslos. Z.T. mußten Facharbeiter im Süden ansiedelt werden, um die hochentwickelte Maschinerie der neuerrichteten Firmen überhaupt bedienen zu können. Dazu kommt die Vernachlässigung der Kleinwirtschaft und der Landwirtschaft, die beide in diesen Regionen traditionell eine große Rolle spielen. Heute sind die Vertreter der reichereren Republiken angesichts der schweren Wirtschaftskrise auch weniger als früher bereit, entsprechend große Summen in den "Ausgleichsfonds" zu zahlen, da sie die Mittel in ihrer Republik dringend benötigen. Der Appell von seiten der Regierung und von Vertretern der Armee, regionale Sonderinteressen zurückzustellen, bleibt solange eher hilflos, so lange die Klassenbasis dieser "Gruppeninteressen" der herrschenden Kreise in den Republiken nicht untersucht wird. Diejenigen, die als Manager, reichere Privatleute oder in der Verwaltung vom Ungleichgewicht der Entwicklung profitieren, werden nur in Einzelfällen, also bei offensichtlicher Korruption, angegriffen, ansonsten sitzen ja Vertreter dieser Schichten sowohl in der Regierung als auch in den oberen Partei- und Massenorganisationsgremien. In einem Interview von "Danas" gibt ein Mitglied des Präsidiums des Sozialistischen Bundes als wesentlichen Verbesserungsvorschlag gerade auch für die südlichen Regionen die Förderung der kleinen Privatwirtschaft an, in der es bisher keinerlei gesetzliche Schranken der Ausbeutung gibt.

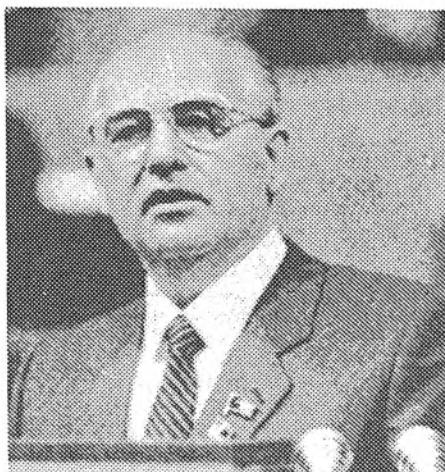
Quellenhinweis: SZ v. 3.2.86, Danas v. 11.2.86 – (lsc)

KPdSU

27. Parteitag verabschiedet neues Programm

Anlässlich des 27. Parteitags der KPdSU, der am Dienstag letzter Woche eröffnet wurde, spekulierte die "Zeit" hoffnungsvoll: "Ist die Sowjetunion ein Imperium im unaufhaltsamen Niedergang? Ist die Führung begabt und geschickt genug, den Trend zu wenden? Läßt sich die Wirtschaft überhaupt reformieren, ohne daß Partei und System fundamental verändert werden?" (28.2.) Nach der Eröffnungsrede von Generalsekretär Gorbatshow mokierte sich die "Hannoversche Allgemeine" leicht erbittert: "Die Rede des Parteichefs ... hat die Diplomaten wegen ihres orthodoxen Tons überrascht. Westliche Diplomaten erklärten am Mittwoch, Gorbatshow habe eine harte politische Linie vertreten, die jede Liberalisierung der sowjetischen Gesellschaft ausschließe." (27.2.) Die "Frankfurter Allgemeine" dagegen wittert Morgenluft: "Wenn Gorbatshow behauptete, eine modernere, produktivere Ökonomie werde es (das Geld für neue Investitionen – Red.) erwirtschaften, verkauft er die Milch, noch bevor die Kuh angeschafft wäre. Wenn der Generalsekretär nicht die Bevölkerung in bittere Armut zurückstoßen will ..., dann bleibt ihm zunächst nur, die Rüstungslast zu vermindern." (26.2.)

Damit jedoch läßt die FAZ mehr die Absicht jener Kräfte unter den Imperialisten durchscheinen, die die Stra-



Eine "Aura höchster Selbtsicherheit" sieht die Süddeutsche Zeitung um Gorbatshow.

tegie verfolgen, die Sowjetunion totzurüsten, als daß sie Entscheidungen der KPdSU wiedergäbe. Ganz unrecht jedoch hat sie nicht.

Der Parteitag hat am 1. März ein neues Programm der KPdSU, das vierter, verabschiedet. Das letzte Programm war noch unter Chruschtschow ausgearbeitet worden und galt seit 1961. Die "Politischen Berichte" wer-

den sich in einer der nächsten Ausgaben ausführlich mit dem neuen Programm und seinen wesentlichen Änderungen gegenüber dem letzten befassen. Aber jetzt schon kann gesagt werden – und dies wurde durch den bisherigen Verlauf des insgesamt zehntägigen Parteitags bestätigt –, daß das neue Programm die seit 1961 programmatic gütige Auffassung revidiert, durch Zusammenarbeit mit den Imperialisten, insbesondere den US-Imperialisten, entstünden günstige Bedingungen für den inneren Aufbau, die Entwicklung des Wohlstandes. die Erreichung des Kommunismus.

Die KPdSU hat die Erfahrung machen müssen, daß das Angebot der Sowjetunion zur Zusammenarbeit, ja zur Kumpanei, die Imperialisten nicht davon abgehalten hat, die Vernichtung eines Systems zu betreiben, das ihrer Profitmacherei im großen und ganzen nicht offensteht. Gerade die Stationierung der Mittelstreckenraketen hat überdeutlich gemacht, daß die NATO die Sowjetunion ernsthaft militärisch bedroht.

Dem trägt das neue Programm Rechnung. Anders als das alte warnt es vor den Versuchen der Imperialisten, "soziale Revanche im Weltmaßstab zu nehmen". Auch Gorbatschow widmete einen großen Teil seiner mehrstündigen Rede – und dies hat die westliche Presse ziemlich aufgebracht – der Kritik der imperialistischen Mächte, v.a. der USA, und ihrer Aggressionspolitik. Das zielt vor allem nach innen. Die KPdSU versucht, die sowjetische Bevölkerung gegen die Bedrohung von außen zusammenzuschließen. Zu prüfen bleibt, ob, das neue Programm und ob die von Gorbatschow angekündigten Änderungen Zugeständnisse an die Arbeiterklasse enthalten. Nach dem Geschmack der Imperialisten jedenfalls waren die Ausführungen Gorbatschows nicht. Quellenhinweis: Sowjetunion heute, Sondernummer Dez. 1985; verschiedene Tageszeitungen ab 26.2. – (scc)

Spanien

Vor dem Referendum – Sieg der Regierung nicht sicher

Am 12. März wird in Spanien das NATO-Referendum stattfinden. Die Regierungspartei PSOE, gewählt mit dem Versprechen, den Austritt Spaniens aus der NATO durchzusetzen, mobilisiert für ein "Ja" zur NATO. Die reaktionäre Parlamentsopposition unter Führung Fragas hat zum Jahresende 85 den "Referendums-Pakt" mit der Regierung aufgekündigt und tritt aus wahlaktischen Gründen für eine "aktive Enthaltung" beim Referendum ein.

Die Auseinandersetzung konzentriert sich jetzt auf die für den Ausgang des Referendums entscheidenden Indu-

strienzentren, in denen rd. die Hälfte der spanischen Bevölkerung leben: die Region Madrid, die nordspanischen, baskischen Provinzen und die katalanische Region um Barcelona.

In Katalonien hat die bürgerlich-nationale Koalition von CDC und UDC ihren Mitgliedern freigestellt, für oder gegen die NATO zu stimmen. In den baskischen Provinzen tritt die nationalistische PNV, die die Mehrheit im baskischen Parlament stellt, für die NATO ein. Für ein "Nein" beim Referendum mobilisieren die Anti-NATO-Komitees, die PCE und Herri Batasuna – ein Bündnis verschiedener revolutionärer, sozialistischer und links-nationalistischer Organisationen.

Manuel Fraga hat seine Taktik der "aktiven Enthaltung", an der er trotz besorgter Ratschläge aus Bonn, London und Rom und persönlicher Intervention von Franz Josef Strauß festhalten werde, so begründet: Sein Ziel sei der Sturz der Regierung Gonzales. Natürlich trete er für die NATO-Mitgliedschaft ein. Dabei werde es auch bleiben, denn entweder gewinnt die Regierung, oder sie verliert. Dann

müßten Neuwahlen stattfinden. Er und seine Allianza Popular seien dann sowieso nicht an das Referendum gebunden, denn sie hätten sich schließlich enthalten.

Die Regierungspartei führt ihre Kampagne mit einer Sammlung aus Demagogie, nationalistischer Mobilisierung und Wahlrummel für Gonzales und die PSOE. Einige ihrer "Argumente" sind: bei einem Austritt würden dann erst recht die amerikanischen Stützpunkte in Spanien bleiben und nie würde man erfahren, ob nun in Spanien Atomwaffen gelagert werden oder nicht. Ein Austritt aus der NATO würde Spanien isolieren, die ausländischen Investitionen abziehen, noch mehr Arbeitsplätze vernichten usw. usf.

Dagegen hat inzwischen der Vorsitzende der PSOE nahestehenden Gewerkschaft UGT, Nicolas Redond, Stellung genommen. In einer Erklärung vom 17. Februar ruft er die Mitglieder der UGT auf, mit "Nein" beim Referendum zu stimmen. Quellenhinweis: Cambio 16 v. 24.2.86, El País 28.2. - 4.3.86 – (chc)

Kanada

Prozeß für "Freiheit der Assoziation" gegen gewerkschaftliche Kollektivrechte

Vor vier Jahren, im Rahmen der "Heimholung" der kanadischen Verfassung, hat das kanadische Parlament eine "Charta der Rechte und Freiheiten" als Bestandteil dieser Verfassung verabschiedet. Wer sich auf die darin garantierten Rechte des Individuums berufen will, weil er sich bennachteiligt fühlt, kann vor Gericht gehen, und es gibt zunehmend entsprechende Gerichtsverfahren. An-

fang Februar dieses Jahres hat vor dem Obersten Provinzgericht von Ontario in Toronto ein Prozeß begonnen, der von führenden Gewerkschaftern Kanadas als "Gewerkschaftsprozeß des Jahrhunderts" bezeichnet wird.

Ein Zeichenlehrer aus Nord-Ontario hat diesen Prozeß gegen die 87000 Mitglieder zählende Gewerkschaft im öffentlichen Dienst von Ontario (OPSEU) angestrengt und



Gewerkschaftliche Demonstration in Vancouver im Oktober 1983 gegen Massenentlassungen im öffentlichen Dienst. Der damalige Generalstreik in Britisch Columbia hat den Kurs der Provinzregierung nicht ändern können.



Mehrere tausend ägyptische Bereitschaftspolizisten rebellierten am 26.2. und den folgenden Tagen. Anlaß waren Berichte über eine bevorstehende Dienstzeitverlängerung von drei auf vier Jahre. Im letzten Jahr gab es bereits schwere Kämpfe zwischen Studenten und Polizei, 1984 wurden Arbeiterunruhen gegen Preiserhöhungen gemeldet. Die "Öffnung" Ägyptens für ausländisches Kapital seit 1974 zeigt katastrophale Wirkung. Rasch hat sich eine kleine Schicht reicher Bourgeois entwickelt, vor allem im Importsektor, während die Lohnabhängigen und Bauern verarmen. Deshalb finden islamische Gruppen Anhang, die den Rauswurf der Imperialisten fordern. – (hef)

Türkisch-Kurdistan: 229 Gefangene im Hungerstreik

Seit dem 31. Januar sind 229 politische Gefangene im Gefängnis Adana in Türkisch-Kurdistan im Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen Folter und schlechte Haftbedingungen. Die Eltern von 25 Hungerstreikenden protestierten am 13.2. und verlangten, die Gefangenen besuchen zu dürfen. Sie wurden mißhandelt und festgenommen. Seitdem verlegt das türkische Innenministerium sich darauf, mit dem Hinweis, der Hungerstreik der Gefangenen sei "von der PKK (Kurdische Arbeiterpartei) gesteuert", jedes Nachgeben gegenüber den Forderungen der Gefangenen abzulehnen. Erst vor wenigen Wochen

haben sich drei Gefangene der PKK in Adana aus Protest gegen ihre Mißhandlungen verbrannt. – (rül)

Türkei: 23 Todesurteile gegen Mitglieder der PKK

Das Militärgericht in Diyarbakir in Türkisch-Kurdistan hat am 26.2. 23 Mitglieder der Kurdischen Arbeiterpartei PKK zum Tode verurteilt. Sechs Angeklagte wurden zu lebenslanger Haft, 151 Angeklagte zu Haftstrafen zwischen einem und 24 Jahren verurteilt. Der Vorwurf gegen alle Angeklagten lautet auf "Separatismus", d.h. Kampf für kurdische Unabhängigkeit. Die Zahl der seit dem Militäraufstand 1980 in der Türkei verhängten Todesstrafen ist damit auf über 600 gestiegen. – (rül)

Brasilien: Neues Stabilitätsprogramm

Der brasilianische Präsident José Sarney wechselte am 15.2.86 elf Monate nach seinem Amtsantritt zwölf Minister seiner Regierung aus und stärkte so innerhalb der Regierungskoalition die Position der Liberalen. Anfang März verabschiedete die Regierung ein Stabilitätsprogramm. Sarneys "Rede an die Nation", die von Funk und Fernsehen übertragen wurde, gipfelte in der Ankündigung, einen "Krieg auf Leben und Tod" gegen die Inflation führen zu wollen, die inzwischen auf über 250% gestiegen ist. Das Programm sieht vor: Preise und Löhne, Mieten und Hypotheken werden für ein Jahr eingefroren. Den gesetzlichen Mindestlohn erhöhte die Regierung zwar von 100 auf 130 DM; er hatte 1982 jedoch noch über 200 DM betragen. Er soll künftig nur noch erhöht werden, wenn die Inflationsrate auf über 20% steigt. Kernstück des Stabilitätsprogramms soll die Einführung einer neuen Währung, des Cruzados, sein, der in einem festen Wechselkurs zum Dollar stehen soll. In Rio de Janeiro und São Paulo kam es zu Plünderungen, nachdem Supermärkte ihre Preise trotz Preisstopps erhöhten. Etliche Supermarktleiter wurden verhaftet. Die Gewerkschaften haben ihren Protest gegen die Lohnsenkungen angekündigt. Der Vorsitzende der Arbeiterpartei (PT) Lula erklärte bereits: "Streiks sind unvermeidbar." Ende März findet eine Tagung der beiden Gewerkschaftsdachverbände CUT und CONCLAT statt, auf dem über weitere Kampfmaßnahmen und über eine Gründung eines einheitlichen Gewerkschaftsdachverbandes gesprochen werden soll. – (sie)

ihr unter anderem vorgeworfen, daß sie im Jahre 1984 Spenden aus Gewerkschaftsbeiträgen an die streikenden britischen Bergarbeiter überwies, ohne daß er als Mitglied hierzu sein Einverständnis erklärt hatte. Ferner wandte er sich dagegen, daß monatlich 18 Cent von seinem Beitrag an den Gewerkschaftsbund Canadian Labour Congress (CLC) überwiesen werden. Damit verletzte nach seiner Meinung die Gewerkschaft OPSEU seine "Associationsfreiheit".

Der Hintergrund ist das kanadische Gewerkschaftssystem, das sich, ausgehend von britischen Traditionen, vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg stark unter dem Einfluß der US-Gewerkschaften entwickelt hat, die hier, parallel zum Kapitalexport der USA, Tochtergewerkschaften gründeten, die den Namen "internationale Gewerkschaften" führen. Dem Gewerkschaftsbund Canadian Labour

Congress gehören zwei Drittel der gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen an, darunter auch die Mitglieder mehrerer der "internationalen Gewerkschaften" (aber nicht aller); daneben gibt es noch weitere, kleinere Gewerkschaftsbünde, u.a. einen separaten Verband in Québec, selbständige örtliche Zusammenschlüsse und andere.

Alle kanadischen Gewerkschaften müssen sich eine staatliche Lizenz besorgen; sie wirken mit Kapital und Politik oft in Schlichtungsgremien zusammen; Verhandlungsebene bei Tarifverträgen ist meist die Fabrik. Es gibt die Möglichkeit des "closed shop", d.h. der automatischen Gewerkschaftsmitgliedschaft für die Belegschaft in bestimmten Betrieben.

Die Schule in der Ortschaft Haileybury in Nordontario, an der der Zeichenlehrer unterrichtet, ist ein solcher "closed shop". Daher wird dem

Lehrer, obwohl er sich weigert, der Gewerkschaft beizutreten, monatlich ein Gewerkschaftsbeitrag von 5,15 Kan\$ vom Gehalt abgezogen. Diese Regelung gilt seit einer Entscheidung des kanadischen Obersten Gerichtshofs von 1946.

Dieser Lehrer ist kein skurriler Einzelgänger. Er wird von der "National Citizens' Coalition" (Nationalen Bürgervereinigung) unterstützt, die derzeit 30000 Mitglieder hat. Diese reaktionäre Sammlungsbewegung, die bereits Kampagnen gegen die Einwanderung vietnamesischer Flüchtlinge, gegen die offizielle Zweisprachigkeit in Kanada, gegen die Arbeitslosenversicherung und gegen den Inflationsausgleich für Rentner durchgeführt hat, hat in kurzer Zeit einen Kampffonds von 300000 Dollar zur Deckung der Prozeßkosten aufgebracht, und es ist wohl abgemacht, daß bis zum Obersten kanadischen Gerichtshof weiter-

Griechenland: Streiks gegen Lohnstopp

Ca. 700000 Arbeiter und Angestellte aus Industrie, öffentlichem Dienst und Banken streikten am 27. Februar gegen das von der Regierung beschlossene Lohn- und Preisstoprogramm. Zum Streik hatte sowohl der griechische Gewerkschaftsbund als auch die Vereinigung der selbständigen Lastwagenfahrer aufgerufen. Sie werfen der Regierung vor, mit dem Lohn- und Preisstopp den Auflagen des Internationalen Währungsfonds zu folgen. Die Regierung leugnet dies. – (uld)

Palästina: Gründung arabisch-jüdischer Friedenskomitees

Gegen die Angriffe König Husseins, mit denen er in einer dreistündigen Fernsehansprache die PLO-Führung für das Scheitern der gemeinsamen Friedensinitiative allein verantwortlich machte, haben palästinensische Gewerkschaften, Institutionen und Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten Erklärungen zur Unterstützung Arafats und der PLO abgegeben. In den besetzten Gebieten hat es deshalb Demonstrationen gegeben, die alle Versuche einer Spaltung scharf verurteilten. Ein vor kurzem gegründetes arabisch-jüdisches "Komitee zur Bekämpfung der Eisernen Faust" organisierte am 1.2. eine Kundgebung gegen die Deportation dreier Bewohner der Westbank. Seit Ende 1985 sind 29 Palästinenser deportiert worden; 120 wurden in Administrationshaft genommen. Sephardische Juden aus Israel gründeten im Januar ein "Komitee für den israelisch-palästinensischen Dialog", um gegen das Vorurteil anzugehen, daß orientalische Juden Araber haßten. "Die orientalischen Juden gehören nicht zum chauvinisti-

schen nationalen Lager in Israel ... Wir rufen beide Seiten auf, politische Verhandlungen auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung der Rechte beider Völker auf Selbstbestimmung zu führen." – (bar)

Streik in der US-Blechverpackung

USA. 14000 Mitglieder der Stahlarbeitergewerkschaft USWA bestreiken seit dem 16.2.1986 die Metallverpackungs-Industrie. Einer der fünf großen Konzerne hatte eine Tariflohnheröhung abgelehnt und stattdessen Jahresabschlußprämien von 400\$ angebo-

ten. Die Gewerkschaft wies dieses Angebot zurück und erklärte, über die dreijährige Laufzeit des vorgeschlagenen Angebotes würden diese Abschlußprämien wenig mehr als zehn Cents die Stunde bringen. Die USWA fordert Lohnherhöhungen, Verbesserung der Renten und Arbeitsplatzsicherungen. Die Kapitalisten lehnen bisher eine branchenweite Verhandlung ab. In Fabriken, in denen die Maschinistengewerkschaft IAM die Belegschaft ebenfalls vertritt, haben deren Mitglieder sich geweigert die Streikpostenlinien zu überschreiten. – (gba)



Am 18. Februar begann das belgische Parlament seine Debatte über die von der christlich-liberalen Regierung Martens verlangten Sondervollmachten. Die Regierung will mindestens ein Jahr lang weitreichende Änderungen im Sozialversicherungsrecht ohne Zustimmung des Parlaments in Kraft setzen können. Vorwand für die so betriebenen massiven Angriffe auf die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sind die hohen Defizite dieser Versicherungen, die verringert werden müßten. Mit weiteren Sondervollmachten will die Regierung auch die Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetze weiter zu Lasten der Lohnabhängigen verschlechtern. Die belgischen Gewerkschaften haben sich noch nicht auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Regierungspläne einigen können. Bild: Demonstration von 150 Gewerkschaftsmitgliedern am 18. Februar vor dem Parlament gegen die "Sondervollmachten". – (rül)

prozessiert werden soll. Der "National Citizens' Coalition" geht es mit diesem Prozeß ausdrücklich darum, "die Rolle größerer Gewerkschaftskörperschaften einzuschränken und die Art und Weise, wie heute in Kanada linke Politik gemacht wird, ganz erheblich zu ändern".

Die Tatsache, daß der Präsident des Gewerkschaftsbundes Canadian Labour Congress sich von der konservativen Regierung Mulroney vor wenigen Wochen zum kanadischen Botschafter in Irland hat ernennen lassen, mag andeuten, wie breit das Spektrum ist, das von diesen Reaktionären unter "links" subsumiert wird.

Die kanadischen Gewerkschaften insgesamt zählten 1980 3,4 Millionen Mitglieder. Gleichzeitig lag die Zahl der lohnabhängig Beschäftigten bei etwa 9 Millionen. Es sind also etwas mehr als ein Drittel der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Kanada gewerkschaftlich organisiert. Die Zahl

der Gewerkschaften ist groß; entsprechend gilt bereits eine Mitgliedschaft von mehr als 50000, die 1980 sechzehn Gewerkschaften erreichten, als groß. Unter den fünf mitgliederstärksten sind drei Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit 150000 bis 250000 Mitgliedern, die Stahlarbeiter mit 203000 sowie die Automobilarbeiter mit 130000.

Die Mitgliedschaft in den kanadischen Gewerkschaften hat sich seit 1965 mehr als verdoppelt; dabei ist – bei Wachstum ihrer absoluten Zahlen – der Anteil der "internationalen Gewerkschaften" im gleichen Zeitraum von über 70% aller Mitglieder auf unter 50% zurückgegangen.

Einige der großen Industriegewerkschaften haben ähnlich den britischen Gewerkschaften die Regelung getroffen, daß ihre Mitglieder zugleich Mitglieder der sozialdemokratischen Neuen Demokratischen Partei (NDP) sind; sie stellen mit rund 275000 etwa

drei Viertel der Mitgliedschaft dieser Partei. Die Führung des Gewerkschaftsbundes CNC hat seit Mitte der 70er Jahre finanziell und organisatorisch eine große Rolle in der Politik der NDP übernommen; bei den Wahlen von 1983 hat diese Partei im Vergleich zu früher gut abgeschnitten, wenn auch hinter Konservativen und Liberalen als dritte.

Es ist damit deutlich, daß mit dem Prozeß des Zeichenlehrers die kanadische Reaktion in der Tat einiges vorhat. Auf ihrer Wunschliste stehen offenbar sowohl die "closed shops" als auch die politischen Beziehungen der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei Kanadas.

Quellenhinweis: Maclean's vom 10.02.86; Canada Handbook 1984; Rainer-Olaf Schultze, "Gewerkschaftsbewegung in Kanada", in: ders., Das politische System Kanadas im Strukturvergleich, Bochum 1985 – (mfr)

* Veröffentlichungen *

SPD-Programmpapier: "Die Zukunft sozial sichern"

Man konnte lesen: "SPD will Sozialhilfe überflüssig machen", "Einführung bedarfsorientierter Grundsicherung", "Mindestrente von 800 DM zu wenig" – berücksichtigt damit die SPD Forderungen gegen die Abhängigkeit von zunehmend mehr Lohnabhängigen von staatlichen Almosen? Keineswegs. Die SPD wünsche keine Einheitsrente oder Grundrente. Vielmehr sollten die lohnbezogenen Renten und Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit aus staatlichen Mitteln auf den Betrag aufgestockt werden, der einem angemessenen Grundbedarf entspreche. Diese Grundsicherung solle streng einkommensbezogen sein; Einkommen und Vermögen würden angezahlt werden.

Die SPD gibt zu verstehen, daß sie nichts gegen solche Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse unternehmen will, aus denen keine oder nur geringste Versicherungsansprüche folgen. Die Kapitalisten müßten für Versicherungsfälle von unstet, in Teilzeit oder zu niedrigsten Löhnen Beschäftigte nicht aufkommen; die zu solchen Bedingungen ausgebeuteten Lohnabhängigen wären stattdessen auf "streng einkommensbezogene", d.h. von behördlicher Schikane begleitete Staatshilfe angewiesen.

Die von Ehrenberg zu Ende seiner Regierungszeit aufgebrachte Forderung nach Bezug des Arbeitgeberbeitrags zur Rentenversicherung auf die Wertschöpfung (statt auf die Lohnsumme) verbindet die SPD-Kommission in ihrem Papier mit Versicherungsbeiträgen für Beamte. Anke Fuchs in Übereinstimmung mit Blüm: Die Kapitalisten sind von Lohn(neben)kosten zu entlasten. – (alk)

Kriege in der Dritten Welt: Nur innere Ursachen?

Vier Mitarbeiter des Freiburger Arnold-Bergsträsser-Instituts, einem politologischen Institut, veröffentlichten vier in einem Buch zusammengefaßte Studien über kriegerische Auseinandersetzungen seit dem zweiten Weltkrieg in vier Regionen der Erde: im südlichen Afrika, in Mittelamerika, in Südostasien und im Nahen Osten. Die Autoren gehen bei ihrer Untersuchung übereinstimmend von der These aus, daß die Gründe für die über 140 Kriege in der Dritten Welt seit 1945 in der Hauptsache innere Ursachen in den beteiligten Staaten der jeweiligen Region haben und teilweise durch äußere Mächte angeheizt, aber nicht von ihnen verursacht worden sind. Dafür führen sie an, daß die meisten dieser Kriege entweder "Heimat- bzw. Expansionskriege, Kriege um Territorialgewinne, Sezessions-

kriege, Stammeskriege (ethnisch-religiöse Konflikte, Ressourcenkonflikte, Kriege um interne Machtverteilung" waren. Als weltpolitisch bedeutende Mächte betrachten die Autoren vor allem die USA, die UdSSR und in Südostasien die VR China.

Bei der Untersuchung des südlichen Afrika berücksichtigt der Autor Gerald Braun in seiner gesamten Beurteilung der Politik der "Burenregierung" nicht, welche koloniale Geschichte Südafrika hat und welchen inneren Einfluß die westeuropäischen Staaten und die USA deshalb in Südafrika haben. Er betrachtet Südafrika als selbständigen unabhängigen Staat. Ausführlich befaßt er sich mit dem Konzept der USA, dem sogenannten



Westdeutsche Waffenhilfe für Südafrika: Magirus-Deutz-Lkws im Einsatz

"konstruktiven Engagements", wie die US-Regierung ihr Vorgehen nennt, die Republik Südafrika bei der Besetzung Namibias, den Überfällen auf benachbarte Staaten und der "Reform" des Rassismus in Südafrika zu unterstützen und zu ermuntern. Daß Südafrika dabei militärische Unterstützung auch durch westeuropäische Staaten erhält, berücksichtigt Braun nicht. Er kommt zu dem Schluß, daß das US-Konzept zwar gegen das Bemühen der Sowjetunion gerichtet sei, Einfluß im südlichen Afrika zu gewinnen, aber dafür ungeeignet sei. Das einzige Mittel, das jetzt noch gegen das Vordringen des "Sozialismus" im südlichen Afrika helfe, sei eine grundlegende Änderung der Rassenpolitik in Südafrika, d.h. Sturz der Burenregierung, sonst werde die unterdrückte schwarze Mehrheit in die Hände der Kommunisten getrieben.

(G. Braun, U. Fanger, J. Rühland, D. v. Schröter, Krisenherde in der Dritten Welt – eine Bedrohung des Weltfriedens?, Rombach-Verlag, Freiburg 1986, 20,- DM – uld)

Der BDI auf Lehrerfang: "Vernetztes Denken lernen"

Der BDI will einen "Grundkonsens über die Einführung neuer Technologien" erreichen. Dieser soll durch Unterdrückung von Arbeiterinteressen wie von grünen Kritiken zustandekommen. Dazu behauptet der BDI, die Modernisierung der Produktionsmittel der Kapitalisten böte eine neue Chance für die "Synthese von Ökologie und Ökonomie". Zum Beispiel durch "Mikroelektronik": Diese basiere "vornehmlich auf geistigen Ressourcen", zeige also, daß Wachstum keineswegs auch mehr Verbrauch von Rohstoffen bedeute. Von dem schrankenlosen Verbrauch menschlicher Arbeitskraft durch die Kapitalisten lenkt der BDI so sorgfältig ab. Er wünscht, daß an den Schulen "neue Denkstrukturen, die sich mit dem Begriff des vernetzten Denkens umschreiben lassen", gelernt werden. So werde die "Einbahnstraße von Ursache und Wirkung" durch die Erkenntnis von "Interdependenz" (deutsch: wechselseitige Abhängigkeit) abgelöst. Gemeint ist: Die Kapitalisten sollen von der Verantwortung für ihre rücksichtslose Ausbeutung der Lohnabhängigen freigesprochen werden. (BDI, Innovation für mehr Wachstum und Beschäftigung, Köln, 1986 – rül)

Predigten für den Kreuzzug

Der neue Kandidat der CDU im Wahlkreis Hildesheim für die Bundestagswahl 1987, Dr. Siemer, hat – gleichsam als sein Wahlprogramm – ein Buch mit dem Titel "Suchen was bleibt – Perspektiven christlicher Politik" veröffentlicht. In einer Mischung aus Biblexegese und philosophisch-historischen Betrachtungen legt er darin Bausteine für eine aggressive chauvinistische, klerikale Staatsidee auf europäisch-abendländischer Grundlage mit rassistischen Zügen vor.

Grundlage seiner Staatsideologie ist die Annahme, daß die Trennung von Kirche und Staat restlos zu verschwinden habe: "Man kann sich nicht dieses Christus bedienen... Wir müssen vielmehr auf jeden anderen Stütz- und Standpunkt verzichten..." Oder noch deutlicher: "Die Emanzipation von Gott ist zugleich Sünde und Einsamkeit." Zugleich stellt er klar, daß christliches Denken und Kapitalisteninteresse deckungsgleich sein müssen. Ein Beispiel:

Der Christ "weiß um die Endlichkeit der Schöpfung, in der es kein Recht auf Arbeit geben kann, ... wohl aber eine Pflicht zu Arbeit und Arbeitsbereitschaft: Arbeitsunwillen verweigert deshalb die Erfüllung dieses Schöpfungsauftrages..."

Außenpolitisch propagiert er christlichen Chauvinismus und Rassismus auf europäisch-abendländischer

Grundlage. Christliche "Friedenspolitik" heißt: Selbstbehauptung Europas gegen die bolschewistische Tyrannie unter deutscher Führung. Sie muß an das "tausendjährige Reich" anknüpfen: "Unter der Führung des fränkischen und deutschen Kaisertums einte es (d.h. das Christentum) das Kerngebiet des lateinischen Westeuropa, das auch Teile des heutigen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns und Jugoslawiens umfaßte, zum 'Heiligen Römischen Reich deutscher Nation'. Für eintausend Jahre gab es Europa seinen Ordnungsrahmen." In diesem Zusammenhang spricht er vom "gemeinschaftsbildenden Element der Kreuzzüge". Kurz, eine schwarzbraune Suppe, die angerührt wird. (Dr. Siemer, Suchen, was bleibt – Perspektiven christlicher Politik – wop)

"Wieder Krieg von deutschem Boden?"

Ein Mitinitiator des "Krefelder Appell", Lorenz Knorr, erörtert die westdeutschen Interessen an der Stationierung der US-Mittelstreckenkarten in Westeuropa und der BRD und die Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens der sogenannten Friedensbewegung in der BRD dagegen. Interessant ist dies insofern, als der "Krefelder Appell" lange Zeit vor allem gegen die USA als Initiatoren der "Nachrüstung" aufgetreten ist. Lorenz Knorr legt Beweise dafür vor, daß die westdeutschen Imperialisten an den alten Kriegszielen des deutschen Imperialismus festhalten, daß alte und neue Faschisten von der Bourgeoisie gefördert und unterhalten werden, daß das "Offenhalten der deutschen Frage" aggressiv gegen die osteuropäischen Staaten ist und von den westdeutschen Imperialisten für ihre Kriegsvorbereitungen genutzt wird. Er führt unter anderem verschiedene Stellungnahmen westdeutscher Politiker als Beleg an, daß jedenfalls Teile der westdeutschen Bourgeoisie an der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles interessiert seien, um bessere Ausgangsbedingungen für ein eigenes Atomwaffenpotential zu schaffen. In seinen Schlußfolgerungen für die daraus erwachsenden Aufgaben der Friedensbewegung in der BRD stellt er in den Mittelpunkt die Propaganda für eine atomwaffenfreie Zone in Europa, für ein gesamteuropäisches Sicherheitskonzept, das die Anerkennung der bestehenden Grenzen einschließt. Die Kritik an der chauvinistischen, imperialistischen Politik der BRD-Imperialisten stellt er zurück gegenüber der Aufgabe, ein Bündnis mit den "realistischeren Kräften" des westdeutschen Monopolkapitals zu erreichen die gegen Kernwaffen seien. (Lorenz Knorr, Wieder Krieg von deutschem Boden?, Röderberg-Verlag 1985, 14,- DM – uld)

Neuordnung Metall- und Elektroberufe

Qualifizierte Ausbildung für alle?

Die Grundlage der jetzigen Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe ist das Berufsbildungsgesetz von 1969, in dem unter anderem die Anerkennung von Ausbildungsberufen, die Ausbildungsdauer sowie Mindestfestlegungen durch die Ausbildungsordnungen festgeschrieben sind. Bereits in den 70er Jahren wurde von der IGM eine Überarbeitung der Ausbildungsberufe, überbetriebliche Ausbildungsstätten und eine Angleichung der Ausbildung in Handwerk und Industrie gefordert. Der Schwerpunkt liegt seit Ende der 70er Jahre auf der Verbesserung der Qualität der Ausbildung. Darin enthalten ist die Verbesserung der herkömmlichen mechanischen und methodischen Ausbildung, aber auch der Einbau neuer Techniken in die Berufsausbildung. Dazu muß man wissen, daß die meisten der heute gültigen Berufsbilder aus der Zeit der 30er und 40er Jahre stammen und damit längst überholt sind, da eine Überarbeitung an die heutigen Gegebenheiten nie für nötig gehalten wurde.

Seit 1975 wird zwischen Gesamtmetall und der IGM verhandelt. Über Materialwälzen und etlichen Verhandlungsrunden wurde im April 1984 ein Kompromiß über die Eckwerte der zukünftigen Entwicklung der Berufsausbildung getroffen. Im September 1984 erfolgte die Einigung über die Einführung einer "Berufsfeldbreiten Grundausbildung". Kurz darauf beginnt die IGM mit den Ergebnissen an die Öffentlichkeit zu treten. Jetzt liegen erste Entwürfe für die Ausbildungsrahmenpläne einzelner Berufe vor. Sie

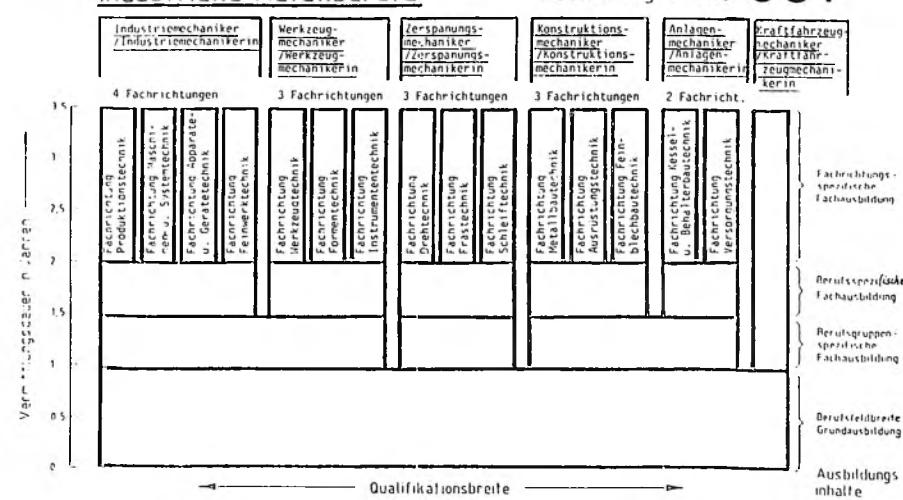
sollen bis Ende 1986 in der Kultusministerkonferenz abgesprochen und vom Bundeswirtschaftsminister in Form einer Verordnung genehmigt sein. Erst wenn die Ausbildungsrahmenpläne genehmigt sind, kann die Ausbildung der "neuen Berufe" beginnen. Dies wird im zeitlichen Ablauf voraussichtlich 1987 sein. Für viele Betriebe wurde eine Übergangsfrist von fünf Jahren vereinbart, so daß erst 1992 überall die neuen Berufe eingeführt sind.

Einige der Ziele, die die IGM ursprünglich erreichen wollte, konnten nicht durchgesetzt werden. Eine Angleichung der Ausbildung zwischen Handwerk und Industrie ist noch nicht gesichert. Die Verhandlungen sind noch im Gange, die Handwerkskammern haben im Prinzip zugestimmt.

Die Qualität der Ausbildung wird nicht gleich sein. Betriebliche Interessen und Möglichkeiten finden Eingang in die Umsetzung. "Offen im Sinne von frei sind die Ausbildungsbetriebe dann in ihrer Entscheidung, an welcher Tätigkeit und mit welchen Betriebsmitteln die vorgegebene Qualifikation zu vermitteln ist." Damit erhält der Ausbildungsbetrieb ein hohes Maß an Kompetenz und Gestaltungsfreiheit. Im "Ausbilder" Nr. 7/84 wird davon ausgegangen, daß der "Ordnungsrahmen" Ausbildungsrahmenplan sehr "flexibel" angelegt werden kann. Die Kapitalisten sehen die Möglichkeit, daß in Zukunft noch stärker betriebsbezogen ausgebildet werden kann, d.h. aber auch für den ausgebildeten Facharbeiter, daß ein Arbeitsplatzwechsel erschwert wird.

IV. Struktur der neuen Ausbildungsberufe

Industrielle Metallberufe



Das Hauptziel der IGM, neue Lehr- und Lernmethoden einzuführen und diese verbindlich festzulegen, ist gescheitert. In Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) und mit staatlicher Förderung wurden in mehreren Betrieben Modellausbildungseinrichtungen geschaffen, die jetzt übernommen werden sollten. Beispiele sind dabei Daimler mit seinem Dampfmaschinenprojekt, Peine-Salzgitter mit dem Lehr- und Lernsystem Hobbymaschine und Hoesch mit der Leittextmethode. Alle Systeme haben zum Ziel, dem Auszubildenden mehr Freiraum, mehr Entfaltungsmöglichkeiten und mehr Eigenverantwortung zu bieten. Theorie und Praxis sollen besser verbunden und das soziale Klima in der Ausbildung verbessert werden. Ausbilder fungieren in den Modellen als Berater. Das Ziel dieser Methoden ist, daß am Ende der vielseitige und denkende Facharbeiter steht. Dazu die IGM: "Entscheidend für die Qualität der Berufsausbildung ist das im Betrieb vorherrschende Lehr- und Lernkonzept." Weiter wird festgestellt: "Die Lernmethoden haben Einfluß auf: – die personelle und sachliche Ausstattung der Ausbildung; die Gesamtorganisation des betrieblichen Ausbildungsverlaufes; die Stoffauswahl, die Lerninhalte; die Auswahl der Bewerber." Die IGM geht weiter davon aus, daß bei der Umsetzung die Betriebsräte gefordert sind. Nach den Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung und der Umsetzung durch die Betriebsräte ist dabei nicht allzuviel Positives zu erwarten.

Viele Firmen wehren sich gegen neue Lehr- und Lernmethoden, sie brauchen wohl Facharbeiter, aber keine, die zu selbstständig denken und handeln, sondern solche, die es gewohnt sind, sich betrieblichen Vorgesetzten unterzuordnen. Es hat die Kapitalisten schon genug Überwindung gekostet, einer "berufsfeldbreiten Grundausbildung" zuzustimmen. Das bedeutet, daß künftig alle Metall- und alle Elektroberufe im ersten Ausbildungsjahr identisch im jeweiligen Berufsfeld ausgebildet werden. Erst im zweiten Ausbildungsjahr findet eine Spezifizierung der Ausbildung in Berufsgruppen statt. Die letzten eineinhalb Jahre werden fachspezifisch in der jeweiligen Fachrichtung ausgebildet.

Bereits im ersten Ausbildungsjahr wird es Unterschiede von Betrieb zu Betrieb geben, die Lehrmethoden und auch die Ausstattungen mit Maschinen und Gerät sind verschieden. Auch sind nicht alle Ausbilder auf dem gleichen oder ähnlichen Stand. Insofern ist eben nur das Qualifikationsmerkmal, das vom Ausbildungsrahmenplan vorgegeben wird, gleich.

Die Durchsetzungsvorstellungen der IGM führen wieder dazu, daß es

zwei Gruppen von Auszubildenden gibt, welche, die in sogen. Musterbetrieben lernen, und die breite Masse (übrig bleiben natürlich immer besonders negative Beispiele von Ausbildungsbetrieben).

Bereits jetzt wird versucht, die Fortschritte in der Berufsausbildung, die mit der Neuordnung erreicht werden, zu sabotieren. Nach Abschaffung der Stufenausbildung in der Elektroindustrie wollen verschiedene Firmen bessere Zugangsvoraussetzungen als mit dem als generelle Zugangsvoraussetzung vereinbarten Hauptschulabschluß. Der Deutsche Industrie- und Handelstag kritisierte die Neuordnung und versuchte ihre Einführung zu untergraben. An einigen Orten wird versucht, neue zweijährige Ausbildungsgänge einzuführen, nachdem in Zukunft alle Metall- und Elektroberufe eine dreieinhalbjährige Dauer haben

Betrieben eine Vermittlung nach neuen Lernmethoden und über "neue Techniken" durchgesetzt. Allerdings meist in solchen Betrieben, die einen hohen Anteil von Fertigung mit NC-Maschinen haben und deshalb Facharbeiter brauchen, die werkstattgestützte Systeme bedienen können. Allerdings ist es bei weitem nicht der Erfolg, wie ihn die IGM z.B. im "Gewerkschafter" Nr. 1/85 zu verkaufen versucht. Zu viel ist noch ungeklärt und nicht zwischen VMI und IGM geregelt.

Noch zufriedener sind die Kapitalisten. In Klein- aber auch vielen Mittelbetrieben ist eine hemmungslose Lehrlingsausbeutung weiter möglich. In der Vermittlung ist nämlich nur das Qualifikationsmerkmal abgesichert. Wie vermittelt wird und nach welcher Maschine, ist nicht abgesichert. Der Ausbildungsverbund, wie er vielfach



CNC, Pneumatik, Hydraulik: Bei vielen fehlen heute diese wesentlichen Ausbildung-Bestandteile noch.

sollen. Diese und bereits bestehende zweijährige Ausbildungsberufe sollen nicht in die Neuordnung einbezogen werden. Einige Kapitalisten sind nicht bereit, in neue Techniken, wie z.B. CNC, Hydraulik und Pneumatik zu investieren, und verlangen, daß diese Ausbildung in den Berufsschulen vermittelt wird. Gleichzeitig wehrt sich der "industrielle Mittelstand" gegen eine Ausweitung des Berufsschulunterrichts und beharrt auf dem dualen System. Gegen die Verrichtung von Produktivarbeiten richtet die Neuordnung überhaupt nichts aus, Serienfertigung war und ist weiterhin möglich.

Als Resümee kann man ziehen: Die IGM hat eine Neuordnung der Metall- und Elektroberufe erreicht, das Handwerk wird vermutlich die neuen Verordnungen (Ausbildungsrahmenpläne) übernehmen. Über die Jugendvertretungen und Betriebsräte wird in vielen

zwischen Firmen betrieben wird, treibt weiter Blüten. Die Berufsschulen als Träger der Berufsausbildung werden noch stärker gefordert. Die Kostenbelastung bleibt, soweit nichts investiert wird, für die Kapitalisten neutral. Es heißt eben für viele Auszubildende: Außer neuem Namen ändert sich im Betrieb nichts! Auch in Zukunft entscheidet der Kapitalist und die IHK, was und wie vermittelt wird. Quellenhinweis: Der Gewerkschafter 1/85, Schriftenreihe 106 der IGM: "Qualifizierte Ausbildung für alle", Gewerkschaftliche Bildungspolitik 2/85 u. 5/85, "Zur Neuordnung der industriellen Metallberufe" von Rudolf Geer und Gerhard Bartel, Rundbrief des IGM-Vorstands vom 09.12.86, Entwurf des BiBB für einen Ausbildungsrahmenplan "Industriemechaniker/-in, Fachrichtung Maschinen- und Systemtechnik", eigene Tagungsunterlagen. – (frm)

Hungerstreik von Asylbewerbern

Regensburg. Am 21.2.86 traten 27 Familien in dem Sammellager Gumpelzhaimerstraße für eine Woche in den Hungerstreik. Sie wandten sich nach verschiedenen Vorsprachen bei der Regierung und Behörden so mit ihrer Kritik an menschenunwürdigen Bedingungen und ihren Forderungen an die Öffentlichkeit, an das Internationale Rote Kreuz, das Bundesamt für Asylbewerber und die Vereinten Nationen. Die Asylbewerber forderten insbesondere ausreichenden Wohnraum, genug trockenes Heizmaterial, ausreichend Küchen mit Warmwasser, Bargeld statt der sogenannten Realverpflegung, funktionierende Waschmaschinen und Hygieneartikel. Die Regierung der Oberpfalz reagierte mit kaltem Zynismus: So mancher Deutsche könne sich solch ein "first-class-Mittagsmahl", wie es den Asylbewerbern serviert werde, nicht leisten. Die Asylbewerber seien selbst schuld: Sie seien eben so vielzählig, daß man sie nicht unterbringen könne, sie würden alles kaputt machen, das Heizmaterial verschieben. Die LISA (Liste stärkt den AStA) verteilte ein Flugblatt zur Unterstützung der Asylbewerber. – (rew)

Aktionseinheit gegen Revanchismus

Bielefeld. Auf Initiative der Grün/Bunten, der Jusos Bielefeld-Brackwede, DKP und Volksfront beschloß die Antifaschistische Koordination Bielefeld, eine Kampagne zur Aufkündigung der revanchistischen Patenschaften der Stadt Bielefeld zu führen, wie auch schon in anderen Städten NRWs z.B. in Essen geschehen. Bielefeld unterhält Patenschaften mit den ehemaligen ostdeutschen Städten Gumbinnen, Wansen und Münsterberg. Geplant sind Diskussionsveranstaltungen, bei denen mit Hilfe von Sketchen eine Kritik am revanchistischen Charakter dieser Patenschaften geführt werden soll; eine Umbenennungsaktion von "ostdeutschen" Straßennamen im Stadtteil Stieghorst; Aktionen zu dem nächsten Treffen der "Gumbinner Kreisgemeinschaft"; Anfragen und Anträge an den Stadtrat hinsichtlich der Finanzierung dieser Patenschaften durch die Stadt und entsprechende Aufforderungen, die auf die Aufkündigung der drei Patenschaften zielen. Außerdem übernimmt die Antifaschistische Koordination die Herausgeberschaft für eine Broschüre gegen die Patenschaften, die in Kürze in Druck gehen wird. – Außer den bereits genannten Organisationen tragen diese Kampagne somit auch die Autonomen Antifaschisten, Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten, SDAJ und Bund Westdeutscher Kommunisten. – (ads)



Hamburg. 300 Lehrer protestierten am 12.2. vor der Finanzbehörde gegen den drastischen Sparkurs gegenüber Berufsschülern. Es fehlen 260 Berufsschullehrer; 10% des Unterrichts fällt aus, z.T. mehr – gleichzeitig will der Senat Lehrer in andere öffentliche Bereiche verschieben. Neben besseren Ausbildungsbedingungen wurde eine Ausbildungsplatzabgabe gefordert. – (rad)

NPD-Kundgebung in Essen nach Protest abgesagt

Essen. Etwa 700 Antifaschisten demonstrierten am 1.3. in Essen gegen eine von der NPD angekündigte Kundgebung. Nach Protesten im Vorfeld hatte die Stadt der NPD bereits einige Tage vorher die Genehmigung für einen Info-Stand entzogen. Die Polizei verbot die Kundgebung, weil der Platz ungeeignet sei. Doch obwohl die NPD noch einen Tag vorher per einstweiliger Verfügung einen anderen Platz durchsetzte, sagte sie ihre Aktion kurz vor Beginn der Gegenkundgebung ab. Ein gemeinsamer Aufruf des Antifaschistischen Forums zu der Gegenkundgebung wurde u.a. von VVN/BdA, DKP, MC Kuhle Wampe, DFG/VK, den Grünen, Falken, Autonomen und Volksfront unterstützt. Die DGB-Jugend mobilisierte ebenfalls. Im Anschluß an die Kundgebung fand eine Demonstration zu dem der NPD zugewiesenen Platz statt. Die in der ganzen Stadt massiv anwesende Polizei nahm sechs Antifaschisten für kurze Zeit fest, weil sie einige Skin-Heads verfolgten. – (wof)

Südafrika auf der Tourismus-Börse

Westberlin. Gegen die Teilnahme Südafrikas an der Internationalen Tourismusbörse demonstrierten am 1.3.86 1200 Menschen. Der Senat hatte 600 Polizisten aufgeboten, um den "ordnungsgemäßen Ablauf" der ITB zu gewährleisten. Auf der Abschlußkundgebung vor dem Messegelände stellte die Rednerin der "Aktion Gewerkschafter gegen Apartheid" (der DGB-Landesbezirk hatte den Ausschluß Südafrikas von der Messe gefordert) diesen Polizeiaufmarsch in Zusammenhang mit den seit Anfang der 60er Jahre bestehenden intensiven Kontakten der Westberliner Polizeiführung mit der südafrikanischen Polizei. – (dil)

Weiterhin verwies die Rednerin auf die Firmenkontakte mit Südafrika am Beispiel des Siemens-Schaltwerkes und des Motorenwerkes von Daimler-Benz. Siemens erhält Zulieferteile aus Südafrika, und Daimler liefert Motorenteile aus Westberlin in südafrikanische Montagewerke des Konzerns. – (ibe)

WAA-Widerstand: CSU sammelt Punkte

München. In den letzten vierzehn Tagen konnte die bürgerliche Presse von einem "Skandal im Landtag", dem "Auszug der SPD aus dem Plenarsaal" und über die Forderung der SPD nach "Rücktritt des Justizministers August Lang" berichten. Was war vorgefallen? In der parlamentarischen Debatte um die Wiederautarbeitungsanlage in Wackersdorf hatte der bayerische Justizminister alle Register gegen die SPD gezogen und sie – was mit den Grünen schon längst geschehen ist – zum Bündnispartner von anarchistischen und autonomen Staatsgegnern erklärt. Für diese Attacke hat der Justizminister sich mit Agitations- und Propagandamaterial von anarchistischen Gruppen u.a. mit der Zeitung "Freiraum" versorgen lassen. Die CSU will die SPD damit in ihre staatstragende Pflicht nehmen. Der Satz, daß "dieser Staat zerschlagen werden muß, nicht nur wegen der WAA, sondern wegen des ganzen Schweinesystems" bekam große Publizität. Die SPD kündigte an, daß sie an keiner Plenarsitzung mehr teilnehmen werde, an der der Justizminister anwesend ist. Dieser will sich nicht entschuldigen. Inzwischen erhält er von der Südd.Ztg. gute Kritiken anlässlich seiner "kämpferischen Rede" auf dem oberpfälzischen Bezirksparteitag der CSU und kommentarlos wird der Satz zitiert, daß er "Schluß machen werde mit der Hetzkampagne gegen die CSU". – (dil)

Gesundheitswesen

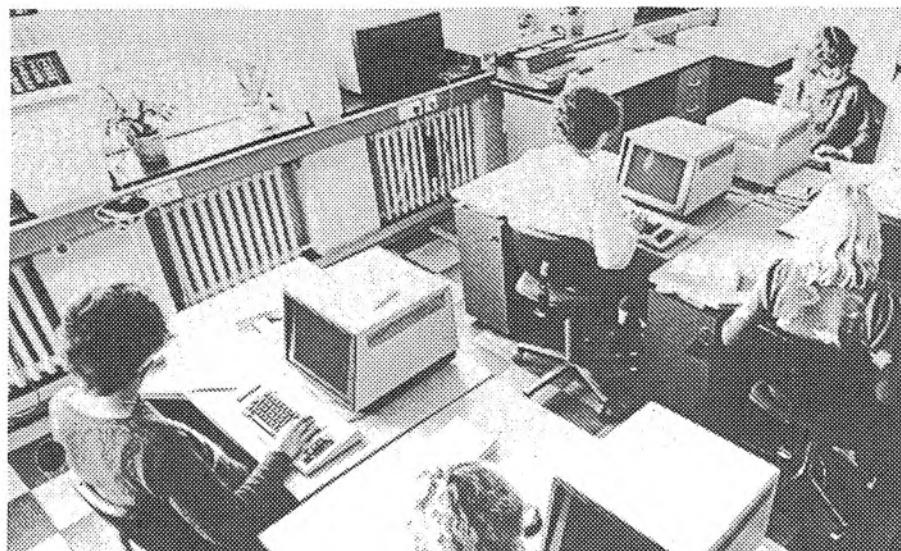
Die Bundespflegesatzverordnung setzt Computereinsatz voraus

Hamburg. 1982 wurde vom Institut für Medizinische Informatik der Medizinischen Hochschule Hannover bei allen Krankenhäusern der BRD eine Umfrage über den EDV-Einsatz durchgeführt. 1074 Krankenhäuser und rehabilitative Einrichtungen (36,3 % der befragten) beteiligten sich daran; 902 Häuser wandten davon die EDV an. (1) Die verwaltungstechnischen Anwendungen nehmen den weitesten Teil (68,4 %) ein, gefolgt von den zentralen Diensten (20,4 %) mit Schwerpunkt Bestandsführung und Apothekensystem. Zur Datenspeicherung und Datenverwertung im ärztlichen bzw. pflegerischen Bereich wird die EDV noch kaum eingesetzt; dies soll sich nach Angaben der Befragten aber entschieden ändern: So gaben 214 Häuser an, die Personaleinsatz-

Erprobung auf alle zehn staatlichen Krankenhäuser übertragen werden.

Es handelt sich hierbei um das RADOS-System von Philipps im AK Hamburg, mit dem in der Röntgenabteilung alle Patientendaten und -befunde sowie die aufgebrachten Leistungen, seien es nun Nutzungen der medizinischen Geräte bzw. Arzneimittel, die verbraucht wurden, oder menschlicher Art in Form der erbrachten Arbeitsleistung durch Röntgenassistentin (RTA) oder Arzt erfaßt werden. Neuinstallierte Röntgengeräte spielen die Aufnahmen direkt in den Computer; Röntgenbilder werden entfallen sowie Archive wie auch Botendienste, denn auf jeder Station sollen diese Daten abgerufen und auch ausgedruckt werden können.

Die Stationsterminals sind in ferner



Das Bild zeigt den Computereinsatz im Krankenhaus.

planung über EDV betreiben zu wollen.

Diese Daten wurden vor gut vier Jahren erhoben; mittlerweile ist die Änderung des Krankenhausfinanzierungssystems (seit 1.1.1986) und damit verbunden die neue Bundespflegesatzverordnung voll zum Tragen gekommen. Die darin geforderte Budgetierung macht es nach Angaben der Krankenhausbetreiber immer notwendiger, auf computergestützte Datenerfassung zurückzugreifen, um Änderungen im veranschlagten Budget umgehend aufzugreifen.

Im Landesbetrieb Krankenhäuser in Hamburg wird deshalb die Einführung von verschiedenen Computersystemen mit Energie vorangetrieben. Den Personalräten hat man vor Jahren die Zustimmung zu Pilotprojekten abgerungen; sie sollen nunmehr nach der

Zukunft auch sinnvoll für das im AK Altona angelaufene Siemens-System ALK. Hierbei handelt es sich um die Warenbewirtschaftung, die in der Apotheke und in der Wirtschaftsabteilung erprobt wird. Dies wird nicht nur die Rückverfolgung des Verbrauchs der einzelnen Stationen mit sich bringen, sondern die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der Leistungs- und Rechnungsabteilung gefährden, denn die Überprüfung der Lieferbedingungen, Skonto und Mehrwertsteuerberechnung wird der Computer sicherer und schneller leisten.

Darüber hinaus laufen im AK Altona das Laborsystem, mit dem über lange Sicht die Qualifikationsenkung der MTA's vorprogrammiert ist, wie im AK Wandsbek das Patientenerfassungssystem IDIK, durch das die Vernetzung der Daten hin auf den Patien-

tenverbrauch und die Vorbereitung zur Durchführung von POP (Patientenorientierte Einsatzplanung) ermöglicht werden sollen. In allen Häusern wird seit Jahresanfang die Personaleinsatzplanung (PEP) durchgeführt, der durch eine Dienstvereinbarung die Verknüpfung von Personaldaten mit Ausfall- bzw. Belastungsdaten der einzelnen Stationen untersagt wurde. Schon jetzt werden die Personalräte von der Leitung der Krankenhäuser gedrängt, die getroffenen Regelungen neu zu überdenken, allein schon in Hinblick auf die im Herbst anstehenden Wirtschaftsprüfungen.

Diese Vorstellungen werden aber nicht nur in schlecht zugänglichen Beziehungen, sondern seit einiger Zeit auch öffentlich verbreitet. (2) Diesen Veröffentlichungen, die unter den Beschäftigten die Akzeptanz für jede Art von Kostendämpfung im Krankenhaus schaffen sollen, muß mit der Schilderung der Konsequenzen geantwortet werden.

Der Beschuß der Hamburger Krankenhauspersonalräte, gemeinsam in der Auseinandersetzung mit den EDV-Planungen vorzugehen, ist nützlich, ersetzt aber nicht die bundesweite Kritik durch die ÖTV.

(1) "EDV-Einsatz in Krankenhäusern", in "Das Krankenhaus", Nr. 9, 10, 11/84 und 1/85; (2) "Personaleinsatz und Pflegeindex", in "Die Schwester / Der Pfleger", 1/85 – (lau)

Innenminister NRW

Sozialhilfebezug bleibt Ausweisungsgrund

Essen. Anfang Januar antwortete der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD) auf ein Schreiben verschiedener Ausländerbeiräte des Ruhrgebietes, in dem diese fordern, daß Ausländern wegen Sozialhilfebezuges nicht nachträglich die Aufenthaltserlaubnis entzogen wird. Schnoor sagte zu, die Ausländerbehörden in NRW anzuweisen, keine nachträgliche Befristung von unbefristeten Aufenthaltserlaubnissen mehr vorzunehmen.

Anlaß für das Schreiben der Ausländerbeiräte ist der Erlass des Innenministers vom 13.8.84, der den Ausländerbehörden eine nachträgliche Befristung von Aufenthaltserlaubnissen bei Sozialhilfebezug von Ausländern zwingend vorschreibt. Der Erlass bedeutet eine Verschärfung der üblichen Verwaltungspraxis, weil die Aufenthaltserlaubnis sofort bei Bekanntwerden des Sozialhilfebezuges entzogen werden soll. Für die Ausländer mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis soll diese Verschärfung weiter gelten.

Die Ausländerbeiräte haben sich auf

die hessischen Regelungen bezogen und die weitergehende Forderung gestellt, auch bei befristeten Aufenthaltsverlängerungen eine Verkürzung nur dann zuzulassen, wenn der Aufenthalt des Ausländer bei Einreise vor Vollendung des 55. Lebensjahres weniger als fünf Jahre betrug. Dies lehnte Schnoor ausdrücklich ab. Dabei übernimmt er die Rechtsauffassung des Bundesinnenministers Zimmermann (CSU), der die hessische Regelung für gesetzwidrig hält. "Für eine Realisierung Ihrer weitergehenden Vorschläge sehe ich dagegen z.Z. keinen Raum. Dazu bedürfte es einer Novellierung der einschlägigen bundesrechtlichen Vorschriften. Dieser Problemkreis wird eingehend bei der angekündigten Novellierung des Ausländergesetzes durch den Bund zu beraten sein." (Schreiben Schnoors vom 4.1.86) Hier zeigt sich, wie weitreichend die Einigung auf eine gemeinsame Ausländerpolitik, die die Landtagsfraktionen von CDU und SPD im Oktober 1984 beschlossen haben, ist: Der Innensenminister bezieht sich positiv auf die geplanten Verschärfungen des Ausländergesetzes durch die Bundesregierung.

Der Essener Ausländerbeirat begrüßte die zugesagte Änderung der Verwaltungspraxis, will aber an den weitergehenden Forderungen festhalten. Er plant weitere Schritte, so sollen Landtagsabgeordnete für die Forderungen gewonnen werden. – (syb)

Metallindustrie

Trotz Widerstands Zunahme befristeter Arbeitsverträge

Stuttgart. Kurz nach Inkrafttreten des Blümschen Beschäftigungsförderungsgesetzes hat die IG Metall Baden-Württemberg auf ihrer Bezirkskonferenz in Balingen am 29.6.85 beschlossen: "Die Delegierten setzen sich dafür ein, daß die Betriebsräte bei Einstellungen grundsätzlich Befristungen ablehnen, soweit sie nicht durch einleuchtende sachliche Gründe (z.B. Schwangerschaftsvertretung) gerechtfertigt sind."

Die strikte Ablehnung wurde damit begründet, daß durch Zeitverträge der gesetzliche Kündigungsschutz, die gesetzlichen Kontrollrechte der Betriebsräte bei Kündigungen und Tarifverträge unterlaufen werden. Der zunehmenden Spaltung der Belegschaften in Stamm- und Randbelegschaften müsse Einhalt geboten werden. Auf der Großen Funktionärskonferenz der IGM in Karlsruhe am 7.10. erinnerte Bezirksleiter Eisenmann nochmals an den Beschuß von Balingen, "keinen befristeten Einstellungen zuzustimmen."

Die Ausrichtung des IGM-Bezirks hatte zunächst Erfolg: Bei Daimler-

Benz Sindelfingen wollte die Firmenleitung 400 Bewerber mit Zeitverträgen einstellen und dann nach Zeitablauf prüfen, ob sich die Neuen "bewährt und eingefügt" haben. Der Sindelfinger Betriebsrat lehnte ab und erreichte unbefristete Einstellungen.

Bei Bosch im Werk Feuerbach drängte die Firmenleitung im Oktober '85 auf 100 befristete Einstellungen. Der Betriebsrat lehnte ab in Abstimmung mit der IGM-Ortsverwaltung unter Hinweis auf die gute Beschäftigungssituation. Inzwischen ist die Front gegen Befristungen brüchig geworden. Der Bosch-Betriebsrat gab im Januar '86 seine Zustimmung für 20 befristete Einstellungen auf sechs Monate "wegen der Verlagerung der Scheinwerfermontage von Feuerbach nach Reutlingen." Im Februar '86 stimmte er zehn befristeten Einstellungen im Pumpenwerk zu "wegen einer Aktion für Leerlaufsteller."

Die IBM in Sindelfingen benutzt seit längerem Zeitverträge als Personalpuffer für konjunkturelle Schwankungen. Bei einer Arbeiterschaft von 2000 und einer Belegschaftsstärke von 5000 schwankt die Zahl der Zeitverträge zwischen 0 und 400. 1985 baute IBM die Zahl der Zeitverträge ab wegen Auftragsmangels, während der Stammbelegschaft Zwangsurlaub nahegelegt wurde. Für 1986 plant IBM, Arbeiter nur noch befristet einzustellen, um einen nötigen Personalaufbau infolge Auftragssteigerung hinauszuschieben. Wurden früher meist Frauen befristet eingestellt, so jetzt Männer wegen der Nacht-Sonderschichten.

SKF in Stuttgart stellt zur Zeit nur noch befristet auf neun Monate ein. Der Betriebsrat wird nach langjährigem Personalabbau vor die Alternative gestellt: entweder befristet oder gar nicht. Alle genannten Firmen gehören zum Bereich der Ortsverwaltung Stuttgart der IG Metall. Selbst hier, in einem relativ gut beschäftigten Bereich, werden also verstärkt befristete Einstellungen von den Firmen gefordert und auch durchgesetzt. – (ros)

Wohnamtsskandal

Stuttgarter Wohnungspolitik ist ausländerfeindlich

Stuttgart. In der "Stuttgarter Kanaken-Zeitung" wurde im Januar gegen Beamte des Wohnungsamtes der Vorwurf erhoben, sie ließen sich von Ausländern für die Vergabe von Wohnungen Bestechungsgelder bezahlen. Der Leiter des Stuttgarter Wohnungsamtes wies die Vorwürfe als "ungeheureliche Verleumdungskampagne" weit von sich, wollte aber nicht ausschließen, daß ausländische Mittelsmänner ihre Landsleute ausnehmen. Eine ausrei-

chende Zahl von Zeugen hat sich bisher nicht gemeldet. Ihnen droht ein Verfahren wegen aktiver Bestechung. Der Schuß der "Kanaken-Zeitung" droht nach hinten loszugehen, wenn die Wohnungspolitik der Stadt gegenüber Ausländern nicht zum Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht wird.

1982 stellten die Ausländer 50% aller beim Wohnungsmarkt registrierter Notfälle. Die Vergabequote von Wohnungen an Ausländer aber sank von 38% 1980 auf 27% 1982. Diese Entwicklung wird von der Stadt so begründet: "Im Interesse einer ausgewo-



genden Bevölkerungsstruktur und der Integration ausländischer Einwohner ist die Stadt bemüht, den Ausländeranteil in den Wohnbezirken so zu steuern, daß die – teilweise bereits bestehende – Gefahr von Ghettos vermieden bzw. verringert wird", weshalb "eine Vergabe weiterer Wohnungen in diesen Gebieten nicht mehr vertretbar erschien ist". Eine derartige Vergabepraxis hat eindeutig einen diskriminierenden Charakter, weil sie "hohen Ausländeranteil" mit "Ghetto" gleichsetzt, was rassistisch ist. Die Stadtverwaltung behauptet indirekt, daß Ausländer an ihrer Wohnsituation zumindest z.T. selbst Schuld seien: "eingeschränkte Mietzahlungsbereitschaft" u.ä. Tatsache ist hingegen, daß z.B. bei der Berechnung der Einkommensgrenze nur Familienangehörige berücksichtigt werden, die sich hier zusammen mit dem Wohnungssuchenden aufzuhalten, daß kein Wohngeld bezahlt wird, solange die Familie noch im Ausland lebt. Die Wohnungspolitik der Stadt gegenüber Ausländern fußt offenbar nicht auf dem Bemühen, ausreichenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sondern auf einer Steuerung des Familiennachzugs. So wurden bei der Wohnungsbedarfsplanung von 1981 bis 1984 nachziehende Familienangehörige von Ausländern ausdrücklich nicht berücksichtigt, mit der Begründung, "daß hier in Zukunft einschränkende gesetzliche Regelungen wahrscheinlich sind". – (rac)

Kommunalwahlen '86 in Lüneburg

Ein Bündnis für Arbeiterinteressen gegen die Reaktion ist möglich

Lüneburg. Seit der letzten Kommunalwahl haben die CDU und die FDP zusammen in Lüneburg die Mehrheit. Mit Horst Nickel stellt die CDU den Oberbürgermeister. Die Grünen haben vier Sitze im Rat. CDU und FDP büggeln im Rat jede Opposition nieder, wobei es bei der SPD wenig niederzubüggeln gibt.

Seit September '85 gibt es Bestrebungen, gegen die Reaktion ein Bündnis herzustellen, das wesentlich Arbeiterinteressen zur Geltung bringen soll und auch bei den Kommunalwahlen kandidiert. An den Gesprächen beteiligten sich u.a. Mitglieder der DKP und des BWK. Gegründet wurde im Herbst ein Arbeitskreis Demokratie-

liche Punkte dieser Politik, die auch in den Arbeitsergebnissen festgehalten wurden, sind:

— Über die Stadt als Teil des "Öffentlichen Arbeitgebers" wurden die Absichten der Kapitalisten, die Arbeitskraft zu verbilligen, erheblich vorangetrieben: durch Verwandlung von Ganztagsstellen in Halbtagsstellen, durch die Einstellung von Saisonarbeitern, durch das im Rahmen des "Lüneburger Modells" immer stärker erzwungene "Arbeitstraining" für Sozialhilfeempfänger sowie durch die vielfältigen "Hilfsprogramme" für Jugendliche, die sämtlich zwangsarbeitsähnliche Arbeitsverhältnisse durchsetzen helfen sollen, um nur ei-

digungskampf".

Wie vorgehen gegen die Reaktion? Bei der Erstellung der "Arbeitsergebnisse" gab es sehr unterschiedliche Auffassungen beim "Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" und der "Friedenspolitik". Bezuglich "Arbeitslosigkeit und Beschäftigung" wurde als einheitliches Ergebnis festgehalten: "1. Arbeitslosigkeit ist im Kapitalismus unvermeidbar. Gleichwohl bedeutet die industrielle Reservearmee, insbesondere wenn das 'freie Spiel der Kräfte' ungehemmt über den Arbeitsmarkt wirken kann, einen großen Druck für die Entfaltung des Kampfes um die Lebensbedingungen der werktätigen Klassen. Dagegen etwas zu tun, ist eine wichtige Aufgabe. 2. Getreu ihrer Maxime der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik reißt die Reaktion gegenwärtig mit ihrer Art 'Beschäftigungspolitik' bedeutende Schranken tariflicher und gesetzlicher Rechte der Lohnabhängigen ein und entfaltet einen großen Angriff auf die Lebensbedingungen der werktätigen Klassen. Dagegen, daß jede Art von Beschäftigung, und sei sie noch so beschissen, ein Glück für die Werktätigen sei — Hauptsache Arbeitsplatz —, und für Mindestbedingungen bezüglich Lohn, Arbeitszeit etc. einzutreten, ist unverzichtbar im Kampf für die Interessen der Arbeiter und übrigen Werktätigen. 3. Die (Mindest-)Ansprüche der Arbeiterklasse und der Werktätigen an kommunale Versorgungseinrichtungen lassen sich beschreiben und sind in der Regel mit der Besetzung von 'Stellen' verbunden. Ein kommunales 'Beschäftigungsprogramm', das a) qualitative Ansprüche an kommunale Versorgung formuliert und b) 'gesicherte' Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten als unverzichtbaren Bestandteil enthält, läßt sich aufstellen."

In der "Friedenspolitik" wurde sich darauf geeinigt, neben der "Erklärung Lüneburgs zur atomwaffenfreien Zone" wesentlich darauf hinzuwirken, daß die vielfältigen militaristischen Veranstaltungen in der Garnisonsstadt Lüneburg bekämpft werden.

Auf der Veranstaltung wurden gegen die "ersten Arbeitsergebnisse" keine grundsätzlichen Bedenken vorgebracht. Soweit Bedenken gegen ein Wahlbündnis geäußert wurden, bezogen sie sich auf fehlende Zeit. In einem einleitenden Beitrag benannte ein Mitglied der DKP als "Vorteile eines demokratischen Personenwahlbündnisses": "1. Die Zusammenarbeit fortschrittlicher, linksorientierter Kräfte Lüneburgs würde einen großen Schritt vorankommen ... 3. Ein solches Bündnis hätte eine realistische Chance, die parlamentarische Hürde zu überspringen." Darüber hinaus gab er bekannt, daß die DKP ihre Partiekandidatur zurückzieht, wenn ein Bündnis zustande kommt. Möglich wär das Bündnis, nötig allemal. — (thr)



OB Nickel (CDU): bei jeder Militärparade dabei.

sche Kommunalpolitik. Dieser hat jetzt erste Arbeitsergebnisse veröffentlicht, die noch kein Kommunalwahlprogramm darstellen, aber doch zeigen, für was und gegen was sich ein Kommunalwahlbündnis richten soll. Auf einer Veranstaltung "Kommunalwahlen 86 — Was tun gegen die Rechten?" wurde am 18.02.86 über diese Arbeitsergebnisse und über Notwendigkeit und Möglichkeit eines Kommunalwahlbündnisses gesprochen. 25 nahmen an der Veranstaltung teil. Ein Wahlbündnis wurde (noch?) nicht gegründet, sondern vereinbart, auf einem weiteren Treffen am 11. März endgültig darüber zu entscheiden.

Die Veranstaltung zeigte: Ein Wahlbündnis wäre ein erheblicher Fortschritt im Kampf gegen die Reaktion und auch dringend nötig, da die CDU- und FDP-Mehrheit ihre Politik trotz verschiedentlicher Gegenwehr weitgehend durchsetzen konnten. Wesent-

niges zu nennen.

— Einher geht dies mit der Verschlechterung der kommunalen Leistungen, insbesondere bei Kindergärten und -Krippen, wo durch sehr hohe Beiträge ein jahrelanger offensichtlicher Mangel nahezu "beseitigt" ist, weil viele sich Kindergärten nicht mehr leisten können.

— Seit die CDU und FDP im Rat die Mehrheit haben, kann jeder Faschist, jeder Revanchist und Militarist der Unterstützung sicher sein. Seit langem wurde im Oktober 1985 auf dem Marktplatz wieder eine Militärparade mit 4000 sternmarschförmig aufmarschierten Soldaten abgenommen, und bei zahlreichen Aktivitäten der Faschisten kann die Verwaltung keine politische Motivation erkennen. Im Rat bescheinigt der CDU-Ratsherr Schimmelpfennig ohne allgemeine Empörung der deutschen Wehrmacht seit 1944 einen "verzweifelten Vertei-

Gefängnisse**Gefangenengorganisation
"Solidarität" gegründet**

Bielefeld. Knapp 60000 Leute werden in der Bundesrepublik in 130 Knästen gefangen gehalten. In relativ kurzer Zeit haben sich jetzt ausgehend von der Justizvollzugsanstalt (JVA) Werl etwa 250 Gefangene in einer Gefangenengorganisation "Solidarität" (SOL) zusammengeschlossen. Am 18. Januar fand die Gründungsversammlung der SOL in Bielefeld statt. Diskutiert wurde ein Satzungsvorschlag, der den Mitgliedern zur schriftlichen Abstimmung vorgelegt wird. Schriftliche Abstimmung deshalb, weil die Gefangenen natürlich keine Mitgliederversammlungen außerhalb der Gefängnisse durchführen können. Entsprechend spielte auch bei der Vorstandswahl eine Rolle, solche Gefangenen in den Vorstand zu wählen, die Aussicht auf Hafturlaub haben können.

Über den Vereinszweck heißt es in der Satzung der Organisation: "... SOL ist eine Gefangenengorganisation ... beschäftigt sich in erster Linie mit sämtlichen Problemen des bundesdeutschen Vollzugs, versucht dabei vorhandene Mißstände transparent zu machen und sie in Interaktion mit den zuständigen Behörden und der Öffentlichkeit abzubauen. Die Haftbedingungen sollen verbessert und die Voraussetzungen zur schrittweisen Abschaffung der Internierung gefördert werden..."

Über diesen Passus gab es auch die heftigste Diskussion, weil etliche Gefangene den Sinn der SOL nicht in der "Interaktion" mit den Behörden, sondern im Kampf um Gefangenrechte gegen die Behörden sahen.

Die SOL-Mitglieder in jedem Gefängnis sollen zwei Anstalts sprecher wählen. Die SOL will erreichen, daß diese Anstalts sprecher von den Anstaltsleitungen als Verhandlungspartner anerkannt werden. Die jetzt existierenden Gefangen envertretungen, wie sie von der Strafvollzugsordnung vorgesehen sind, werden von der SOL als nicht im Interesse der Gefangenen abgelehnt.

Seine Tätigkeit will der Bundesvorstand der SOL nach dem Ergebnis einer eigenen Umfrage unter Gefangenen ausrichten. Die fünf brennendsten Probleme der Gefangenen sind nach dieser Umfrage: Erstens: Löhne der Inhaftierten, zweitens: medizinische Versorgung im Vollzug, drittens: Verkürzung der Haftdauer allgemein, viertens: Rentenversicherung für Inhaftierte und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, fünftens: Schaffung eines parlamentarischen Knastbeauftragten zur Überprüfung der Justizvollzugsanstalten.

Die SOL ist gegen eine Gefangen-



Der Bundesvorsitzende der SOL, Erwin Remus (links), zur Zeit JVA Werl.

nahme von Jugendlichen ebenso wie gegen die Inhaftierung von Schwangeren oder von Müttern mit Kindern. Die SOL fordert die Abschaffung der Hochsicherheitstrakte; eine ausdrückliche Unterstützung der politischen Gefangenen über den Kampf gegen deren Haftbedingungen und für Gefangenrechte hinaus wird jedoch nicht vorgenommen.

Bis Ende des Jahres will die SOL 5000 Mitglieder haben. Die Reaktion der Justizvollzugsbehörden auf die Gründung der SOL ist recht unterschiedlich. Teilweise wird die Post der SOL nicht an die Gefangenen weiterbefördert. Kontakte zum DGB konnte die SOL noch nicht knüpfen. – (wok, ads)

Orientierungsstufe Nds.**Störend beim Ausbau
der Eliteförderung**

Braunschweig. Am 17.1.86 verkündete Kultusminister Oschatz, daß er die Orientierungsstufe (Os) "verbessern" und "weiterentwickeln" wolle. Tatsächlich bedeuten seine Pläne eine brutale Verschärfung der Aussiebung und vollständige Wiederherstellung der Dreigliederigkeit bereits in der Os: Der Unterrichtsstoff soll für "Leistungsstarke" und "Lernschwache" differenziert werden, für letztere sind gar Sonderklassen geplant. Die Kurseinstufung (Mathe/Englisch) erfolgt nur noch einmal und kann nicht rückgängig gemacht werden. In Klasse 6 unterrichten in A- und B-Kursen nur noch Gymnasial- und Realschullehrer, um das "Niveau" der weiterführenden Schule zu sichern. Schließlich will Oschatz gar das Schulgesetz ändern, um dem "Elternwunsch" einschlägiger Kreise zu entsprechen, die Latein bzw. Französisch als erste Fremdsprache fordern, so daß solche Klassen wieder direkt an Gymnasien angeschlossen werden können. Mit der Verwirklichung dieser Pläne hätte die

CDU ihr Ziel – die Liquidierung der Os – durch innere Aushöhlung dieser Schulform erreicht. Man kann sich fragen, warum ihr das so wichtig ist.

Die Os hat weder den Bestand des dreigliedrigen Schulsystems in Frage gestellt, noch den Gedanken unterschiedlicher natürlicher Begabungen hinterfragt. Dennoch hat sie dazu beigetragen, den Bildungsstandard für die Masse der Schüler zu heben: Unterricht in einer Fremdsprache wurde verbindlich, das Fachlehrerprinzip eingeführt. Die Selektionsfunktion des Deutschunterrichts wurde gemindert durch Aufwertung des Sachunterrichts (Nat.Wiss., WUK). Für viele Schüler auf dem Land gab die Os überhaupt erst die Möglichkeit, eine weiterführende Schule zu besuchen. Bis 1980 war der Anteil der Hauptschüler auf 30% gesunken, der der Realschüler auf ca. 35% gestiegen. Dagegen propagierte bereits damals die Kapitalistenvereinigung BDI, der Trend zu weiterführenden Schulen müsse gestoppt – die Hauptschule wieder zur Hauptschule werden. Die Politik der CDU zeigt Wirkung. Seit 1981 ist eine rückläufige Tendenz zu erkennen: Anstieg der Hauptschüler, Sinken bei Realschülern und Gymnasiasten. Um diese Tendenz voll zu entfalten, muß die Os beseitigt werden. Während konservative Elternkreise und Lehrerverbände Beifall zollen, stößt der Plan bei der GEW wie bei örtlichen Elternvertretern auf Widerstand. Eine Elterninitiative in Hannover protestierte in einem Schreiben an Oschatz gegen dessen Vorhaben; der GEW-Landesvorstand faßte eine Erklärung, in der es heißt: "Die GEW lehnt die Dreigliederung der Orientierungsstufe ab. Sie wird jede Aussonderung von Schülerinnen und Schülern auf das Schärfste bekämpfen... Die GEW ruft zur Gegenwehr auf! Sie wird Aktionen durchführen, um die Orientierungsstufe vor einer Zerschlagung zu schützen." – (usm)



Reform der Orientierungsstufe stößt auch bei Schülern auf Kritik

Schüler in Bayern

Neue Wertorientierung Grundschule "christlich" – Hauptschule "national"

Würzburg. Der Kommentar zum Grundschullehrplan an den Bayerischen Grundschulen, der 1982/83 in Kraft getreten ist, stellt mit diesem Lehrplan den Übergang von der "Lernschule" der 70er Jahre zur Schule der "Wertorientierung" für die 80er Jahre dar. "Kennzeichnend für die Grundintention dieses Planes ist dabei das erneute Bekenntnis zum Vorrang der Erziehung in der Grundschule ... Sinn und Wertorientierung sind Grundlage und Ziel von Erziehung und Unterricht. Diese richten sich im Sinne der bayerischen Verfassung am christlichen Menschenbild aus." Aus diesem Grund sind dem Grundschullehrplan auch der Art. 131 und 135 der Verfassung des Freistaates Bayern vorangestellt: "Verfassung des Freistaates Bayern, Art. 131: (1) Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. (2) Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne. (3) Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen." Der Kommentar begründet, warum der Lehrer und seine Wertorientierung auf die bayerische Verfassung hier die stärkste Rolle spielt: "Die verfassungs- und schulrechtliche Definition der bayerischen Grund- und Hauptschule als gemeinsame "christliche Volksschule" bestimmt die Inhalte und den Rahmen der übergreifenden Wertordnung, in welche die nachwachsende Generation über den Unterricht in der Schule eingeführt und eingebunden werden soll. Weltanschauliche Neutralität und wertbezugsfreie Liberalität verbieten sich somit gleichermaßen."

Das christliche Menschenbild in der Praxis

Aufgaben und Pflichten ja, aber Rechte hat der Schüler keine. Er steht an unterster Stelle der Rangordnung und hat sich in jeder Hinsicht unterzuordnen und anzupassen. Unterrichtsbeispiel aus einer Würzburger Grundschule:

"In der Schule hat jeder Aufgaben und Pflichten. Schulleiter muß planen, besprechen, leiten. Lehrer muß erklä-

ren, Aufgaben verteilen, einüben. Hausmeister muß reparieren, heizen, ordnen. Putzfrau muß putzen, pflegen. Die Schüler müssen aufpassen, leise sein, lernen, Ordnung halten. Alle helfen Ordnung halten! Alle sollen sich an die Regeln halten!"

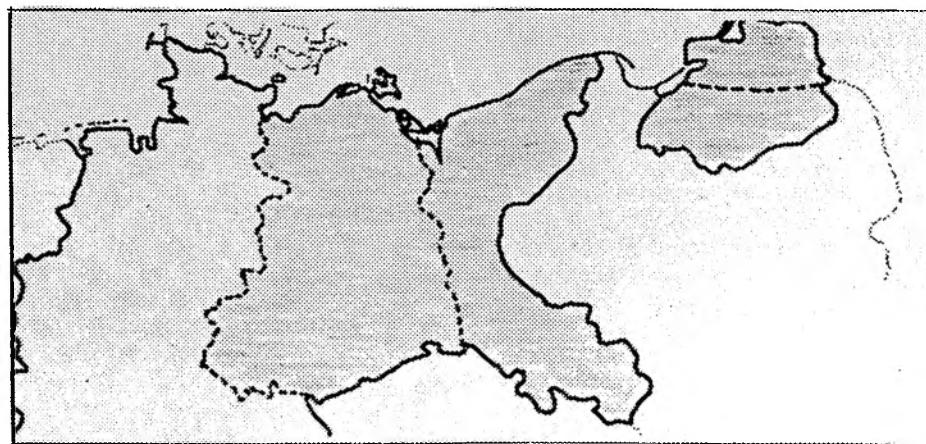
Hierarchie und Auslese

Es gibt verschiedene Mittel im praktischen Unterricht, wie diese hierarchische Ordnung mit der Rolle des Schülers als rechtlosem Arbeitstier gegen dessen Willen und den der Eltern eingebliebt werden kann – von der 1.

etwas davon erzählen. Wie es auch Lehrkräfte gibt, die nicht bereit sind, weder vom Inhalt als auch von der Form des Unterrichts den Vorstellungen der Staatsregierung zum neuen Lehrplan hundertprozentig zu entsprechen.

Hauptschüler: Rechtslos und national

Fortgesetzt wird diese Erziehung zum neuen "wertorientierten" Schüler in der Hauptschule. Ab 1986/87 wird an den bayerischen Hauptschulen ein neuer Lehrplan zur Erprobung einge-



Deutschland in den Grenzen von 1937

Klasse an z.B. mit Hilfe negativer Erziehungsmittel:

- schwache Schüler vor anderen lächerlich machen und bloßstellen
- schlechte Leistungen vor allen Kindern bekanntgeben
- Schülern, die sich in die Enge gedrückt sehen und im Unterricht nach Hause gehen wollen, mit der Polizei drohen

z.B. systematische Entsolidarisierung zur Spaltung der Klasse:

- andere verpetzen wird belohnt
- abschreiben und abgucken ist strengstens verboten, gute Schüler dürfen schwächeren nicht helfen
- schwache Schüler werden isoliert gesetzt, damit sie nicht stören; die Klasse wird aufgefordert, sich nicht um sie zu kümmern als Vorstufe für die Absonderung in die SonderSchule.

Die Frage, wie stark die Kinder in dieser Form drangsaliert werden, ist abhängig davon, ob und wie eindringlich die Eltern dagegen vorgehen, sofern die Kinder zu Hause überhaupt

führt. Auch dieser stellt Art. 131 und 135 der bayerischen Verfassung voran. Die Leitgedanken formulieren den Auftrag der Hauptschule im Rahmen dieser Wertorientierung: "Sie hilft ihm, sich selbst und seinen Standort in der Welt (!) zu verstehen und gültige Maßstäbe zu gewinnen und unterstützt ihn bei der Suche nach der Sinngebung seines Lebens!... Wissensvermittlung soll mit Wertorientierung, der Aufbau von Handlungsdispositionen mit der einsichtigen Übernahme gültiger Normen verbunden sein... Der Tagesbeginn mit Gebet, Lied, Be trachtung führt zur inneren Sammlung."

Die Zielsetzungen der Fächer Deutsch, Erdkunde, Sozialkunde, Arbeitslehre und Geschichte verdeutlichen die neue Wertorientierung der Hauptschule, den Schüler auf seine Rolle als rechtloses Arbeitstier vorzubereiten. Etwas anders lautete die Zielsetzung des Bildungsplans für die bayerischen Volksschulen von 1950/

SI: "In der Schule überwiegt die planmäßige Bildungsarbeit, ihr Endzweck ist Selbstbildung." 1986 den Schüler sich "selbst bilden" zu lassen, hieße, ihn mit der Erkenntnis der historischen Wirklichkeit zu konfrontieren, daß nur kollektive Gegenwehr verhindert, daß aus der Arbeiterklasse ein Heer von Zwangsarbeitern wird.

*Erdkunde:

In Jahrgangsstufe 6 verlangt der Lehrplan: "Den Verlauf der Grenzen zu Deutschlands Nachbarn auf der politischen Karte verfolgen und beschreiben, auch der unter fremder Verwaltung stehender Gebiete." Das entspricht dem Beschuß der Kultusministerkonferenz (KMK) von 1981, wonach Deutschland in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 darzustellen ist und die alten deutschen Städtenamen zu verwenden sind.

*Sozialkunde:

In Jahrgangsstufe 9 muß der Lehrer "herausarbeiten, daß das Bemühen um den Frieden nicht die Preisgabe der Freiheit bedeuten darf und daß der Friede angesichts äußerer Bedrohung

durch Verteidigungsbereitschaft gesichert werden muß." Was dann auch für die "unter fremder Verwaltung stehenden Gebiete" zu gelten hat.

*Arbeitslehre:

Der Schüler "soll den Wert einer qualifizierenden Berufsausbildung erkennen und einsehen, wie sehr es im Beruf auf fachliches Können und Haltungen wie Zuverlässigkeit, Genauigkeit, Kooperations- und Verantwortungsbereitschaft ankommt. Er soll begreifen, wie Mobilität und Weiterlernen über die Erstbildung hinaus für seinen beruflichen Werdegang von Bedeutung sind." (!) Anhand eines Berufsausbildungsvertrages sollen in Stufe 9 die Pflichten des Auszubildenden besprochen werden. Seine Rechte, die sich aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz (Wahl des Jugendvertreters) ergeben, sollen unerwähnt bleiben. Weiter soll dem Schüler verdeutlicht werden, "wovon die Höhe des Lohns abhängen kann: z.B. Fachkönnen, Belastung, Verantwortung, Arbeitszeit, Ausbil-

dungsstand, Dauer der Betriebszugehörigkeit". Von den eigenen Erfahrungen, z.B. über den Vater, daß es Gewerkschaften gibt, die in Tarifkämpfen einen höheren Lohn erstreiken, ist nicht die Rede. Im Gegenteil, der Lehrer muß "klarlegen, daß Löhne erwirtschaftet werden müssen und einen betrieblichen Kostenfaktor darstellen". Weiter muß der Lehrer auf "die Grenzen der staatlichen Belastbarkeit und auf die Verantwortung des einzelnen zur eigenen Daseinsvorsorge hinweisen".

*Geschichte

Zum Marxismus sollen behandelt werden "zutreffende Feststellungen und grundlegende Irrtümer" im "Vergleich wichtiger marxistischer Prognosen mit heutigen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten."

Quellenhinweis: Lehrplan für die Grundschule, Lehrplan für die bay. Hauptschule, Amtsblatt d. Bay. Staatsmin. f. Unterricht u. Kultus, Sondernt. 13/85, Gesetzentwurf zum Bayer. Schulfinanzierungsgesetz.
- (hem, kap, sip)

Neue Schulfinanzierung soll Privatschulen fördern

In dem Entwurf des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG), das im Frühjahr verabschiedet werden soll, ist ein jährlicher Mehraufwand von 20,5 Mio. DM gegenüber dem bisher geltenden Gesetz vorgesehen. Ein entscheidender Teil davon soll für die Bezuschussung privater Schulen aufgewendet werden, die erstmals in einer einheitlichen Regelung mit staatlichen und kommunalen Schulen zusammengefaßt werden sollen. Die höhere Förderung wird damit begründet, "daß die Schulen mit staatlicher Anerkennung ... eine stärkere Entlastung des öffentlichen Schulwesens bringen ...". Diese Schulen, so der Entwurf, müssen die Gewähr dafür bieten, "daß sie dauernd die bildungs- und Erziehungsziele der verwandten öffentlichen Schule in einer Weise erfüllen, die sie als öffentliche Schule gleichzeitig erscheinen läßt." Nicht gefördert werden demnach die Freien und Alternativen Schulen, die sich gegen das vorgeschriebene Leistungsprinzip wenden, ebenso wenig solche, die Schulgeld erheben, das "eine Sonderung der Schüler nach Besitzverhältnissen der Eltern" vornehme. Übrig bleiben danach die christlichen Schulen und solche Privatschulen, deren Schulgeldforderungen mit einem mittleren Einkommen nicht zu finanzieren sind.

Ein hoher Posten, der nach dem Gesetzentwurf gestrichen werden

soll, sind die Gastschülerzuschüsse (1984: 15,8 Mio. DM). Die Gastschülerbeiträge, die der Staat den Kommunen zahlte, ermöglichten bisher den kommunalen Schulen einen Ausgleich der Kosten für die Schüler, die außerhalb des Sprengels wohnten. Durch den Wegfall dieser Gelder besteht z.B. für Kinder, die am Arbeitsplatz ihrer Eltern in die Schule gehen oder aufgrund der Nachmittagsbetreuung eine Schule außerhalb ihres Sprengels besuchen, kaum noch Aussicht, dort aufgenommen zu werden, da nun keinerlei Bezuschussung mehr gewährt wird. Für Umschüler, die als Gastschüler eine Berufsschule besuchen müssen, ist sogar geplant, diese

zu einer "angemessenen Kostenbeteiligung" heranzuziehen.

Auseinandersetzungen um Finanzierungsbeihilfen finden derzeit in der Würzburger Ganztagschule im Stadtteil Heuchelhof statt. Dort wurde bisher monatlich für das Mittagessen 80 DM verlangt, ab 1. Januar 1986 sollte eine Erhöhung des Essengeldes um 10 DM erfolgen. Das hätte eine Verteuerung von 4,70 auf 5,00 DM pro Essen bedeutet. Das gleiche Essen wird in der Kantine der Stadt Würzburg für 3,70 DM (einschließlich Zuschuß) ausgegeben. Die Differenz wird begründet mit Transportkosten und höheren Kosten für die Essensausgabe. Ein Teil der Eltern, die die Erhöhung des ohnehin schon teuren Essens nicht mehr finanzieren können, haben daraufhin die Zahlung des Essengeldes eingestellt und ihren Kindern eine Vesper mitgegeben. Danach wurde die Erhöhung zunächst einmal zurückgenommen, soll aber ab Schuljahr 1986/87 durchgesetzt werden. Gleichzeitig sollen die Kinder, die neu in die Ganztagschule eintreten, zur Teilnahme am Mittagessen verpflichtet werden. Neu geregelt werden soll, daß Geschwisterkinder einen Essenzuschuß bekommen.

Der Elternbeirat der Heuchelhofschule überprüft zur Zeit, ob das Mittagessen für die Kinder nicht aus der benachbarten Kantine des Behindertenzentrums geliefert werden kann, das zum einen billiger, zum anderen kindergerechter zubereitet ist, und die Transportkosten würden auch reduziert.



Freizeiträume der Ganztagschule Heuchelhof

HBV-Forderungen Versicherungen

Köln. Die Große Tarifkommission Versicherungen der HBV beschloß am 13.2. eine Forderung mit einem Volumen von 6,5%. Eine stärkere Anhebung der unteren Gehälter wurde nicht verlangt. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit wird zwar als Forderung erhoben, aber nicht als Hauptforderung. Vielmehr wird auch die Verlängerung der Vorruhestandsregelung (mit Ausdehnung auf den Außen- dienst) gefordert. Der Verhandlungsführer der Versicherungskapitalisten hat erklärt, er sehe für eine Arbeitszeitverkürzung keinen Handlungsbedarf. – (gba)

Programma: Neuer Betriebsrat gewählt

Gerstetten. Am 25.3.86 wurde die von 44% der Belegschaft geforderte Neuwahl des Betriebsrats durchgeführt. Die IGM-Arbeiterliste erhielt 17 Stimmen, die der Unorganisierten 11, bei einer Enthaltung. Für die Angestelltenliste der IGM stimmten 13, für die Unorganisierten 12. Die IGM hat somit drei der fünf Betriebsratssitze. Die Geschäftsleitung kündigte die Anfechtung der Wahl an. Sie hatte schon vergeblich versucht, per einstweiliger

Düsseldorf. Rund 6000 Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen demonstrierten am 24.2.86 in der Düsseldorfer Innenstadt dagegen, daß "die Konsolidierung der Landesfinanzen auf dem Rücken der Polizei" ausgetragen würde, so der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Günter Schröder. Mit Parolen wie "Wechseldienst zu Hungerlohn" und "no future = null bock" verlangten sie mehr Lohn als die durchschnittlichen 2500 DM für Beamte mit zwei Kindern sowie mehr Beförderungen. – (rub)

Verfügung die Wahl zu verhindern, weil der Wahlvorstand zwei leitende Angestellte und zwei ohne Betriebsratszustimmung Einstellte aus der Wahlliste gestrichen hatte. Bis heute wird nicht entsprechend dem seit 1.1.86 geltenden Firmenarifvertrag entlohnt. Laut Geschäftsführer Röhlich sollen nur IGM-Mitglieder zum Tarif beschäftigt werden, die anderen "wünschten" weiterhin Einzelarbeitsverträge. Dem Betriebsrat stehen harte Zeiten bei der Umsetzung des erkämpften Tarifvertrags bevor. Außerdem versucht Röhlich weiterhin, Kündigungen gegen ehemals Streikende durchzusetzen. – (frf)



Azania/Südafrika. In der letzten Woche streikten die Arbeiter in der größten Goldmine "Vaal Reefs" und in zwei weiteren Minen – nach Angaben der Gewerkschaft NUM alle 43000 Arbeiter der Grube, die etwa 180 km entfernt von Johannesburg liegt – zwei Tage gegen die Inhaftierung von neun Arbeitern. Diese werden von den Kapitalisten beschuldigt, an der Ermordung von vier Vorarbeitern beteiligt gewesen zu sein. Um den Streik zu unterdrücken, hatte der Konzern Anglo American Corporation durch mehrere hundert bewaffnete Polizisten das Gelände der Grube umzingeln lassen. Bild: Mitglieder der Gewerkschaft NUM auf der Streikbeschlußversammlung vom 4.8.1985. – (gba)



Protestbrief gegen Tarifabschluß

Heidelberg. Über 40 ÖTV-Mitglieder an der Orthopädischen Klinik wenden sich in einem Protestbrief an den Hauptvorstand und die GTK der ÖTV wegen des Tarifabschlusses rückwirkend zum 1.1.86. Hauptkritikpunkt ist die tarifierte Kürzung des Ausbildungsentgeltes um über 100 DM bei den Schülern/-innen der Krankenpflege und die Festsetzung dieser Löhne bis mindestens 1988. Das Abschlußpaket wird als Täuschungsmanöver charakterisiert, weil es sich im Endeffekt gegen die sozial schwächeren Lohnabhängigen richtet. Die ÖTV wird zur Stellungnahme aufgefordert. – (irs)

Rationalisierung bei Daimler-Benz

Stuttgart. In Untertürkheim plant Daimler-Benz mit Hilfe von McKinsey ein umfassendes Rationalisierungsprogramm im Angestelltenbereich. Im Arbeiterbereich soll mit einem Flexi-II-Programm der 8-Stunden-Tag und der freie Samstag ausgehebelt werden. Anfang Dezember hatte der Betriebsrat beschlossen, Überstundengenehmigungen radikal zusammenzustreichen – so lange bis Mc Kinsey vom Tisch ist. Nach Gesprächen mit der Geschäftsführung wurde der Beschuß aufgehoben. Jetzt liegt eine Betriebsvereinbarung über die Durchführung der Gemeinkostenwertanalyse vor: Die Firma verpflichtet sich, wenn möglich, bei Versetzungen einen gleichwertigen Arbeitsplatz anzubieten. Wenn das nicht

möglich ist, dann soll Qualifizierung für einen gleichwertigen Arbeitsplatz während der Arbeitszeit durchgeführt werden. Die Bereichsleitung der Angestellten-Vertrauensleute lehnt die geplante Betriebsvereinbarung ab. – (ros)

Dienst nach Vorschrift

Westberlin. Mit einem Dienst nach Vorschrift am 15.2.86 protestierten die Angestellten der Amerika-Gedenk-Bibliothek gegen den Personalmangel und die hohe Arbeitsbelastung. Im Sommer 1985 war eine neue EDV-Anlage eingesetzt worden. Die Vereinbarung und auch Anweisung des Senats war dahingehend, daß die Beschäftigten nicht länger als 50% ihrer Arbeitszeit an den Bildschirmen sitzen müßten. In der Praxis sind es 80–100%. Dagegen vor allem richtete sich die Protestaktion. Die Bibliotheksbesucher standen bis auf die Straße. – (gug)

Untersuchung gegen Akkorde zum Umfallen

Bad Salzdetfurth. Bei fuba stieg die Produktivität an einem Antennenband von 1980 bis 1986 um etwa 38% auf 552 Antennen. 1980 schafften 40 Frauen 400, die 552 Stück werden von 22 Frauen montiert. Mit einiger Sicherheit kann von einer Intensivierung um ca. 40% ausgegangen werden, wie eine Untersuchung des IGM-Vertrauenskörpers ergab. Sie befaßt sich mit verschiedenen Abteilungen und soll Ende April abgeschlossen sein. – (mal)

Polizeigesetze

Hamburger Senat im Einklang mit der Bundesregierung

Ende letzten Jahres veröffentlichte die "TAZ" einen bislang vertraulichen Entwurf für ein neues hamburgisches Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG). Der Entwurf folgt weitgehend dem "Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" von 1977. Er bringt drei wesentliche Änderungen:

1. Die "klassische", noch vom Preußischen Oberverwaltungsgericht zu Kaiserzeiten entwickelte Aufgabe der Polizeibehörden war die Abwehr von Gefahren für die "Öffentliche Sicherheit und Ordnung". Obwohl das schon eine denkbar weite Aufgabenzuweisung war, waren polizeiliche Eingriffe bisher noch von einer einschränkenden Voraussetzung abhängig: Die abzuwendende Gefahr mußte im Einzelfall konkret vorliegen. Das will der Entwurf ändern. Neu zugewiesen werden den Polizeibehörden die Aufgaben "Vorbereitung auf die Gefahrenabwehr" und "Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten". Das bedeutet eine enorme Ausweitung des Bereichs zulässiger polizeilicher Eingriffe. Er soll künftig weit vor den erwarteten Gefahren beginnen.

2. Auf dieser Grundlage werden die Polizeibehörden zu einem umfassenden Eingriffskatalog ermächtigt, der sich zumeist auf die Erhebung, Speicherung und Auswertung personenbezogener Daten bezieht, u.a.:

– Erhebung, Speicherung und Nutzung der Daten von Verantwortlichen für Veranstaltungen. Voraussetzung: Die Erhebung muß erforderlich sein, um künftige Gefahren wirkungsvoll abwehren zu können. Ob das der Fall ist, bestimmt mangels gesetzlicher Regelung dieser Begriffe erstmal die Polizei selbst.

– Betreten von Wohnungen und Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen zur Verhütung von "Straftaten mit erheblicher Bedeutung". Voraussetzung: Es müssen tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, daß in den betreffenden Räumen Straftaten geplant oder verübt werden oder sich Straftäter verbergen. U.U. darf auch durchsucht werden.

– Datenerhebung bei Personen, von denen aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte angenommen werden kann, daß sie künftig Straftaten begehen werden, sowie Datenerhebung ihrer Kontakt- und Begleitpersonen, bei Zeugen und sonstigen Auskunftspersonen (bei letzteren müssen Anhaltspunkte für künftige Straftaten nicht vorliegen!).

– Razzien, wenn tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, daß am betreffenden Ort Straftaten geplant oder verübt werden oder sich Straftäter verbergen. Betroffene können festgehalten, nach den Personalien befragt, wenn nötig zur Wache gebracht und erkennungsdienstlich behandelt werden.

– Film- und Tonaufnahmen in öffentlichen Versammlungen.

– "Ausschreibung zur Beobachtung" von Personen, von denen künftig Straftaten erwartet werden. Jede Behörde, die diese Personen antrifft, hat dies zu melden. So entstehen "Bewegungsbilder".

Da alle diese Maßnahmen der "Vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten" dienen sollen, hängen sie nicht mehr vom tatsächlichen Vorliegen einer konkreten Gefahr ab. Es genügt, daß sie "aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung erforderlich" sind. Bei der Bestimmung dieser Merkmale kommt die Begründung zum Entwurf in Schwierigkeiten. Die "erhebliche Bedeutung" von Straftaten hängt danach nicht etwa nur von der Höhe der angedrohten Strafe ab (auch wenn schwer bestrafte Delikte in der Regel "erhebliche Bedeutung" haben). Vielmehr seien auch die Zielrichtung, die kriminelle Energie, die Sozialschädlichkeit, die gewohnheits- oder bandenmäßige Begehung, z.B. bei Taschen- oder Trickdiebstählen, sowie die Bedeu-

tung für die Allgemeinheit in Betracht zu ziehen. Mit einem Wort: Unter irgendeinem Gesichtspunkt hat jede Straftat "erhebliche Bedeutung". Ein "tatsächlicher Anhaltspunkt", läßt uns die Begründung wissen, sei "weniger als ein konkreter Verdacht", aber immerhin "mehr als reine Vermutung und Spekulation". Es wird deutlich, wie weit mit diesen Voraussetzungen die Eingriffsbefugnis der Polizei vorverlegt werden soll.

3. Schließlich soll das künftige SOG zu einer Vermischung und Verquickung polizeilicher mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit führen. Dazu beschert es zunächst der Polizei die Befugnis, Personen verdeckt zu observieren, zu fotografieren und abzuhören, Polizeibeamte "unter einer Legende" sowie nichtbeamtete Spitzel einzusetzen. Außerdem dürfen verdeckte Datenerhebungen auch in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen stattfinden. Voraussetzung ist entweder eine "erhebliche Gefahr" oder die "vorbeugende Bekämpfung" bestimmter Delikte bzw. erwerbs- oder bandenmäßiger Begehung von Straftaten. Stehen Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder auch nur "erhebliche Sach- oder Vermögenswerte" auf dem Spiel, darf auch in Wohnungen gespitzelt werden. Außerdem öffnet der Entwurf die Schleusen für den Datenfluß zwischen Polizei und anderen Behörden, u.a. auch den Nachrichtendiensten. Damit kommen die Nachrichtendienste in den Genüß der Ergebnisse polizeilicher, d.h. exekutiver Befugnisse, die den Nachrichtendiensten bisher nicht zustehen. Bezuglich Datenfluß sieht der Entwurf vor:

– Zur "vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten" darf die Polizei alle erhobenen Daten speichern und nutzen, im Höchstfall bis zu zehn Jahre lang.

– Die Daten von Störern der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darf sie an andere Behörden weitergeben, wenn es zur "Gefahrenabwehr" erforderlich ist.

– Sie darf die Daten mit anderen polizeilichen Dateien abgleichen, wenn es "zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben geboten erscheint".

– Sie darf die Daten von Störern an die Polizeien des Bundes und der Länder weiterleiten, wenn es zur "vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten" erforderlich ist.

– Sie darf Daten von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen abfordern, wenn Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder "erhebliche Sach- oder Vermögenswerte" gefährdet sind.

– Zum Zwecke der Datenübermittlung darf die Polizei mit Bund und Ländern einen Datenverbund einrichten.

Die gegenwärtig von der Bundesregierung vorbereiteten und zum Teil schon verabschiedeten Gesetze sollen der seit Jahren praktizierten Vermischung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeiten eine Rechtsgrundlage verschaffen. Daß diese nach rechtsstaatlichen Maßstäben illegale Vermischung auch und gerade in Hamburg seit Jahren an der Tagesordnung ist, wollte Innensenator Lange zur Abwegielung nutzen. Er ließ verlauten, das neue SOG solle lediglich diese Praxis legalisieren. Er verschwieg, daß das Ergebnis nichts anderes ist als das rechtliche Instrumentarium für eine neue Geheimpolizei. Bei der Umsetzung dieses Vorhabens könnte die regierende Reaktion auf ein verfassungsrechtliches Problem stoßen: Polizei ist Ländersache. Die vom Bund beschlossenen Maßnahmen müssen daher von den Ländern umgesetzt werden. Der "Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz", noch zu Zeiten der sozialliberalen Koalition erarbeitet, soll die einheitliche Umsetzung gewährleisten. Wer von der SPD erwartet hatte, sie werde diese Lage nutzen, sah sich getäuscht. Eilfertig machte sich Hamburgs Innensenator Lange daran, den reaktionären Bundesgesetzen das landesrechtliche Pendant zu verschaffen. Nach der ziemlich heftigen öffentlichen Reaktion u.a. der GAL befindet er sich damit erstmal in der Defensive. Der Entwurf liegt zur Zeit anscheinend auf Eis. Die für Februar angekündigten öffentlichen Anhörungen haben jedenfalls nicht stattgefunden.

Quellenhinweis: Hamburger SOG-Entwurf und Begründung; "Arbeiterkampf" Nr. 267; "konkret" 3/1986 – (joi)

Berliner Filmfestspiele**Nicht im Programm:
"Die Befreiung von Auschwitz"**

Funde in Auschwitz: 348 820 Männeranzüge, 836 525 Frauenkleider

Am 16. Februar zeigte die Chronos-Film GmbH bei freiem Eintritt einen brandneuen Dokumentarfilm der Regisseurin Ingrid von zur Mühlen über die Befreiung des KZs Auschwitz. In dem einstündigen Dokumentarfilm werden bisher nicht veröffentlichte sowjetische Filmdokumente gezeigt, dazwischen werden Interviewauszüge mit Alexander Woronzow eingeblendet, dem einzigen noch lebenden sowjetischen Kameramann, der an diesen Aufnahmen mitgewirkt hat.

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee 5800 überlebende Häftlinge, darunter 180 Kinder, aus diesem größten KZ. Gezeigt wird die langwierige Evakuierung der ehemaligen Häftlinge in die provisorisch als Krankenstationen eingerichteten Steinbauten im Stammlager Auschwitz I. Die Lager Birkenau und Monowitz können erst endgültig im März 1945 geschlossen werden, und erst im Herbst haben alle Überlebenden Auschwitz für immer verlassen. Alexander Woronzow: "Zwei Tage nach der Befreiung kam eine sowjetische Sonderkommission. Ausmaß und Perfektion in der Organisation dieses Vernichtungslagers wurde ihr erst langsam bewußt." Der Zuschauer verfolgt in Bruchstücken die mit einer unglaublichen Genauigkeit durchgeföhrten Untersuchungen der sowjetischen Kommission, deren Ergebnis

nisse später in den Nürnberger Prozessen als wichtiges Beweismaterial verwandt wurden. Gezeigt werden Bilder von den wenigen, die überlebten, von Überlebenden, an denen die Faschisten verbrecherische Experimente erprobten und Strafmaßnahmen durchgeführt hatten. Gezeigt werden zu Beginn des Filmes Luftaufnahmen der IG-Farben-Werke und der angegliederten Lager, und man sieht, um welche eine gigantische Industrieanlage es sich hier handelte. Der Filmtext dazu: "Die Industrie in Auschwitz hatte große Bedeutung erlangt, da mehrere Kriegsbetriebe ihre Produktionsanlagen in die vor Luftangriffen sicheren östlichen Gebiete verlagert hatten ... Alle zwei Wochen wurden in dem Nebenlager Auschwitz-Monowitz Selektionen durchgeführt: Die zu schwach gewordenen Häftlinge wurden nach Birkenau überstellt und dort vergast, dafür neue, gesunde geschickt ... Dieser Austausch wurde in dem Vertrag zwischen dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS und den Firmen festgelegt." Der Film ist streng sachlich, ohne wertenden Kommentar. Das Gezeigte erschüttert den Betrachter und macht eine anschließende Aussprache unter den Zuschauern unbedingt erforderlich, man hat auch das Bedürfnis. Der Film kann bei Chronos-Film für 75 DM als Kassette gekauft wer-

den. Weitere Filme dieser Gesellschaft wie z.B. zu den Nürnberg-Prozessen, den Nachfolgeprozessen, zur Weizsäcker-Rede zum 8. Mai 1985, eine Dokumentation zu "Flucht und Vertreibung", zu Bergen-Belsen und anderes sind nach Angaben des Produktionsleiters Bengt von zur Mühlen eben-

falls als Kassetten oder als 16-mm-Lichttonkopien erhältlich, allerdings sollten Interessenten sich andere Filme, außer dem hier als empfehlenswert besprochenen, vor Verwendung ansehen. Telefonnummern der Filmgesellschaft sind: Bonn 0228/611017 oder Berlin, 030/803351. – (gug)

"Ganz unten"**Mit dem Film das Buch dokumentarisch belegt**

Der Film zu Günter Wallraffs Buch "Ganz unten", gedreht unter der Regie von Jörg Gföler, wurde auf zwei Aspekte des Buches konzentriert: die Enthüllung der schrankenlosen Ausbeutung der Leiharbeiter durch den Subunternehmer und SPD-Mitglied Vogel und dessen Menschenverachtung sowie die Darstellung der vernichtenden Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter bei Thyssen.

Der Darstellung der Menschenverachtung und der Profitgier Vogels ist explizit der zweite Teil des Filmes gewidmet. Plastisch wird dem Zuschauer die Rechtlosigkeit der Arbeiter gegenüber dem Subunternehmer Vogel vor Augen geführt, was besonders in den heimlich mitgeschnittenen Gesprächen zwischen diesen und Vogel zum Ausdruck kommt. In einem anderen Gespräch fungieren zwei Journalisten als "Leiter Strahlenschutz Atomkraftwerk Würgassen", die Vogel einen höchst profitablen Auftrag anbieten, nämlich sechs ausländische Arbeiter zu organisieren, welche "Reinigungsarbeiten" im AKW Würgassen ausführen sollen, die mit schwerer Verstrahlung und Folgeschäden verbunden sein werden. Vogel ist bereit dieses "Menschenmaterial" zu besorgen mit der Absicht, die Arbeiter nach Erfüllung des Auftrags in die Türkei abzuschieben. Da es Wallraff gelungen ist, den ganzen Ablauf der Gespräche zwischen Vogel und seinen vermeintlichen Auftraggebern sowie dessen "Beschaffungsmaßnahmen" der Opfer auf Zelluloid zu bannen,

ist dieser Teil mehr als nur genaues Beleg für die entsprechenden Abschnitte im Buch, sondern er erhält durch die langen Szenen eigenständige dokumentarische Kraft.

Die mit versteckter Kamera gedrehten Szenen des ersten Teils zeigen Wallraff bei der Knochenarbeit bei Thyssen in Duisburg. Durch das Aneinanderreihen von Einzelszenen der verschie-



"Ali" und Strauß

denen Arbeitsstationen bei Thyssen wird eindeutig belegt, daß Wallraff dort unter schlimmsten Bedingungen geschuftet hat. Diese Technik macht es dem Betrachter aber schwierig, ohne Kenntnis des Buches das ganze Ausmaß dieser ungehemmten Ausbeutung – der Arbeitstag von 16 Stunden zum Beispiel – zu begreifen. Doch dies war unter den Entstehungsbedingungen – versteckte Videokamera – kaum anders machbar. Leider kann der Film durch diese Stilmittel auch nicht die Verantwortung von Großkonzernen wie Thyssen an der rechtlosen Lage der Leiharbeiter herausarbeiten.



Nur wenige ausländische Jugendliche erhalten eine Ausbildung

Doch eines leistet dieser Film, insbesondere sein erster Teil: Er belegt eindeutig, daß bei Thyssen in Duis-

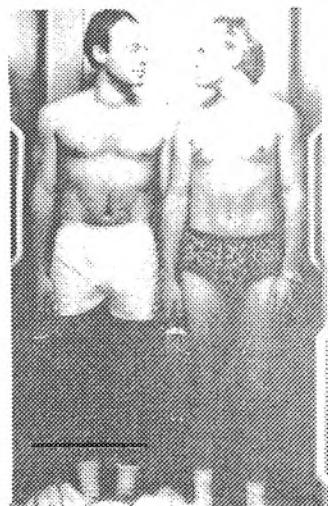
burg für die geknechtesten Teile der Arbeiterklasse mörderische Arbeitsbedingungen herrschen. – (fen)

"Männer"

Zwei Rivalen arrangieren sich

Der Film von Doris Dörrie von 1985 läuft in vielen Kinos seit mehreren Wochen. Der Abteilungsleiter Julius aus dem unteren Management lebt mit seiner Frau Paula und den zwei Kindern in einem Haus in einem Münchner Vorort. In seinem Büro vernascht er Sekretäinnen und läßt sich von seiner persönlichen Sekretärin an seinen Hochzeitstag erinnern: "Ohne Sie wäre meine Ehe schon längst kaputt." Als er seiner Frau die entsprechend ausgesuchte Halskette zum Hochzeitsstag um den Hals legen will, entdeckt er einen Knutschfleck. Das Verhältnis Stefan hat lange Haare, lebt völlig ungeregelt in einer Wohngemeinschaft, fährt keinen Maserati, sondern Fahrrad und ist Illustrator. Julius zieht unerkannt in der Wohngemeinschaft von Stefan ein. Beide werden Freunde. Julius verschafft Stefan in einer ihm bekannten Firma Arbeit. Vorher probt er mit ihm, wie er sich geben soll, damit er die Arbeit als Chefgrafiker auch bekommt. Es entpuppt sich schnell, das die Interessen des Grafikers auch keine anderen als die des Abteilungsleiters sind: Auch er fährt bald einen weißen Porsche. Ihm fehlt es bisher einfach an Aufstiegswillen. Beziiglich Paula kann der Abteilungsleiter nun wieder aktiv werden. Denn Stefan

hat jetzt wenig Zeit, wo er arbeitet. Paula trägt Julius wie früher die Krawatte ins Büro nach. Der Film ist auf eine oberflächliche Art amüsant, weil einmal die Konkurrenz unter Männern behandelt wird, was nicht allzu üblich ist. Normalerweise heißt es, die Konkurrenz unter Frauen sei so schrecklich, die unter Männern wird übersehen, weil die Regeln hier eingefahren sind. Aber ansonsten soll dem Betrachter auf nette Weise untergejubelt werden, der Unterschied zwischen einem FDP-Abteilungsleiter und einem grünen Illustrator bestehe einfach nur darin, daß dem einen der Aufstiegswillen nur beigebracht werden muß. Hoffentlich sehen die Grünen das nicht so. – (eve)



Institut für Demokratieforschung

Neokonservatismus: Auf der Suche nach "geistiger Führung"

"Heute ... fragt man trotz handgreiflicher Erfolge der Regierung Kohl/Genscher nach den sichtbaren Zeichen der Wende ... fragt man wieder nach geistiger Führung" (1), so Lothar Bossle, der Leiter des Instituts für Demokratieforschung (IfD) in Würzburg, in einem 1984 erschienenen Buch. Bossle, mitbeteiligt an der Erarbeitung des Grundsatzprogramms der CSU, war 1977 mit Polizeigewalt als Professor für Soziologie an der Uni Würzburg installiert worden. Vom SDS über Juso und CDU war er zur CSU gekommen. Er ist nicht nur praktisch Organisator reaktionärer Vereinigungen des Dunstkreises Strauß, Dregger, Löwenthal u.a., Verbindungsman zu Militärdiktaturen wie Chile, der griechischen Junta, sondern er soll mit seinem Institut auch die nötigen Strategien und Ideologien für die Aufrechterhaltung der Diktatur des Finanzkapitals ausschwitzen.

Gegenwärtig fahndet er danach, wie eine Volksgemeinschaft geschmiedet werden kann, die das Privateigentum hochhält, es mit brutaler Staatsgewalt absichert und das Ganze als die menschlichste aller Gesellschaften verkauft. Er findet die Lösung in der "Synthese zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Christlicher Soziallehre" unter dem Schlagwort "Ökonomischer Humanismus".

Musterbeispiele Sozialer Marktwirtschaft sind nach einem vom IfD 1980 durchgeföhrten Symposium die BRD und das Chile Pinochets (2). "Es läßt sich nicht länger verheimlichen, daß der Entfaltungstraum der Sozialen Marktwirtschaft nur in einem starken Staat vorhanden ist." Dankbar stellt dort der ehemalige Angehörige der faschistischen chilenischen Geheimpolizei Dina, Prof. Errazuriz, fest, daß Chile mit der verfassungsmäßigen Absicherung des Privateigentums und des Privatvermögens auf die BRD zurückgreifen konnte, wie mit der Einrichtung eines Verfassungsgerichts und Aufgaben entsprechend Art. 21 GG der BRD. Der Rechtsstaat ersetzt die Diktatur vom Schlag Hitlers.

Nun kommt der Marburger "Völkerkundler" Nachtigal und gibt "wissenschaftlich" die höhere Weihe: "Die soziale Marktwirtschaft ist die Urform der Wirtschaft des Menschen, seitdem der Mensch geworden ist" (2). Schon das Tier kennzeichnet mit Duftmarken sein Territorium, Privateigentum gibt es also von Natur aus, nur das Tier tauscht noch nicht. Durch den Tausch wird der geschicktere Jäger zwangsläufig zum reicheren, ja: "Wer mit Tieren Umgang hat – mit Katzen, Hunden oder Pferden –, weiß, daß es unter ihnen durchaus sowohl Dumme und Faule als auch Fleißige und Ehrgeizige gibt (2)."

Damit wären wir bei den Grundlagen des christlichen Abendlandes, das sich ganz auf den Menschen als Individuum beruft, jedem Kollektivismus abschwört und auffordert, sich damit abzufinden, daß es immer welche oben und welche unten geben muß. Natürlich sollten die Armen sozial betreut werden, aber nicht zuviel, denn so Nachtigal: "Das gefahrlose und vollständig durch ein sog. soziales Netz abgesicherte Leben läßt die natürlichen Anlagen des Menschen ... verkümmern" – frei nach Konrad Lorenz die "Verhausschweinung" des Menschen.

Die Kirche soll anders als unter Hitler eine hervorragende Rolle spielen, um die humane, der individuellen Natur des Menschen entsprechende Diktatur des Finanzkapitals aufrechtzuerhalten. Philosophen, Pädagogen und Theologen haben den Sozialismus lange genug herbeigeredet, be-

vor die SPD in die Regierung kam, jetzt muß ein Klima geschaffen werden, das die göttliche Soziale Marktwirtschaft auf ewig absichert. Staatssekretär Rosenbauer (CSU) nennt auf dem Symposium die möglichen aktiven Streiter unter Führung des Finanzkapitals: "Ein hoher Anteil selbständiger Existenz ist für eine gegliederte und ausgewogene Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsstruktur unseres Landes unerlässlich."

Quellenhinweis: (1) Lothar Bossle: Vom Sozialismus zum Ökonomischen Humanismus – Die Synthese zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Christlicher Soziallehre, München 1984; (2) Lothar Bossle, W. Goldberg (Hrsg.): Die Anwendbarkeit der sozialen Marktwirtschaft in Industriestaaten und Entwicklungsländern (Symposium), Würzburg 1980 – (dir)

desrepublik festmachen: Novellierung des HRG, Elitenpflege, Privatisierung. Daneben steht eher Subkutanes: Bildung informeller personeller Netzwerke, Kooperation über veränderte Personalpolitik, Umlenkung von Forschungsmitteln, Neuverteilung von Zeitschriftenraum, Redistribution wissenschaftlichen Lobs – kurz: die Veränderung der Kräfteverhältnisse. (Sie ist allerdings nicht durchgängig und geschieht nur, wenn es sich lohnt. Gibt es doch offenbar unpolitische Wissenschaften, also solche, die für das politische Geschäft nichts hergeben.)

*

II. Wir schlagen vor, sich mit dieser Entwicklung detailliert zu befassen. Sie ist nicht einzugrenzen auf das "traditionelle" oder "neue" (etwa "nationalrevolutionäre") faschistische Spektrum – doch bemerkenswert ist, wie groß die dortigen Bemühungen sind, sich – spezifische – Erkenntnisse der Wissenschaft politisch nutzbar zu machen: natürlich traditionell solche der Geschichts- und Politikwissenschaft oder Anthropologie, dabei oftmals zurückgreifend auf Kontinuitäten, die über das Jahr 1945 hinausreichen; seit längerem zu vermerken ist aber auch die Rezeption etwa der medizinischen und biologischen Wissenschaften, der Philosophie, der Ökologie, der Erziehungswissenschaften, der Naturwissenschaften insgesamt. Bemerkenswert aber auch ist das Muster wechselseitiger Offenheit und gegenseitigen Austauschs zwischen solchen politischen Richtungen und dem gemeinhin als rechtskonservativ bezeichneten Lager, also das Ausbilden ideologischer und wissenschaftlicher Gemeinsamkeiten, die sich zunehmend in – wenn auch häufig arbeitsteilig organisierten – institutionellen Verdichtungen materialisieren. Daher gilt es das Gesamtfeld auf seine kognitiven, ideologischen, sozialen und politischen Verschiebungen zu untersuchen: sich im Vorwahljahr eine Meinung darüber zu bilden, wie der Stand der Wende in ausgewählten Wissenschafts- und Ideologiesektoren ist, kann nur von Nutzen sein.

*

III. Auffällig ist, wie wenig diese Entwicklung bislang ins Blickfeld geraten ist. Nicht selten ist die Ansicht, es handle sich um marginale Veränderungen, wenn überhaupt. Manche glauben, ihre Wissenschaft gehe unberührt ihren Gang oder daß ein Begriff vom Gang ihrer Disziplin momentan nicht zu bilden sei. Ob dies zutrifft, wäre ein Thema. Viele freilich kümmert der politische Gang der Wissenschaften schon gar nicht mehr: Sie gehen auf in der Pflege staatlicher Studiengänge, ihrer örtlichen Bürgerinitiative, des sonnigen Winterurlaubs und zäher Promotion ihres wissenschaftlichen Werks, zu dem sie sich "nach zehn Jahren Politik endlich Zeit nehmen müssen". Derlei nützli-

Bund demokratischer Wissenschaftler

Aufarbeitung der Ideologie des Konservatismus

Der folgende Text umreißt die geplanten Arbeiten, die sich der Bund demokratischer Wissenschaftler vorgenommen hat und über die er auf einem Seminar im Juni dieses Jahres diskutieren will. Wir möchten diesen Arbeitsplan vorstellen und empfehlen Interessierten, die gerne mitarbeiten möchten oder Auskünfte haben möchten, sich selber mit dem Bund demokratischer Wissenschaftler in Verbindung zu setzen. Die Adresse, an die man sich wenden kann, ist in dem dokumentierten Text enthalten. – (anl)

*

Seminar "Neue Rechte und die Wissenschaft"

I. Vor allem beginnend mit den frühen 70er Jahren ist – auffällig in den USA, Frankreich und (auf besondere Weise) der BRD – ein Netzwerk konservativer, neu- und alterrechter wissenschafts- und ideologiepolitischer Institutionen (Stiftungen, Zeitschriften, Vereine etc.) entstanden, über das wissenschaftliche Expertisen für neokonservative, aber auch "neu-rechte" Politik mobilisiert und Veränderungen in den Wissenschaften initiiert und vorangetrieben werden. Stiftungen wie etwa die Carl-Friedrich-v.-Siemens-Stiftung, Thyssen-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Seidel-Stiftung, Dräger-Stiftung, Walter-Raymond-Stiftung, Deutschland-Stiftung; Zeitschriften wie "Criticon"; Einrichtungen wie das "Studien-Zentrum Weikersheim"; Vorhaben wie die Gründung einer "Akademie der Wissenschaften zu (West-)Berlin"; neue disziplinäre Konstellationen wie der Aufstieg der Geschichtswissenschaft zur konservativen Haupt- und Hofdisziplin; endlich Namen wie Kaltenbrunner, de Benoist, Krebs, Eysenck, Eichberg, Venohr, Willms, Mohler, Diwald, Hepp, Albach, Riedl, Lübbe, Rohrmoser oder Stürmer stehen hierzulande für eine solche Entwicklung, in der sich das Avancement neokonservativer Konzeptionen, eines "neuen Nationalismus", das Streben nach "nationaler Identität" und die Propagierung der Ungleichheit unter den Menschen zur Ausbildung einer Wissenschafts- und Ideologiepolitik verdichten, die eine neue Politisierung der Wissenschaften von rechts und eine neue, spektakuläre Verwissenschaftlichung der rechten Politik gleichermaßen anstrebt. Manifeste Ausläufer dieser Entwicklungen lassen sich in institutionellen Veränderungen des Wissenschaftssystems der Bun-



Minister Riesenhuber im Spacelab: Propaganda für deutsche Wissenschaft

che Konzentration auf die Wissenschaften geschieht dann unter Absehung der allgemeinen Verhältnisse, die sie reproduzieren. Doch gerade weil die Politiknähe der wissenschaftlichen Disziplinen und Spezialgebiete und ihre Autonomie ebenso wie die Reichweite und Zeithorizonte der Steuerungsinstrumentarien stark differieren, gibt es keine einfache Antwort auf die Frage nach Kontinuität und Bruch, Verstetigung und Wende in der Wissenschaftsentwicklung. Das Herangehen muß daher ein ganzes Bündel strategischer Disziplinen, Spezialgebiete und Diskursfelder umgreifen, damit zugleich ein Beitrag zur Analyse des Gesamtprozesses und der inneren Fronten, die er einschließt, geleistet werden kann. Denn wo dieser Anspruch auf ein Verständnis der Gesamtentwicklung der Wissenschaften aufgegeben wird, kann auch keine vernünftige, klare Schwerpunkte setzende Gegenstrategie zu den konservativen Ratschlägen ausgearbeitet werden, die Wissenschaft doch den Steuerungsmaximen freier Marktkonkurrenz zu unterstellen.

*

IV. Der Bund demokratischer Wissenschaftler hat sich in der Vergangenheit öfters in Form von Tagungen und Kongressen kritisch mit konservativen/rechten Entwicklungen innerhalb und außerhalb der Wissenschaften auseinandergesetzt. Beispiele sind etwa die Kongresse "Wissenschaftler analysieren Konzeption und Funktion von F.J. Strauß" am 27./28.6. 1980 in Bonn und "Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit" im Dezember 1983 in Frankfurt.

Wir möchten diese Tradition fortsetzen und auf einem Seminar im Juni 1986 fragen, wie im vierten Jahr der "Wende" das Verhältnis von Wissenschaft und Politik aussieht: Haben sich (die) Wissenschaften "gewendet", konservativ/rechtsgerichtete Politiken verwissenschaftlicht? Wie steht es um gegenläufige Tendenzen?

Obwohl vielerorts Verweise auf ideologische Wendungen in der US-amerikanischen und französischen Intelligenz gängig sind, sagen sie kaum Zwingendes aus über hiesige Orientierungen. Der Rückstand bei der Untersuchung dieser Tendenzen ist offenbar außerordentlich, die Beurteilungen differieren stark. Einzelne Wissenschaftler haben andererseits Pionierarbeit geleistet bei der Untersuchung disziplinärer Entwicklungen. Wir möchten ihre Arbeitsergebnisse gemeinsam diskutieren, zugleich anregen, im Laufe des nächsten halben Jahres ein Projekt aufzubauen, dessen erste Ergebnisse auf dem Seminar im Juni vorgestellt werden sollten.

Die Durchführung des Seminars verlangt eine unüblich intensive inhaltliche Vorbereitung im Laufe der nächsten Monate, die auch die Möglichkeit der Einarbeitung in bestimmte neue Themen einschließen sollte.

Zu seiner Vorbereitung hat sich eine kleine Arbeitsgruppe gebildet. Wir laden dazu ein, sich an ihrer Arbeit zu beteiligen. Die Arbeitsgruppe hat bei einem ersten Treffen in Marburg Ende Januar 1986 sich auf einige Punkte verständigt und bereits verschiedene Vorarbeiten hinter sich gebracht. Dazu im einzelnen:

*

1.) Die Veranstaltung soll grob in zwei Teile zerfallen: zu Beginn zunächst einleitende Beiträge, die drei Themen erörtern:

- Gleichheit und Ungleichheit
- "Nationale Identität" und "Neuer Nationalismus"
- Netzwerke

Diese – jeweils gut 30-minütigen Statements – sollen hinüberleiten in die Arbeit von Arbeitsgruppen, deren Tätigkeit freitags beginnen und – nur unterbrochen durch das einschlägige Ereignis des WM-Spiels Bundesrepublik Deutschland – Dänemark und eventuelle Folgehandlungen

auch den ganzen Samstagvormittag bis ca. 14 Uhr fortgeführt werden soll. Wir schlagen vor, diese Arbeitsgruppen – mit einer Ausnahme – nach Disziplinen (bzw. Disziplingruppen) zu gliedern:

- 1.) Philosophie
- 2.) Medizinische und biologische Wissenschaften sowie Ökologie
- 3.) Politik- und Geschichtswissenschaft
- 4.) Soziologie und Ökonomie
- 5.) Erziehungswissenschaften
- 6.) Sprach- und Literaturwissenschaften

Eine weitere Arbeitsgruppe soll exemplarisch Entwicklungen in einzelnen Ländern thematisieren

- 7.) USA, Frankreich

Die Bildung weiterer Arbeitsgruppen ist natürlich möglich; wir denken allerdings, daß die hier genannten den Bereich der "strategischen" Disziplinen abdecken. Denkbar wäre auch die Einrichtung einer gesonderten Arbeitsgruppe zur Bearbeitung spezieller Themen, z.B. Institutionen (etwa Stiftungen), Zeitschriften- oder Personenporträts.

*

2.) Insbesondere zum Bereich der "neuen" Rechten ist bereits eine – ebenfalls weitgehend disziplinär gegliederte Materialsammlung erstellt worden, die bereits 400 Kopien umfaßt. Außerdem wurde eine Literaturliste erstellt, die etwa 200 Titel umfaßt. Beide Materialen sollen soweit wie finanziell/zeitlich möglich zur Verfügung gestellt werden. Daher sind gute Voraussetzungen dafür gegeben, sich in relativ kurzer Zeit einzuarbeiten.

Gliederung des Materials:

1. Allgemeines (Angaben zu Institutionen, Personenkreis, politische Programmatik)
2. Philosophie
 - Erkenntnistheorie
 - Nominalismus
 - Ethik und Moral
 - Biologismus
 - Lebensphilosophie
 - "Gramsci von rechts"
3. Medizinische und biologische Wissenschaften/Ökologie
 - Verhaltensforschung
 - Genetik
 - Anthropologie
 - Demografie
 - Ökologie
4. Politik- und Geschichtswissenschaft
 - Ethnopolitik
 - Neuer Nationalismus
 - "Identität"
 - Deutschland- und Europapolitik/ Neokolonialismus
 - Geopolitik
 - Staats- und Rechtskonzeptionen
 - Carl-Schmitt-Renaissance
 - "Revision" des Geschichtsbildes
 - Griechisch-germanische Renaissance
 - "Historische Verhaltensforschung"
5. Soziologie und Ökonomie
 - Soziologie/Gesellschaftsbild
 - Elitentheorie
 - Frauenpolitik
6. Erziehungswissenschaften
 - Sprach- und Literaturwissenschaften

*

3.) Für Donnerstag, den 3.4. 1986 um 11.30 Uhr (bis ca. 17.00) laden wir zu einem Treffen aller Kollegen/innen ein, die sich an der Vorbereitung beteiligen wollen. Ort: Marburg, Politikwiss. Institut, Übungsräum II/III, Wilhelm-Röpke-Str. 6.



Der PAC-Vorsitzende Johnson P. Mlambo und der UNO-Vertreter des PAC Gora Ebrahim auf ihrer Informationsreise in der BRD. 1600 Menschen besuchten die Veranstaltungen in Hamburg, Dortmund, Stuttgart, München, auf

denen Genosse Mlambo sprach, und in Münster, Rendsburg, Göttingen, Schweinfurt, Regensburg, Graz (Österreich), Konstanz, Freiburg, Ulm und Frankfurt, auf denen Genosse Ebrahim sprach. Die Veranstaltungen haben dazu beigetra-

Rundreise des PAC in der BRD

"Wir kämpfen für eine Ordnung, deren Inhalt sozialistisch, deren Form demokratisch und die nicht rassistisch ist"

Die Rundreise des Vorsitzenden des PAC, Johnson P. Mlambo, und des Vertreters des PAC bei den Vereinten Nationen, Gora Ebrahim, in der BRD ist abgeschlossen. Die Unterstützung des PAC und des azanischen Befreiungskampfes muß fortgesetzt werden. Um die verschiedenen Initiativen, die sich zur Durchführung dieser Rundreise gebildet haben, bei der Fortsetzung ihrer Arbeit zu helfen, veröffentlichen wir im folgenden Auszüge aus der Rede

J. P. Mlambo: "Der bewaffnete Kampf ist die entscheidende Kampfform"

"Zuerst möchte ich den Initiatoren dieser Reise danken und den verschiedenen Gruppen und Initiativen, die es dem Pan Africanist Congress (PAC) möglich gemacht haben, hier bei Euch zu sein, so daß wir heute abend in der Lage sein werden, unsere Auffassungen über den gegenwärtigen Kampf in Azania auszutauschen ... Das weiße Siedler-Minderheitsregime, das unser Land beherrscht, geht zurück bis auf die Besetzung unseres Landes im Jahre 1652. Da kam die holländische Ost-Indien-Kompanie, um unser Land zu besetzen. Noch immer haben wir multinationale Konzerne, die Riesenprofite aus unserem Land ziehen. Bekanntlich streichen die multinationalen Konzerne überall Profite ein. Aber wegen der Apartheid streichen sie in Südafrika Superprofite ein.

Unser Volk hat das nicht ruhig hinnehmen. Es hat immer gekämpft. Aber es hatte schlechtere Waffen und wurde besiegt. Die letzte Schlacht unseres Volkes wurde 1906 ausgetragen. Sie wurde von Mbambata geführt. Bevor die Briten ihn hingerichtet haben, richtete er sich mit sehr wichtigen Worten an unser Volk. Er sagte: 'Was

wir auf dem Schlachtfeld verloren haben, kann nur auf dem Schlachtfeld wiedergewonnen werden' ...

Wofür kämpfen wir in Azania? Wir kämpfen für den vollständigen Sturz eines unterdrückerischen Systems. Wir kämpfen für die Errichtung einer besseren Ordnung, für eine neue soziale Ordnung, deren Inhalt sozialistisch ist, deren Form demokratisch ist, deren Charakter nicht rassistisch ist, die für die materiellen Interessen des ganzen Volkes, aller Leute eintritt. Jeder, der für die demokratische afrikanische Mehrheitsherrschaft eintritt und der eine Loyalität gegenüber Afrika zeigt, wird in dieser Gesellschaft als Afrikaner akzeptiert.

Es gibt Leute in unserem Land, die sich selbst einen 'Stamm Afrikas' nennen. Alles, was sie tun, zeigt jedoch, daß sie Fremde sind, daß sie Afrikas Feinde sind. Wenn wir ihnen sagen, daß sie dadurch Afrikaner werden müssen, daß sie sich mit den Interessen der Mehrheit identifizieren, dann weigern sie sich, das zu tun. Es gibt einen gewaltigen Interessenkonflikt. Wir wollen, daß Ihr dies versteht.

Es gibt in diesem Interessenkonflikt eine Gruppe, die ihre eigenen Interessen schützt, gegen die Interessen der Mehrheit, gegen die Interessen der

des Genossen Mlambo auf der Veranstaltung in Dortmund am 19.2. und des Genossen Gora Ebrahim in Münster am 17.2. sowie Antworten des Genossen Mlambo zum Verhältnis des PAC zum ANC und zur Bedeutung einer schwarzen Führung im azanischen Befreiungskampf. Reden und Antworten wurden von uns übersetzt, die Zwischenüberschriften von uns zur besseren Übersicht eingesetzt. —(rül, scc)

Produzenten des Reichtums, gegen die Interessen der Besitzer des Landes. Sie tun das, so behaupten sie, im Interesse der westlichen Zivilisation. Dies müßt ihr verstehen. Ist es zuviel verlangt, ihnen zu sagen, daß sie Afrikaner werden sollen?

1960: PAC-Kampagne gegen die Paßgesetze

Der PAC hat deshalb eine friedliche Kampagne durchgeführt, damit unser Volk versteht, welche Macht es in den Händen hat ... Unser Volk hatte sich die Auffassung zu eigen gemacht, daß es unterlegen sei, daß es schlechter sei als die Weißen in unserem Land. Deswegen kämpften wir zunächst einmal und in erster Linie um die Befreiung unseres Bewußtseins. Mangaleso Robert Sobukwe, der Gründer und erste Präsident des PAC, sagte, wenn wir erst einmal unser Bewußtsein befreit haben, werden wir auch physisch befreit sein ... Vor 1960 sind viele Afrikaner gestorben bei dem Versuch, ihre Paßbücher zu retten, diese Paßbücher, die eine Kette der Sklaverei für die Afrikaner sind. Der Paß war im Laufe der Jahrhunderte wichtiger geworden als der Afrikaner, der diesen Paß trug. Deswegen starben viele, die versucht hatten, ihre Pässe zu retten ...



gen, das Verständnis für die politischen Ziele des Pan Africanist Congress und die Aufgaben des azanischen Befreiungskampfes zu verbessern. Allein auf den Veranstaltungen wurden ca. 17000 DM gespendet zur Unterstützung der

Aber wegen dieser guten Revolution waren wir am 21. März 1960 in der Lage, unsere Pässe bewußt zu Hause zu lassen, zu den Polizeistationen zu gehen und uns selbst zu stellen. Die Polizisten, in diesem Fall die Katzen, waren auf einmal überrascht, daß sie von den Ratten und Mäusen belagert wurden. Die Industrie stand still, weil es keine Arbeiter gab, die an den Maschinen arbeiteten. Es gab eine Panik und ein Massaker. Dieses Massaker wurde an Leuten begangen, die sehr friedlich für die Abschaffung der Paßgesetze eintraten, die für die Forderung 'One man, one vote', für das allgemeine Stimmrecht, eintraten und für einen Grundlohn, einen Mindestlohn für jeden Arbeiter in unserem Land. Natürlich gab es weltweite Unterstützung für unseren Kampf und wurde weltweit die Apartheid verurteilt.

... Im März 1960 wurde der gerade elf Monate alte PAC verboten. 1963 waren viele Mitglieder des PAC eingesperrt. Sie waren politische Gefangene. Die ersten politischen Gefangenen, die im rassistischen Südafrika zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurden, waren Mitglieder des PAC. John Nkosi war erst 18 Jahre alt, als er 1963 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Ich selbst verbüßte 20 Jahre Gefängnis auf Robben Island und bin 1983 entlassen worden. Jafta Mesula ist ebenfalls auf Robben Island, zu lebenslanger Haft verurteilt ...

1976: Der Aufstand von Soweto und der PAC

Der PAC verfolgt, was man allgemein den azanischen, afrikanistischen Trend von politischen Ideen in unserem Land nennt. Dieser Trend hat eine bedeutende Rolle an den verschiedenen historischen Wendepunkten der letzten 27 Jahre gespielt ... In den 60er Jahren war diese Tendenz dafür verantwortlich, daß sich eine breite

Phalanx von Black-Consciousness-Organisationen, Organisationen des schwarzen Bewußtseins, im ganzen Land bildete. 1977 wurden viele von diesen Organisationen vom rassistischen Regime verboten.

Ihr wißt auch, daß nach dem Soweto-Aufstand von 1976 führende Mitglieder des PAC und der Black-Consciousness-Bewegung angeklagt und in Bethal heimlich abgeurteilt wurden. Gen. Mothopeng, ein führender Genosse im Land, verbüßt gerade eine 30jährige Gefängnisstrafe, weil er nach Ansicht des Richters führend an dem Aufstand beteiligt war ...

In der 1960er Kampagne von Sharpeville haben wir die Furcht davor gebrochen, die Gesetze des Unterdrückers zu brechen. 1976 haben wir die Furcht vor dem Gewehr verloren. Das sind sehr starke Waffen, die dem unterdrückten Volk gegeben wurden. Deswegen sind seitdem die Unterdrückten in eine dauernde Auseinandersetzung mit dem Regime verwickelt.

Es gibt noch eine weitere Waffe. Das ist die Waffe der Verweigerung jeder Kollaboration, der Verweigerung jeder Zusammenarbeit mit den Unterdrückern. Am 12. Dezember 1985 wurden acht azanische Patrioten von einem rassistischen Gericht in Pretoria verurteilt, sechs von ihnen zum Tode. Ihnen wird vorgeworfen, den stellvertretenden Bürgermeister von Sharpeville zu Beginn der gegenwärtigen Welle von Unruhen getötet zu haben. Eine von ihnen ist eine 24-jährige Frau, Theresa Ramashamula. Sie ist die erste Frau in unserem Land, die wegen einer politischen Tat zum Tode verurteilt wurde ...

"Ich appelliere an Euch, die Kampfkraft unseres Volkes zu verstärken"

Auf Grund dieser Beobachtungen haben wir vom PAC erklärt, daß die 80er

Informationstätigkeit des PAC, zusammen mit etlichen Einzelspenden bisher über 20000 DM. Wer noch spenden will, sollte dies schnell tun. Spendenkonto: R. Lötzer, BfG Köln, Nr. 21 54 424600 (BLZ 370 101 11)

Jahre die Dekade der Revolution in Azania sein werden. Wir unterstützen alle Formen des Kampfes, wir glauben, daß die verschiedensten Formen des politischen Massenkampfes im Lande der Unterstützung der entscheidenden Form des Kampfes dienen, und das ist der bewaffnete Kampf.

... Wir sehen uns der schwierigen Situation gegenüber, daß die weiße Vorherrschaft durch das Schwert errichtet wurde und durch das Schwert erhalten wird. Deshalb muß der bewaffnete Kampf die entscheidende Form des Kampfes sein.

Ich bin hier, um an Euch zu appellieren, die Kampfkraft unseres Volkes zu verstärken. Der PAC gibt nicht vor, der Befreier unseres Volkes zu sein. Aber der PAC ist der festen Überzeugung, daß er ein Katalysator ist, der zusammen mit unserem Volk die Fähigkeit hat, unser Volk zu befreien. Wir sind von der Strategie des Volkskrieges überzeugt. Fünf unserer Genossen wurden vor kurzem zu Gefängnisstrafen unterschiedlicher Dauer verurteilt, weil sie Waffen in das Land gebracht und Leute rekrutiert hatten. Die Bewaffnung unseres Volkes und die Ausbildung, um diese Waffen zu benutzen, ist eine ungeheuer wichtige Sache, eine Priorität, weil wir täglich sehen, wie die Leute sich mit Steinen und mit Backsteinen mit der am besten ausgerüsteten Armee des afrikanischen Kontinents auseinandersetzen müssen. Ich bitte Euch also, die Kampfkraft unseres Volkes zu erhöhen ...

Wir appellieren an Euch, Druck auf Eure Regierung auszuüben, damit sie nicht länger gegen ökonomische Sanktionen gegen Südafrika eintritt. Wenn Ihr meint, das sei zu wenig für Euch, dann bitten wir Euch, den bewaffneten Kampf in unserem Land zu unterstützen.

Wir fordern Euch auf, auf die Ban-

ken Druck auszuüben, damit sie keinerlei Darlehen an das rassistische Regime ausgeben. Wir fordern Euch auf, dafür zu sorgen, daß die westdeutschen Firmen ihre Niederlassungen in Südafrika schließen...

Wir haben viele Flüchtlinge, die Azania verlassen haben und im Exil, weit entfernt von ihrer Heimat, leben. Wir brauchen so viel, um ihre Kampfkraft zu stärken. Sie brauchen so viel, um zu überleben, um die Malaria zu überstehen. Sie brauchen in ihren Flüchtlingslagern ganz einfache Dinge, um überhaupt arbeiten zu können, wie Gummistiefel oder Regenkleidung usw. Und wie die Veranstalter dieser Reise bereits angedeutet haben, sind sie dabei, Geld zu sammeln, um uns bei der Nachrichtenübermittlung zu helfen. Wir fordern Euch auf, alle diese Initiativen zu unterstützen ... Und ich bitte Euch, den Fall der sechs azanischen Patrioten aufzunehmen, die zum Tode verurteilt wurden. Laßt nicht zu, daß das Rassistenregime sie hängt! ... Das sind einige Initiativen. Es gibt andere, wie zum Beispiel, dafür zu sorgen, daß Westdeutschland seine Rolle bei der Bewaffnung des Regimes nicht weiter spielt. Wir fordern Euch auf, diese Initiativen zu unterstützen."

Zum ANC: "Wenn wir gemeinsam kämpfen, wird der Kampf nicht lange dauern"

"Unter den zahlreichen politischen Strömungen des Befreiungskampfes gibt es im besetzten Azania zwei hauptsächliche, dominierende Strömungen. Die eine dieser beiden Strömungen ist die azanische oder afrikanistische Strömung, für die der PAC steht. Die andere Strömung ist bekannt als die 'Charta-Strömung' und wird von denen vertreten, die sich auf die Freiheits-Charta berufen. Die afrikanistische oder azanische Strömung geht zurück auf die Jahre 1943 und 1944, als die Jugendliga, der Jugendverband des Afrikanischen Nationalkongress ANC, gegründet wurde. Diese Kräfte untersuchten die Geschichte der Befreiungskämpfe in unserem Land seit 1912. Diese Kräfte kamen zu dem Ergebnis, daß ein Programm für den nationalen Befreiungskampf fehlt. Sie arbeiteten ein Programm aus, das zuerst von der Jugendliga angenommen wurde und dann auf dem Jahrestag des ANC in Bloemfontein 1949 verabschiedet wurde.

Eine der Säulen dieses Programms ist die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für die afrikanischen Massen in Azania. In diesem Programm ist auch der Grundsatz festgehalten, daß mit den Institutionen des Unterdrückers nicht zusammengearbeitet werden soll. Dieses Programm entwickelte den revolutionären Afrikanismus als sein Ziel.

Dieses Programm wurde zum ersten

Mal im Jahre 1952 getestet, als die Boykottkampagne gegen die ungerechten Paßgesetze gestartet wurde. Dieses Programm war so erfolgreich, daß die Mitgliederzahl des ANC von 7000 auf 100000 anstieg. Dann aber traten unsere Unterstützer, die Liberalen, an uns heran und entwickelten ihrerseits ein neues Programm, das dieses Programm und diesen Fortschritt beeinträchtigte. Dadurch entstand eine neue Lage, in der behauptet wurde, daß das Land nicht dem afrikanischen Volk gehöre, daß das Land sowohl den Unterdrückern als auch den Unterdrückten, sowohl den Ausbeutern als auch den Ausgebeuteten gehören solle.

Im Jahre 1928 hatte die Kommunistische Internationale ein Programm entwickelt, das für die Kommunistische Partei in Südafrika das Ziel formulierte, für eine schwarze Republik zu kämpfen. Die weiße Führung der KP Südafrikas kämpfte gegen dieses Programm, während die schwarzen Mitglieder für dieses Programm kämpften. Das Aktionsprogramm von 1949 war ein Programm, das in einer Linie stand mit dem Programm der KI von 1928 ...

Der PAC sagt, ja, wir kämpfen gegen die Apartheid, aber die Apartheid wurde erst 1949 errichtet. Die weiße Herrschaft dagegen geht bis auf 1652 zurück. Unser Kampf ist nicht nur ein Kampf für Bürgerrechte, sondern er ist ein Kampf für Selbstbestimmung. Diejenigen, die unseren Kampf unterstützen, müssen sich mit den Interessen der unterdrückten Mehrheit identifizieren. Sie müssen unser Programm nicht verwässern. Sie müssen nicht über die Widersprüche hinweghuschen. Der PAC entstand, als dieses dynamische Programm beseitigt wurde und als es galt, dieses Programm zu verteidigen.

G. Ebrahim: "Unser Volk ist organisierter, politisierter und entschlossener als je"

"Apartheid basiert auf dem Raub des Landes"

"... Der Kampf in Azania begann am gleichen Tag, als die Kolonialisierung dieses Landes begann. Wenn Ihr die Geschichte Südafrikas studiert, werdet Ihr feststellen, daß das eingeborene Volk eine Serie von Widerstandskriegen geführt haben, beginnend mit dem Jahr 1652 bis ins Jahr 1902, als das ganze Südafrika unter britische koloniale Herrschaft kam. Im Jahr 1906 kämpfte das eingeborene Volk seinen letzten Widerstandskrieg, der in der Geschichte bekannt wurde als der Aufstand unter Mbambata. Mbambata wurde von den britischen Kommandos geköpft. Aber er hinterließ unserem Volk einen großen Nachlaß. Er sagte, was auf dem Schlachtfeld verloren worden sei, könne auch nur auf dem Schlachtfeld zurückgewon-

nen werden. Wir haben viel gemeinsam mit dem ANC, insoweit, wie wir beide gegen das Apartheidregime kämpfen ... Wir vom PAC reden prinzipiell nicht gerne in der Öffentlichkeit über unsere internen Differenzen, weil wir die Einheit in positiven Aktionen anstreben ... Ich möchte feststellen, daß wir vom PAC ein Interesse an einer Einheitsfront mit all den Kräften haben, die Widersprüche zu dem rassistischen Regime haben ... Der PAC kann alleine kämpfen, und er kann das sehr lange. Der ANC kann auch allein kämpfen, und er kann das sehr lange. Wenn wir aber gemeinsam kämpfen, wird der Kampf nicht lange dauern."

Rolle der Schwarzen und Weißen im Befreiungskampf

"Das Regime, die weiße Vorherrschaft verteilt verschiedene materielle Vorteile an die verschiedenen Teile der Bevölkerung. Manchmal beschleunigen einige dieser materiellen Vorteile den Prozeß des Befreiungskampfes. Manchmal aber mußten wir die unglückliche Erfahrung machen, daß Leute, die den revolutionären Afrikanismus fürchten, versuchen, Gegengewichte zu schaffen, die dazu führen, daß der Status quo mehr oder weniger aufrechterhalten bleibt, wenn auch reformiert. Deswegen bestehen wir auf afrikanischer Führung. Deswegen sagen wir, wir sind eine nicht-rassistische Organisation, wir wollen eine nicht-rassistische Gesellschaft errichten. Aber auf dem Marsch zu diesem Ziel wollen wir, daß diejenigen, die den weitesten Weg haben, den Kampf führen müssen. Der am meisten unterdrückte Teil des Volkes muß den Kampf führen. Es ist die Pflicht der anderen, sich diesem Kampf anzuschließen und die Forderungen zu unterstützen, die von den Unterdrückten selbst entwickelt werden."

nen werden. Dieser Aufstand unter Mbambata zwang die britische Regierung, eine Vereinigung der beiden Siedlergruppen, der englisch-sprechenden und der Afrikaans-sprechenden Gruppe, zu versuchen, um so der Drohung zu begegnen, die aus dem Widerstand des eingeborenen Volkes entstanden war. Der einzige Weg, auf dem die Briten die englisch-sprechenden Siedler und die burischen Siedler vereinen konnten, bestand darin, den burischen Siedlern eine gewisse Form von Unabhängigkeit in Gestalt einer Regierung anzubieten. Das ist der Grund, warum das britische Parlament im Jahre 1909 das Gesetz über die 'Union Südafrika' verabschiedete ... Diese Verfassung ignoriert das schwarze Volk Azanias vollständig. Die einzige Form, die ihm gegeben wurde, um seine Stimme zu erheben, waren sechs Sitze im neuen Parla-

ment, vorausgesetzt, daß diese Sitze von Weißen eingenommen wurden, die Schwarze vertreten.

... Das erste größere Gesetz, das dieses neue Parlament 1913 verabschiedete, ist bekannt als das 'Landesgesetz'. Das vollständig weiße Parlament entschied, daß 87,3% des Landes den Weißen gehören sollten und die verbleibenden 12,7% als 'Stammesland' gelten sollten. Es überrascht deshalb nicht, daß das rassistische südafrikanische Regime, insbesondere die Nationalpartei, die 1948 zur Macht kam, diese Apartheidspolitik aufgriff, die auf dieser Teilung des Landes beruht.

Ich denke, Ihr alle kennt die sogenannte Bantustanpolitik des südafrikanischen Regimes. Ihr Ziel ist, Stammes-Homelands zu errichten auf diesen 12,3% des Landes. Der PAC besteht demgegenüber darauf, daß der Kampf in Südafrika nicht um Bürgerrechte geführt wird. Unser Kampf ist ein Kampf für nationale Befreiung und Selbstbestimmung. Denn das vollständige Konzept der Apartheid basiert auf dem Raub des Landes, wie er mit dem Landesgesetz von 1913 in Kraft gesetzt wurde.

Dies ist der eine Aspekt unseres Kampfes. Der zweite wichtige Aspekt ist, daß mit dem Machtantritt der Nationalpartei im Jahr 1948 eine qualitative Änderung in unserem Land eingetreten war, daß eine pronazistische, faschistische Partei in Südafrika an die Macht gekommen war. Diese Partei basiert auf der Anwendung reaktionärster Gewalt. Jede ernsthafte Befreiungsbewegung muß diese Änderung beachten und Methoden entwickeln, die diese Veränderung berücksichtigen...

Apartheid kann nicht reformiert werden

Der PAC hat beständig betont, daß Apartheid nicht reformiert werden kann. Gleichgültig, ob man Apartheid als eine Form des Rassismus, als einen Aspekt des Kolonialismus oder als ein rassisches Vorurteil ansieht, es gibt nicht auf der einen Seite guten Kolonialismus und auf der anderen Seite schlechten, guten und schlechten Rassismus, ein gutes und ein schlechtes rassisches Vorurteil...

Wenn Ihr den Aufstand von Soweto sorgfältig studiert, werden ihr finden, daß er seine eigenen interessanten Charakteristika hatte. Er mobilisierte und politisierte unser Volk in nationalem Umfang. In einigen Kreisen wurde behauptet, der Aufstand von Soweto sei spontan gewesen. Ihr werdet Euch daran erinnern, daß am 16. Juni dieses Jahres der 10. Jahrestag des Aufstands von Soweto ist. Es gibt keine spontanen Aufstände über zehn Jahre hinweg.

Das Regime selbst klagte den Pan Africanist Congress und die Black-Consciousness (Schwarze Bewußt-

seins)-Bewegungen wegen des Aufstands von Soweto in dem sogenannten "Geheimprozeß gegen die 18 von Bethal" 1977 förmlich an. Unser alter Führer innerhalb des Landes, Genosse Zephania Mothopeng, wurde im Alter von 69 Jahren zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Er ist nun das vierte Mal ins Gefängnis gesperrt. Er ist immer noch auf Robben Island. Im letzten Jahr bot ihm das Regime eine sogenannte Amnestie an, wenn er sich von Gewalt lossage. Er antwortete dem Regime, der verbrecherische Terrorist und Gewalttäter im Südafrika der Apartheid sei das Regime selbst.

Wenn ihr die grundlegenden Dokumente des PAC studiert, werdet ihr sehen, daß wir von Anfang an darauf bestanden, daß es bestimmte sehr fundamentale Vorbedingungen gibt, die notwendig sind für den nationalen Befreiungskampf. Eine davon ist die geistige Befreiung des Volkes; das Vertrauen des Volkes, daß wir unsere eigenen Befreier sind; die Politik der



Der Gründungsvorsitzende des PAC, Mangaliso R. Sobukwe (1925–1978)

Verweigerung jeder Kollaboration mit allen Institutionen des Regimes; daß der bewaffnete Kampf die grundlegende Form des Kampfes sein muß.

Ein Stinktier kam nach Europa ...

Laßt uns nun zu den Ereignissen im Land in den letzten 17 Monaten kommen. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß diesen Ereignissen ein Besuch von P. W. Botha bei verschiedenen westlichen Staaten voranging, eingeschlossen bei der BRD. Als ich diese Angelegenheit gegenüber dem Vertreter der Bundesregierung bei den Vereinten Nationen ansprach, wie sie P. W. Botha zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland einladen können, wo die Bundesrepublik sich zu Anti-Nazismus verpflichtet hat, sagte er, daß die Einladung in die Bundesrepublik nicht bedeutet habe, daß sie die Apartheid unterstützen. Sie hätten ihn vielmehr eingeladen, um ihm zu

sagen, daß sie die Apartheid nicht mögen. Ich antwortete ihm daraufhin, daß wir vom PAC und unser Volk entschieden darauf beharren, daß es keinerlei Notwendigkeit gibt, ein politisches Stinktier nach Europa einzuladen, einfach um ihm zu sagen, daß es stinkt.

Unmittelbar nach seine Rückkehr von dieser Reise begann das Regime Botha mit der Einführung der sogenannten großen Reform einer neuen Verfassung ...

Aktuelle Entwicklung des Befreiungskampfes

Am selben Tag, an dem diese neue Verfassung in Kraft gesetzt wurde, das war am 4. September 1984, begannen die gegenwärtigen Aufstände. Unser Volk hat diese neue Verfassung zurückgewiesen. Unser Volk hat die Stadträte zurückgewiesen, die von dem Regime benutzt wurden, um die Townships verwaltungsmäßig zu kontrollieren. Diejenigen, die in diesen Stadträten mitwirkten, wurden von unserem Volk aufgefordert, zurückzutreten, andernfalls würden sie direkt körperlich angegriffen. Heute muß das Regime selbst einräumen, daß es nicht mehr in der Lage ist, Stadträte zu rekrutieren, um diese außer Funktion gesetzten Stadträte wieder zum Leben zu erwecken. Unser Volk hat die Infrastruktur des Regimes zur Informationsbeschaffung innerhalb der Townships durch den direkten Angriff auf Kollaboratoren und Polizeispitzel wirksam zerstört. Heute leben schwarze Polizisten in Zelten außerhalb der Polizeistationen. Sie können nicht in die Townships gehen. Heute produziert sich unser Volk seine eigenen Molotowcocktails und andere Instrumente zur Selbstverteidigung. Täglich stößt unser Volk mit dem Regime zusammen, nicht nur in einem Gebiet, sondern in allen Zentren des Landes.

Bevor ich damit fortfahre, was wir heute tun müssen, möchte ich kurz hinzufügen, daß das Regime versucht hat, den Eindruck zu verbreiten, daß der Kampf kein innerer Kampf ist, sondern von Moskau aus über die benachbarten Staaten eingeführt wurde. Es eröffnete deshalb eine Serie von destabilisierenden Aktionen, wirtschaftliche Blockaden und militärische terroristische Aktionen gegen die benachbarten Frontline-Staaten. Wir müssen zugeben, daß das Regime mit dieser Politik einige Erfolge erzielt hat. Es zwang Mosambik zu dem Abkommen von Nkomati, obwohl es dieses Abkommen selbst nicht einhält. Es zwang Swasiland zur Unterzeichnung eines Geheimabkommens, erst im letzten Monat stürzte es die Regierung von Lesotho. Es führt im Augenblick Krieg gegen Botswana und Zimbabwe. Es hat sich geweigert, Namibia zu verlassen, obwohl seine Anwesenheit dort von der internationa-

Antirassismus und Afrikanismus

Die Kritik der Afrikanisten im ANC an der 1956 verabschiedeten Freiheits-Charta (1) führte 1959 zur Gründung des PAC. Auf der Gründungsversammlung erklärte der erste Vorsitzende des PAC, Mangaliso R. Sobukwe:

"Gegen das multirassische Konzept (der Freiheitscharta – Red.) haben wir einzuwenden, daß die Geschichte Südafrikas Gruppenvorteile und Antagonismen gefördert hat; wenn wir dieselbe Gruppen-Exklusivität aufrechterhalten unter dem Banner des multirassischen Konzepts, werden wir diese Antagonismen und Konflikte in das neue Afrika hinaübertragen. Ferner leistet das multirassische Konzept der europäischen Bigotterie und Arroganz Vorschub: es ist eine Methode, um europäische Interessen ungeachtet der Bevölkerungszahlen abzusichern ... Für uns beinhaltet das multirassische Konzept, daß es so grundlegende unüberbrückbare Differenzen zwischen den einzelnen nationalen Gruppen gibt, daß der beste Kurs darin liegt, sie in einer Art demokratischer Apartheid permanent unterscheidbar zu halten. Für uns ist das ein multipliziertes Rassenkonzept ... Politisch treten wir für eine afrikanische Regierung für Afrikaner durch Afrikaner ein; jedermann, dessen Loyalität ausschließlich Afrika gilt und der die demokratische Herrschaft der afrikanischen Mehrheit akzeptiert, wird als Afrikaner angesehen." "Es ist unsere Überzeugung, daß es die große Masse der Analphabeten und halb-lese- und -schreibkundigen Afrikaner ist, die Eckstein, Schlüssel und Lebenszentrum des

Kampfes um Demokratie ist. Daraus ziehen wir den logischen Schluß, daß Hauptaufgabe der Befreiung die Mobilisierung und Konsolidierung der Massen ist." (1)

Johnson Mlambo betonte mehrfach die politische Bedeutung des Aktionsprogramms der ANC-Jugendliga für die Entwicklung des Befreiungskampfes und die Gründung des PAC. Das Aktionsprogramm, das das Prinzip des Afrikanismus herausarbeitet, wurde 1949 vom ANC übernommen. Im folgenden wichtige Auszüge:

"Die grundlegenden Prinzipien des Aktionsprogramms des African National Congress werden von dem Wunsch nach nationaler Freiheit genährt. Unter nationaler Freiheit verstehen wir die Freiheit von weißer Vorherrschaft und die Erlangung politischer Unabhängigkeit. Dies bedeutet gleichzeitig die Ablehnung der Konzepte von Rassentrennung, Apartheid, Treuhänderschaft oder weißer Führung – hinter denen jedesmal ... die Idee weißer Herrschaft oder Beherrschung der Schwarzen durch die Weißen steht. Wie alle anderen Völker beansprucht das afrikanische Volk das Recht auf Selbstbestimmung.

Angesichts dieses Ziels und im Lichte dieser Prinzipien fordern wir die politischen Rechte ..., als da sind:

1) das Recht auf direkte Repräsentation in allen regierenden Körperschaften des Landes – auf nationaler, Provinz- und lokaler Ebene. Wir beschließen, für die Abschaffung aller davon abweichenden Institutionen oder Körperschaften zu arbeiten, die eigens für Afrikaner geschaffen wurden...

3) Ernennung eines Aktionsrates ... (Ihm) sollte es obliegen, unseren Entschluß durchzuführen, nach dem wir folgendes anstreben:

a) die Abschaffung aller Sonderinstitutionen, die wir boykottieren wollen; eine Kampagne zur Aufklärung unseres Volkes über dieses Thema und zusätzlich die Anwendung folgender Waffen: sofortiger und aktiver Boykott, Streik, passiver Widerstand, Verweigerung der Kooperation und ähnliche Mittel, die die Erfüllung und Verwirklichung unserer Ziele herbeiführen können.

b) Vorbereitung und Pläne für einen Tag der landesweiten Arbeitsniederlegung zum Zeichen des Protests gegen die reaktionäre Politik der Regierung.

4) Wirtschaft. a) Schaffung von Handels-, Industrie-, Transport- und anderen Unternehmen in städtischen und ländlichen Gebieten. b) Stärkung der Organisation der Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz, um die Hebung ihres Lebensstandards zu erreichen ...

5) Erziehung. An den African National Congress soll die Anweisung ergehen, Wege und Mittel zu schaffen für a) die Hebung des Lebensstandards der Afrikaner in kommerziellen, industriellen und anderen Unternehmen sowie der Arbeiter in ihren Organisationen, und zwar durch Schaffung eines gemeinschaftlichen Erziehungszentrums, in dem Intellektuelle, Bauern und Arbeiter zum Wohl der Gemeinschaft teilhaben; b) Errichtung nationaler Erziehungszentren zur Ausbildung und Erziehung der afrikanischen Jugend...

7) Der Congress kommt zu der Erkenntnis, daß das Volk letztlich durch fähige Führer, unter dem Banner des afrikanischen Nationalismus und mit Mut und Entschlossenheit vereint wird." (1)

(1) siehe issa, Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung

len Gemeinschaft als illegal verurteilt wurde. Zusammen mit den USA unterstützt es Savimbi im südlichen Angola.

Die Politik des südafrikanischen Regimes besteht darin, die Lage in Südafrika zu einem Ost-West-Konflikt zu machen und dann als die beste Bastion der westlichen Imperialisten gegen den Kommunismus in dieser Region zu posieren. Es ist kein Geheimnis, daß die westlichen Mächte dem südafrikanischen Regime insgeheim für die bedeutende Rolle, die es in diesem Teil der Welt spielt, gratulieren.

Aber diese offensichtlichen Siege, die das Regime gegen wirtschaftlich schwache Nachbarn, gegen militärisch schwache Nachbarn erzielen konnte, sind durch die Entwicklung im Inneren Südafrikas übertroffen worden. Die Unfähigkeit des Regimes, die Lage innerhalb Südafrikas unter Kontrolle zu halten, zwingt die westlichen Staaten dazu, wenigstens internatio-

nal und öffentlich gegen Südafrika Stellung zu nehmen ...

"Wir haben nur eine Aufgabe: unser Volk zu bewaffnen"

Im Lichte dieser Entwicklung: Was ist die Aufgabe der nationalen Befreiungsbewegung? Wir haben nur eine Aufgabe, und diese besteht darin, unser Volk zu bewaffnen. Das ist das Programm des Pan Africanist Congress. Ihr werdet verstehen, daß wir dies hier nicht im Einzelnen diskutieren können, aber ich möchte Eure Aufmerksamkeit darauf lenken, daß am 12. Dezember 1985 fünf Mitglieder des Pan Africanist Congress wegen der Einfuhr von Waffen und Ausrüstungen und ihrer Verteilung unter die Leute angeklagt und verurteilt wurden.

Ich denke, jeder Student der Politischen Wissenschaft wird mir zustimmen, daß kein Regime auf seine letzte Waffe, das Gewehr, zurückgreifen

will. Das rassistische südafrikanische Regime ist in eine Situation gebracht, wo sie nun zu ihrer letzten Waffe, zum Gewehr greifen. Wie Ihr sehen könnt, haben sie weder ein Programm, um mit der Situation fertig zu werden, noch haben sie die Mittel, um die Lage im Land unter Kontrolle halten zu können. In den Jahren 1984 und 1985 haben die unterdrückten und ausgebeuteten Massen ihre Toten beerdigten. Aber seit Ende letzten Jahres und Anfang dieses Jahres hatten auch die Unterdrücker ihre Toten zu beerdigen.

Ich kann sagen, daß unser Volk im Jahr 1986 organisierter, politisierter und sehr viel entschlossener ist als jemals zuvor. Dies ist der Grund, weshalb der PAC am Anfang dieses Jahrzehnts die 80er Jahre zum Jahrzehnt der Azanischen Revolution erklärt hat. Wir sind zuversichtlich, daß wir diese Verabredung mit der Geschichte einhalten werden."

Die Vollstreckung der sechs Todesurteile muß verhindert werden!

Im folgenden veröffentlichen wir Erklärungen von UNO, OAU und Blockfreien-Bewegung gegen sechs Todesurteile und mehrere lange Haftstrafen gegen azanische Befreiungskämpfer. Auch die Solidaritätsbewegung in der BRD muß gegen die Todesurteile und Haftstrafen vorgehen, gerade weil die BRD das Rassistenregime und seine Verbrechen deckt und fördert. Die Adressaten von Aktionen hier sind deshalb v.a. die Bundesregierung und die in Südafrika tätigen deutschen Firmen.

Anti-Apartheid-Komitee der UNO vom 20.12.85:

"... Das Sonder-Komitee gegen Apartheid verurteilt scharf das rassistische Regime von Südafrika, das sechs südafrikanische Patrioten am 12. Dezember 1985 durch ein Gericht in Pretoria zum Tode verurteilte wegen angeblicher Ermordung des sogenannten stellvertretenden Bürgermeisters des afrikanischen Townships Sharpeville. Dasselbe Gericht verurteilte zwei andere Patrioten für dasselbe angebliche Verbrechen zu jeweils acht Jahren Gefängnis. Die acht Patrioten wurden 15 Monate lang ohne Verbindung zur Außenwelt gefangengehalten, ihnen wurde die Freilassung gegen Kaution verweigert, und sie wurden schweren Folterungen unterworfen.

Das angebliche Verbrechen fand statt zu Beginn der gegenwärtigen Aufstände, die an dem Tag vom Vaal-Dreieck ihren Ausgang nahmen, an dem das rassistische Regime die sog. neue Verfassung in Kraft setzte. Zusätzlich zu den Todesurteilen gegen die sechs Patrioten hat das Regime seit September 1984 nahezu 1000 Afrikaner ermordet.

Ebenfalls am 12. Dezember verurteilte das Rassistenregime fünf Leute, denen Mitgliedschaft im Pan Africanist Congress of Azania (PAC) vorgeworfen wird, zu einer Gesamtstrafe von 33 Jahren wegen 'Unterstützung der Ziele und Auffassungen des PAC und Lieferung von Waffen und Ausrüstung an das Volk'. Zwei der Verurteilten befinden sich aufgrund der Verletzungen, die ihnen durch die Sicherheitspolizei zugefügt wurden, in kritischem Zustand. Jan Shoba hat als Folge von Folterung Blutgerinsel und wurde in Abwesenheit verurteilt. Michael Gqamana hat zwei gebrochene Rippen und andere innere Verletzungen.

Das Sonder-Komitee gegen Apartheid appelliert an die internationale Gemeinschaft, die gegen diese Patrioten verhängten Urteile aufs Heftigste anzuprangern und zu fordern,

dass die Todesurteile unverzüglich zurückgenommen werden. Weiterhin sollte die internationale Gemeinschaft die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen im Apartheid-Südafrika, einschließlich Nelson Mandelas und Zephania Mothopengs, sowie die Verhängung umfassender und verbindlicher Sanktionen gegen das Apartheid-Regime sicherstellen."

*
Exekutiv-Sekretariat der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vom 20.12.85:

"Die Afrikanische Gruppe bei den Vereinten Nationen verurteilt scharf das Rassistenregime von Südafrika, das am 12. Dezember 1985 Todesurteile gegen sechs südafrikanische Patrioten verhängte, weil es ihnen vorwarf, den stellvertretenden Bürgermeister von Sharpeville getötet zu haben ... Die

Ausmerzung der Apartheid, ruft erneut die internationale Gemeinschaft auf, das unterdrückte Volk von Südafrika in seinem gerechten Kampf für nationale Befreiung entschieden zu unterstützen."

*

Koordinationsbüro der blockfreien Länder vom 23.12.85:

Nachdem die sechs Todesurteile und die anderen hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, heißt es dort:

"Das Büro erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die siebte Konferenz der Staatsoberhäupter bzw. Regierungen der blockfreien Länder in Neu Delhi 1983 die 'Solidarität und starke Unterstützung für das unterdrückte Volk von Südafrika, geführt von seinen authentischen Vertretern – den nationalen Befreiungsbewegungen –, die alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen', betont hat. Gleichzeitig hat sie 'die brutale Unterdrückung der afrikanischen Nationalisten in Südafrika durch das rassistische Pretoria-Re-



1960 richtet das Regime in Sharpeville ein Massaker in einer vom PAC geführten Demonstration gegen die Paßgesetze an. Bild: Die Opfer werden beerdigt.

zum Tode verurteilten Patrioten sind: Mojalefa Reginald Sefatsa, Oupa Moses Diniso, Reid Melebu Mokoena, Theresa Ramashamula, Duma Joshua Khumalo und Francis Don Mokgesi ...

Die Afrikanische Gruppe bei den Vereinten Nationen appelliert an die internationale Gemeinschaft und alle Menschen mit Gewissen, die gegen die sechs südafrikanischen Patrioten verhängten Todesurteile und die langen Gefängnisstrafen gegen fünf andere aufs Heftigste anzuprangern.

Das fortgesetzte Blutbad, die Verhaftungen und Verurteilungen von südafrikanischen Patrioten werden das rassistische Regime vor seiner unvermeidlichen Vernichtung nicht bewahren.

Die Afrikanische Gruppe bei den Vereinten Nationen, verpflichtet zur

gime verurteilt'. Ferner hat die Ministerkonferenz der Blockfreien in Luanda im September 1985 'die barbarischen Akte der Unterdrückung und Diskriminierung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die willkürlichen Verhaftungen, Einkerkerungen und Verurteilungen aller, die gegen das Apartheid-Regime kämpfen, verurteilt'.

Das Büro ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, die oben erwähnten Todesurteile und langen Haftstrafen zu verurteilen.

Das Büro bekraftigt seine unnachgiebige Solidarität mit dem Volk von Südafrika und seinen nationalen Befreiungsbewegungen in ihrem gerechten Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, menschliche Würde und sozialen Fortschritt."



Sozialversicherungen neutral?

Allgemeine, gesetzliche Sozialversicherungen können im Konflikt von Lohnarbeit und Kapital nicht neutral wirken. Sie mindern den Angebotsdruck, dem die Lohnabhängigen ausgesetzt sind. Die Forderung nach Neutralität, wie sie gegenwärtig an die Arbeitslosenversicherung gerichtet wird, ist deswegen als Bestandteil ei-

ner Strategie zur Aufhebung des kollektiven Versicherungsschutzes zu bewerten. Soweit die Kampagne gegen die Änderung des § 116 um die Verwirklichung der Neutralität der BfA geführt wird, ist Mißerfolg gewiß. Von Erfolg kann nur geredet werden, wenn und soweit eine Verwendung der Versicherungsmittel ermöglicht wird, die Kampf- und Widerstandskraft der Arbeiterbewegung hebt.

Spanien: Interview mit Herri Batasuna

Die baskischen Provinzen sind eines der drei Industriezentren Spaniens. Seit der Industrialisierung haben die Kämpfe der Arbeiter in Euskadi einen entscheidenden Rolle für die Entwicklung der spanischen Arbeiterklasse gehabt. 1978 wurde das Wahlbündnis Herri Batasuna (Volkseinheit) als Einheitsfrontorganisation revolutionärer, sozialistischer, demokratischer und links-nationalistischer Organisationen gegründet, das bei den Wahlen 1982 11,5% der Stimmen erhielt. In einem Interview berichtet Jose Antonio Egido für das Komitee für auswärtige Beziehungen von HB u.a. über die Folgen des EG-Beitritts für die Arbeiter, Bauern und Fischer und über den Einsatz westdeutscher "Antiterrorspezialisten".



Krankenhausprivatisierung

Hildesheim ist der erste niedersächsische Ort, in dem ein Krankenhaus privatisiert wurde. Dies soll und wird weitreichende Folgen für die Gesundheitsversorgung und die Situation der Beschäftigten haben. Vor und im nds. Landtagswahlkampf macht die CDU keinen Hehl daraus, daß sie "Subsidiarität" gegen das "Sozialstaatsprin-



zip" setzt. Beispielhaft lief die langjährige Vorbereitung zur Privatisierung des bis dahin in kommunaler Trägerschaft betriebenen Städtischen Krankenhauses Hildesheim über die öffentliche Bühne. Zweckbestimmte Berichterstattung der Presse zementierte die "Notwendigkeit". Wie sich Parteien, Gewerkschaften und auch Ärzte zur Privatisierung stellen, soll reflektiert und dokumentiert werden.

Schwere Niederlagen der OPEC – was sind die Gründe?

Heizöl billig, Benzin noch billiger, der Aufschwung wird noch besser – die bürgerliche Propaganda versäumt keine Gelegenheit, um die Niederlage der OPEC gegen imperialistische Preissenkungen nicht noch einmal und noch einmal zu feiern. Gerade dreizehn Jahre ist es her, daß die OPEC die Imperialisten mit Liefersperre, Preiserhöhungen und Beschlagnahme der Ölquellen das Fürchten lehrte. Jetzt scheint das imperialistische "Roll back" gegen die OPEC auf der ganzen Linie erfolgreich. Was sind die Gründe für diesen Erfolg der Imperialisten gegenüber den ölpproduzierenden Staaten der Dritten Welt, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus in der BRD?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.